



Unterrichts- Materialien 4

ALLE FARBEN UND WISSENSCHAFT IM DOZ IV HAMBURG



Goldberg von El. Garsten

A 03 - 02730

© Kottoller. ©

GEW - Landesverband Hamburg / Unterrichts-Materialien

Lieferbar sind z.Zt. Unterrichts-Materialien

Nr. 1 „Neo-Faschismus“	DM 3,-)	
Nr. 2 „Jugendarbeitslosigkeit“	DM 4,-)	
Nr. 3 „Judenverfolgung“	DM 4,-)	incl.
Nr. 4 „Geschichte des 1. Mai“	DM 4,50)	Porto
Nr. 5 „Geschichte der Arbeiterbewegung I“	DM 4,50)	
Nr. 6 „Geschichte der Arbeiterbewegung II“	DM 4,50)	

Die Lieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung auf das

Sonderkonto „GEW-Unterrichtsmaterialien“

Bank für Gemeinwirtschaft Hamburg (BLZ 200 101 11)
Konto-Nr. 1 132 266 801

Der Überweisungsabschnitt mit gut lesbarem, vollständigem Absender gilt als Bestellung. Bitte keine gesonderte Bestellkarte einsenden.

Erarbeitet von:

Jörg Berlin, Irene Börjes, Peter Göbel,
Dierk Joachim, Rainer Scheppelmann

Zu danken haben wir:

Herrn W. Vogel, der seine umfangreiche Sammlung zur Verfügung stellte,

Herrn R. Müller und

Herrn Stukenbrook vom Staatsarchiv

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Hamburg, Referat B 1
Rothenbaumchaussee 15, 2000 Hamburg 13

Verantwortlich: Peter Daschner, stellvertretender Vorsitzter

Druck: W. Paasch, Grindelhof 63, 2000 Hamburg 13 / 3. Auflage / September 1979

V O R W O R T

Vor 90 Jahren, am 20. Juli 1889, beschlossen die auf dem "Internationalen Arbeiter-Congress" - dem Gründungskongreß der II. Internationale - in Paris versammelten Delegierten der internationalen Arbeiterorganisation die weltweite Feier des 1. Mai: Alljährlich sei "eine große internationale Manifestation zu organisieren" mit der Stoßrichtung, gegenüber den "öffentlichen Gewalten" machtvoll die Forderung nach dem Achtstundentag, der Humanisierung der Arbeitsbedingungen, der Gleichberechtigung der Frau und der Völkerverständigung zu richten.

Die dann folgende Geschichte des 1. Mai wird zum Spiegelbild der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung, worin sich - wie in einem Brennglas - ihre Kämpfe, Hoffnungen, Siege und Niederlagen ablesen lassen.

Von Anfang an war umstritten, welche Form diesem Tag angemessen wäre - ob durch Arbeitsniederlegung, die die Aussperrung durch die Arbeitgeber nach sich zog, oder als abendliche Feier.

Neben der Staatsmacht galt es vor allem die noch außerhalb von Partei und Gewerkschaft stehenden Arbeiter anzusprechen. Gerade dabei hatte die Maifeier vor 1914 meßbare Erfolge, wie wir aus vielen zeitgenössischen Dokumenten wissen.

Polizeieinsätze am 1. Mai gegen demonstrierende Arbeiter sind außerdem ein Beleg dafür, wie sich im Kaiserreich die ökonomisch herrschenden Kräfte mit den politischen Machthabern verschränkten, um die Entfaltung des Proletariats zu verhindern. Auf beiden Seiten der Barrikade war man sich bewußt, daß in der Selbstorganisation der Arbeiterschaft und in ihren Forderungen - wie sie der 1. Mai zum Ausdruck brachte - gleichzeitig "eine Demonstration gegen die bestehende Arbeits-, Staats- und Gesellschaftsordnung zu erblicken ist." (Hamburger Echo vom 16.4.1913).

Die Novemberrevolution brachte - neben der Erklärung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag, der allerdings in den meisten Ländern des Deutschen Reiches nur ein Jahr lang bestand - nur eine kurzfristige Erfüllung der ursprünglichen Forderung: Bereits 1923 war der Achtstundentag faktisch wieder beseitigt, der Kampf von Großindustrie, bürgerlichen Parteien, Reichswehr, Bürokratie und Justiz gegen die Errungenschaften der Revolution begann sich auszuzahlen. Gleichzeitig bekämpften sich die in eigenen Parteien organisierten Fraktionen der Arbeiterschaft: in Hamburg z. B. demonstrierten die Sozialdemokraten am 1. Mai im Stadtpark, die Kommunisten auf der Moorweide, in Berlin ließ ein sozialdemokratischer Polizeipräsident 1929 auf den - kurz vorher verbotenen - Maumzug der KPD schießen. Die Quittung für ihre Spaltung erhält die deutsche Arbeiterschaft 1933: Der traditionell internationale Charakter des 1. Mai verkommt zum "Tag der deutschen Arbeit", die Gewerkschaftsführung ruft - um vorsichtige Anpassung bemüht und um einiges Erreichte zu retten - zur Teilnahme auf, am 2. Mai besetzt die SA die Gewerkschaftshäuser.

Waren in den ersten Nachkriegsjahren die Maikundgebungen und -parolen durch die Politisierung der Arbeiterschaft geprägt (gegen Wiederbewaffnung, Kampf dem Atomtod, für Wiedervereinigung, für Sozialisierung und Mitbestimmung, gegen Notstandsgesetzgebung), wandelte sich im Zeichen des ökonomischen Aufstiegs der Bundesrepublik oftmals auch der Charakter der Maifeiern: Die traditionelle Demonstration wurde teilweise von bunten Unterhaltungsprogrammen verdrängt, der alte Kampftag umfunktioniert zum arbeitsfreien Feiertag.

A 03 - 02730



Die Entwicklung der letzten Jahre ließ allerdings viele Arbeitnehmer und Jugendliche am eigenen Leibe spüren, daß auch heute noch ökonomische Krisen hauptsächlich auf ihrem Rücken ausgetragen werden. Diese Erfahrungen finden ihren Ausdruck auch am 1. Mai. Die DGB-Führung hat die Mobilisierung eines großen Teils der Gewerkschaftsbasis begriffen und kommt ihr in der Durchführung von Demonstration und Kundgebung am 1. Mai entgegen.

Die Maifeier erhält dann wieder ihren Sinn, wenn sie die Interessen und Forderungen der organisierten Arbeitnehmerschaft machtvoll zum Ausdruck bringt und gleichzeitig das Spiegelbild einer aktiven und kontinuierlichen Gewerkschaftsarbeit darstellt, die von der Überzeugung und Kampfbereitschaft der gesamten Mitgliedschaft getragen ist.

Die hier vorgelegten Materialien versuchen - im historischen Längsschnitt - am Beispiel der Maifeier einen Eindruck zu vermitteln von den Kämpfen der deutschen Arbeiterbewegung, ihren Siegen und Niederlagen und der - trotz des Erreichten - nach wie vor großen Aktualität ihrer Forderungen:

- des Rechtes auf Arbeit
- der Verkürzung der Arbeitszeit
- dem Kampf gegen die Aussperrung
- der Durchsetzung der wirtschaftlichen Demokratie
- der internationalen Abrüstung und Friedenssicherung

Diese Materialien, die in Zusammenarbeit mit dem DGB erstellt wurden, eignen sich - z. T. in Auswahl - für den Geschichts- und Sozialkundeunterricht der Sekundarstufen I und II und der Berufsschulen, insbesondere auch für die gewerkschaftliche Jugendarbeit. Sie lassen sich insgesamt verwenden als anschauliches und exemplarisches Quellenmaterial für einen Kurs 'Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung' oder in Auswahl als Dokumente zu den Geschichtsabschnitten "Kaiserreich", "Weimar", "Bundesrepublik". Didaktische Hinweise sind am Schluß angefügt.

Insgesamt sind diese Materialien auch zur Information von Lehrern und Jugendgruppenleitern geeignet, weil ein Großteil der Schulbücher und Quellenhefte immer noch beträchtliche Defizite aufweist, wo es um die Darstellung der Interessen der Bevölkerungsmehrheit geht.

Peter Daschner

Stellv. Vorsitzender der GEW Hamburg

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

I. DIE MAIFEIER IM KAISERREICH

- "Maigedächtnis". Gedicht von A. Behr S. 5
Allegorische Darstellung zum 1. Mai von W. Crane S. 5

1. Der 1. Mai 1890

- Aufruf Berliner Sozialdemokraten S. 6
Maiplakat von H. Scheu S. 6
Aus dem Aufruf der sozialdemokratischen Reichstags-
fraktion S. 7

2. Maifeiern in Augenzeugenberichten

- W. Holek, Austritt am 2. Mai 1892 S. 8
A. Seidl berichtet über den 1. Arbeiterinnenstreik 1893 S. 9
Maiplakat 1898 S. 10
N. Osterroth, Unsere erste Maifeier (1898) S. 11
Beteiligung der Metall- und Holzarbeiter an der
Maifeier 1906 S. 13
Aussperrungs-Annonce 1906 S. 13
Arbeitseinstellung auf der Vulkanwerft in Hamburg (1912) S. 14
Polizeibericht über Hamburger Maidemonstration 1913 S. 15

3. Gegner der Maifeier

- Maßnahmen der Unternehmer und des Staatsapparates
gegen den 1. Mai (1890) S. 16
Graphik v. Th. Steinlen: "Am 2. Mai: Die Ausgesperrten" S. 17
Aussperrungs-Annonce 1905 S. 18
Brief des Verbandes der Eisenindustrie Hamburg
zur Aussperrung (1906) S. 18
Die "Hamburger Nachrichten" zur Aussperrung 1906 S. 19
Ein Leserbrief im "Hamburger Fremdenblatt" S. 20
Maiplakat 1895 S. 21
Karikatur "Am 1. Mai" S. 22

4. Verhalten der Polizei- und Militärbehörden

- Bürgerturn und Behörden am 1. Mai 1890 S. 23
Verbotener Maiumzug in Harburg (1913) S. 23
Die Wilhelmshavener Polizeitaten am 1. Mai 1913 S. 24
Aus dem Bericht des Landespolizeiamtes Württemberg
(1917) S. 25

5. Auseinandersetzungen in den Arbeiterorganisationen um die Gestaltung des 1. Mai

- Aus der Debatte über die Maifeier auf dem SPD-Parteitag
1904 S. 26
Maiplakat 1907 S. 29
Leere Demonstration. Ein Brief des Vorstandes des
Deutschen Metallarbeiter-Vorbandes (1900) S. 30
Sozialdemokratische Maiplakate (Ende der 90iger Jahre) S. 31
Aus der Debatte über die Maifeier auf dem Gewerk-
schaftskongreß 1905 S. 32
Anträge zur Maifeier auf dem Kongreß 1905 S. 32
Maiplakat 1908 S. 34
Massenstreik und Gewerkschaften. Bümelburg (1905) und
R. Luxemburg (1913) S. 35
Maifeier-Resolution 1914 S. 36

II. MAIFEIER IN DER WEIMARER REPUBLIK

1. Das Bürgerturn versucht die Maifeier zu beseitigen

- Anfrage des Abg. Henningsen in der Bürgerschaft S. 37
Karikatur "Der Achtstundentag" S. 38
Diskussion in der Bürgerschaft (1931) S. 39
"Vorstoß gegen den Maifeiertag aussichtslos". Kommentar
des sozialdemokratischen "Hamburger Echo" S. 41

2. Maiaufrufe der Hamburger SPD

- Maiaufruf 1923 S. 42
Maiaufruf 1925 S. 43
Graphik: "Acht Stunden Arbeit; Acht Stunden Muße,
Acht Stunden Schlaf!" S. 43
Maiaufruf 1932 S. 44

3. Der 1. Mai 1929

- Lehrerinformation (kleingedruckt) S. 45
Augenzeugenbericht S. 45
Aufruf des Maikomitees S. 45
"Flasko der blinden Gewalt". Kommentar der "Gewerk-
schafts-Zeitung" S. 46

4.	<u>1. Mai 1933</u>	
	Aufruf des ADGB	S. 47
	Ansprache des Hamburger Gewerkschaftsvorsitzenden Ehrenteit	S. 47
	Antifaschistisches Maiplakat (1931)	S. 49
	"Der 1. Mai 1933", Artikel der "Gewerkschafts-Zeitung"	S. 50
	Otto Wels (SPD) zum Verhalten der Gewerkschaftsführung	S. 51
	"Die Schändung des 1. Mai ...". Flugblatt der KPD	S. 52
	"Hamburgs Gewerkschaftshaus von SA besetzt"	S. 53
	Die Kirche und der 1. Mai 1933	S. 53
	NS-Propagandaminister Goebbels zum 1. Mai 1933	S. 54
	"Völkischer Beobachter" vom 1. Mai 1933	S. 54

5.	<u>Arbeiter und 1. Mai im NS-Staat</u>	
	Der 1. Mai 1938 in Braunschweig	S. 55
	Bericht des Hamburger Kollegen Fiete Ben	S. 55

III. MAIFEIERN IN DER BUNDESREPUBLIK

	Maiplakat 1950	S. 56
--	----------------	-------

1.	<u>Gegen Remilitarisierung</u>	
	Rede-Texte von 1954 und 1955	S. 57

2.	<u>Kampf dem Atomtod</u>	
	Aufruf des DGB zum 1. Mai 1958	S. 58
	Bericht über die Maiveranstaltung in Hamburg 1958	S. 59
	Maiplakat 1958	S. 60
	Anti-Atomtod-Demonstration 1958 am 1. Mai 1958	S. 60
	Der DGB als Instrument der "Atomtod"-Aktion. Artikel des konservativen "Rheinischen Merkur"	S. 61

3.	<u>Gegen Notstandsgesetzgebung</u>	
	Rededisposition des DGB 1963	S. 62
	Foto von der Kundgebung 1963	S. 62

4.	<u>Für Verbot der NPD</u>	
	Bericht über die Maiveranstaltung 1968	S. 63

5.	<u>Für Sozialisierung und Mitbestimmung</u>	
	Aufruf des DGB 1950	S. 64
	Ausweitung der Mitbestimmung. Rededisposition des DGB 1968	S. 65
	Maiplakat 1969	S. 65

6.	<u>Stimmen aus dem Unternehmerlager zum 1. Mai</u>	
	Ludwig Ehrhard in der "BILD-Zeitung" zur Maifeier Antiquierte Kampfpapieren. Artikel des "Rheinischen Merkur"	S. 66
	Prof. S. Balke, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, zum 1. Mai 1968.	S. 67
	Anzeige in der BILD-Zeitung	S. 68
	Maiplakat 1970 des "berliner extra-dienst".	S. 68

6.	<u>Vom "roten" zum "grünen" Mai?</u>	
	Maiplakat 1898	S. 69
	Maiplakat 1972	S. 69
	"Vom roten zum grünen Mai". Artikel der FAZ (1965)	S. 70
	"Statt Papieren Tanzmusik". Artikel der "Welt" (1965)	S. 71
	"So ändern sich die Zeiten". (Wunsch-) Bildfolge im "Mittag" (1966)	S. 71
	"Der 1. Mai findet nicht mehr im Saale statt". Artikel der "Welt" (1972)	S. 71
	"Tag der Arbeit kein Volksfest". BILD (1970)	S. 72
	"Zur aktuellen gesellschaftspolitischen Lage". DGB- Material 1978	S. 73
	"Aktivitäten zum 1. Mai". Antrag der DGB-Jugend (1975)	S. 74

	<u>DIDAKTISCHE HINWEISE</u>	S. 75
--	-----------------------------	-------

ANHANG
Zur Acht-Stunden-Bewegung 1886 in den USA

Maigedächtniß.

In starrer Hauch lag auf Europa's Fluren
Und Kirchhofsrube brütet rings umher
Raum hie und da noch freien Lebensspuren;
Denn auf dem Volke lastet eisern, schwer
Die Faust der Re-aktion. Fast schien's auf immer
Sei nun erloschen jeder Hoffungsstimmer.

Stumpf und verzweifelt zog am schweren Karren
Das abgehete Proletariat.
Kaum mochte auf Erlösung es noch harren,
Ihm fehlt Muth und Kraft zu einer That,
Kaum wagt' in seine Zukunft es zu schauen
Die vor ihm lag in Nacht und Todesgrauen.



Allegorische Darstellung zum 1. Mai von dem Engländer Walter Crane, deutsche Version, Anfang der 90er Jahre

Da plötzlich schallt ein Ruf durch alle Lande:
Ihr Proletarier vereinigt euch!
Berreißt die Ketten, sprengt eure Bande!
Erwache Volk! Du sollst ein neues Reich
Durch deine Glutket auf Erden gründen,
Gerechtigkeit und Freiheit endlich finden.

Am 1. Mai, du Volk der Arbeit, zeige
Daß es dir ernst um deine Rechte ist
Und jeder Haß und jede Zwietracht schweige
Damit du stark und mangriffsbar bist.
Du kannst besettigen nur deinen Jammer
Schmiebst Du zusammen Dich zu einem Hammer.

Und sieh'! Das Volk der Arbeit, es erwachte
Und kam hervor aus Werkstat und Fabrik,
Es stieg heraus aus tiefem, dunklem Schachte
Um zu erkämpfen selber sich sein Glück.
Verwundert sah die Welt die Massen
Und wußte sich vor Staunen kaum zu fassen.

Und Jahr um Jahr an diesem Feiertage
Versammelt sich das Volk der ganzen Welt
Und es erhebt den Menschenrei der Plage,
Daß es den Drängern in den Ohren gellt.
Gelobt zu reichen sich die schweiß'gen Hände
Bis alle Noth und Knechtschaft ist zu Ende.

Und mächtiger mit jedem Jahre mehren
Die Streiter sich für Freiheit und für Recht.
Des Volkes Stimme muß man endlich hören,
Besettigen was faul und morsch und schlecht.
Nur Muth! Der Sieg muß erblich uns hoch werden,
Damit Gerechtigkeit regiert auf Erden.



Anton Behr.

Um nun aber Einheitlichkeit in die Mai-
bewegung zu bringen, und da die Sache drängte, veröffentlichten Ende
März 1890 eine Reihe bekannter Berliner Genossen, darunter die neuen
Abgeordneten Schippel und Albert Schmidt, einen Aufruf: Was soll
am 1. Mai geschehen?

Diese Frage wurde im Aufruf folgendermaßen beantwortet:

„In allen Industriestädten, in denen starke Organisationen bestehen, ist der 1. Mai
ein Feiertag. Alle Gewerke ruhen! Die Unternehmer sind hiervon rechtzeitig zu
benachrichtigen. Im Laufe des Vormittags finden öffentliche Versammlungen
statt mit der Tagesordnung: „Die Achtstundebewegung.“ Der Nachmittag gehört der
Familie. Hinaus in's Freie!

In allen anderen Orten, in denen keine ausgeprägt starke Arbeiter-Organisationen
bestehen, der Proklamierung des Feiertages Schwierigkeiten im Wege stehen, mag irgend
einer der Interessenten zu einer den Verhältnissen des Ortes entsprechenden Zeit eben-
falls eine öffentliche Versammlung mit dem gleichen Thema einberufen.

Also: überall, in dem kleinsten Flecken Deutschlands, am 1. Mai öffentliche Ver-
sammlungen, das gleiche Thema und die gleiche Begeisterung für die Verkürzung der
Arbeitszeit!“

Dies selbständige Vorgehen der Berliner Arbeiter fand in den
Kreisen der Arbeiter in der Provinz großen Beifall und Zustimmung.

Aus: H. Müller, Der Klassenkampf und
die deutsche Sozialdemokratie,
Reprint Heidelberg 1969, S. 71



AUS DEM AUFRUF DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
REICHSTAGSFRAKTION VOM 13. APRIL 1890
ZUR FEIER DES 1. MAI

An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Der Internationale Arbeiterkongreß, welcher am 14. Juli des vorigen Jahres in Paris zusammentrat, faßte in der Sitzung des 19. Juli folgenden Beschluß:

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des Internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen.

In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (Federation of Labor) auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.“

Dies ist der Wortlaut des Beschlusses in möglichst treuer Übersetzung.

Der Kongreß hat also nicht vorgeschrieben, auf welche Weise die Kundgebung des 1. Mai bewerkstelligt werden soll. Die Art und Weise der Ausführung ist dem Ermessen der Arbeiter der verschiedenen Länder überlassen worden.

Insbesondere ist nicht davon die Rede gewesen, daß am 1. Mai 1890 die Arbeit ruhen solle. Wäre eine derartige Ansicht ausgesprochen worden, so wäre sie auf entschiedenen Widerstand gestoßen, ebenso wie der Vorschlag, einen allgemeinen Streik zu organisieren, welcher Vorschlag von deutscher Seite bekämpft und von dem Kongreß zurückgewiesen wurde.²

Der Zweck des Beschlusses war, eine gleichzeitige Kundgebung der Arbeiter aller Länder zu veranlassen, um die *Einheitlichkeit der Bestrebungen aller Arbeiter* zu klarem Ausdruck zu bringen. In der Einheitlichkeit und Allgemeinheit der Kundgebung liegt ihr Wert. Es muß also alles vermieden werden, was der Kundgebung diesen imposanten Charakter der Einheitlichkeit und Allgemeinheit nehmen könnte.

² Von dem Delegierten Tressaud aus Marseille wurde der Antrag gestellt, der Kongreß solle sich für einen Generalstreik als Anfang der sozialen Revolution erklären. Wilhelm Liebknecht hielt dem entgegen, daß für einen Generalstreik die Arbeiterklasse noch weit umfassender organisiert werden müsse; wenn sie diese *Organisiertheit* jedoch erreicht habe, dann würde sie sich mit einem Generalstreik hoffentlich nicht begnügen. Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Ein allgemeines Ruhen der Arbeit läßt sich unter den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen unmöglich erwirken; im wesentlichen dieselben Gründe, die den Kongreß veranlaßten, den allgemeinen Streik zu verwerfen, stellen sich auch dem Plan einer solchen allgemeinen Arbeitsfeier, dem allgemeinen Ruhenlassen der Arbeit für die Dauer eines bestimmten Tages, entgegen.

Zu diesen Erwägungen kommen noch politische Bedenken; es liegt in der Natur der Dinge, daß die Feinde der Arbeitersache in Deutschland jetzt alles aufbieten, um den Arbeitern die Früchte des Sieges vom 20. Februar d. J. zu entreißen.¹ Wer die Preßorgane der Bourgeoisie liest, ersieht aus denselben, daß die Feinde der Arbeitersache auf den 1. Mai große Hoffnungen setzen. Sie hoffen und wünschen, daß die Kundgebung des 1. Mai zu Konflikten mit der Staatsgewalt führen werde.

Unter solchen Umständen könnten wir es mit unserem Gewissen nicht vereinigen, den deutschen Arbeitern zu empfehlen, daß sie den 1. Mai zu einem Tag der allgemeinen Arbeitsruhe machen.

Ein solcher Beschluß würde nicht durchzuführen sein; er würde in den Arbeiterkreisen selbst vielfach auf Widerstand stoßen; er würde möglicherweise wirtschaftliche und politische Konflikte von unabsehbarer Tragweite veranlassen und dem Zweck der Manifestation nur Abbruch tun.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nicht nötig, Heerschau zu halten nach dem großen Aufmarsch und Sieg des 20. Februar.

Das, worauf es ankommt, und das, was der Pariser Kongreß gewollt hat, ist eine allgemeine, imposante Kundgebung der Arbeiter zugunsten des Achtstundentages und der nationalen und internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Die deutsche Arbeiterschaft soll möglichst in ihrer *Gesamtheit* den 1. Mai feiern, und dieser Zweck wird voll und ganz erreicht durch Abhaltung von Arbeiterversammlungen, Arbeiterfesten und ähnlichen Kundgebungen, auf denen Massenbeschlüsse im Sinne des Pariser Kongresses gefaßt werden.

Wo immer man eine Arbeitsruhe am 1. Mai ohne Konflikte erwirken kann, da möge es geschehen.

Ob nun aber das eine oder das andere am 1. Mai geschieht, überall, wo Massenzusammenkünfte stattfinden, empfehlen wir den Leitern dieser Arrangements aufs dringendste, durch Aufstellung zahlreicher Ordner, die äußerlich kenntlich sind, dafür zu sorgen, daß es zu keinerlei Störungen und unliebsamen Auftritten kommt.

Weiter empfehlen wir, unbeschadet der Gestalt, welche die Manifestation annimmt, allüberall die Sammlung von Massenunterschriften für eine Petition an den Reichstag zu organisieren, in welcher die *Verwirklichung der Beschlüsse* des Pariser Internationalen Arbeiterkongresses gefordert wird. • • •

¹ Bei den Reichstagswahlen am 20. Februar 1890 stimmten 1 427 298 Wähler für die SAPD; sie erhielt 35 Mandate. Der Stimmzähl nach wurde die SAPD damit zur stärksten Partei in Deutschland.

Maifeiern in Augenzeugenberichten

Wenzel Holek, «Austritt am 2. Mai»* (1892)

In meiner neuen Arbeit hatte ich mich in ein paar Tagen eingerichtet, und es gefiel mir da viel besser, als in der Glasfabrik, da ich nun wenigstens die Nachtschichten losgeworden war und alle Sonntage frei hatte. Der Meister Starke war auch ein anständiger Mann, und wie ich merkte, war er mit mir zufrieden. Nur eins mag ihm nicht gefallen haben, nämlich, daß er mich öfter mit dem Richter sprechend traf, was er mir einmal auf dem Hofe in väterlicher Meinung merken ließ. «Holek! Ich mache Sie aufmerksam, sich mit dem Richter nicht zu sehr abzugeben. Er ist ein Sozialdemokrat! Lassen Sie sich von ihm nichts einreden!» «Ja, ja! Geben sie acht, das ist ein echter Roter!» pflichtete der Maschinist Wagner bei, der gerade vorbeikam und stehen blieb. «So? Na, da muß ich achtgeben!» erwiderte ich. Dieser Vorgang machte uns Genossen viel Spaß.

Dann kam der erste Mai wieder einmal nahe herbei, und weil er dies Jahr auf einen Sonntag fiel, wurden auf beiden Seiten, sowohl der deutschen, wie der tschechischen Genossen, Vorbereitungen getroffen, ihn soviel wie möglich zu feiern. Es sollten vormittags zwei Volksversammlungen abgehalten werden, eine deutsche und eine tschechische; für den Nachmittag wurde ein gemeinsames Volksfest auf der Ferdinandshöhe geplant. Nun hatten wir Tschechen Nor um einen Redner zu der Versammlung. Von Prag, von wo wir einen verlangten, bekamen wir überhaupt keine Antwort, und von anderwärts war schon gar keiner zu kriegen.

Nach langem Hin- und Herberaten sollte ich es übernehmen und über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und den Achtstundenarbeitstag referieren. Doch ich hatte dazu keine Lust. Nicht, weil ich mich dieser Aufgabe nicht gewachsen gefühlt hätte, sondern weil ich voraussetzte, daß, wenn ich öffentlich aufträte, ich wieder meine Arbeit verlieren könnte. Und ich äußerte offen meine Befürchtung. «Ach, so gefährlich ist es nun doch nicht mehr. Und wenn es doch der Fall sein sollte, so ist jetzt Frühjahr, wo überall Arbeit zu finden ist», sagten meine Genossen. Nach langem Zureden ließ ich mich schließlich bewegen, am ersten Mai zu sprechen. Nur ungefähr acht Tage hatte ich noch Zeit, um mir mein Referat ausarbeiten zu können.

Als der Tag kam, auf den wir uns alle so sehr freuten, da schien es, als ob wenigstens die Natur uns Trotz bieten wollte, weil wir gerade an diesem einen Tage nach dem Willen und der Macht des Kapitals nicht zu arbeiten gezwungen waren. Früh hingen dicke Wolken über der Stadt, und der Regen strömte nur so herunter. Den Versammlungen schadete das freilich nicht. Aber was sollte mit dem Volksfest werden? Beide Versammlungen

waren gut besucht. Und ehe wir sie endeten, drangen schon die goldigen Sonnenstrahlen zu den Fenstern des Saales bis an unsere Tische herein. Nach ein Uhr machten wir dann einen demonstrativen Spaziergang durch die Stadt bis auf die Ferdinandshöhe, wo wir uns, Deutsche und Tschechen, untereinander gemächlich und brüderlich unterhielten.

Am nächsten Tag ging's wieder erfrischten Geistes in das Joch der Arbeit. Die Maschinen bewegten sich wieder, und wir verrichteten unsere Handlangerdienste, die sie von uns forderten. Was drüben im Kontor geschmiedet wurde, ahnten wir noch nicht. Doch sollten wir es bald erfahren. Vor der Vesperpause kam der Meister Starke zu mir, zählte mir Geld aufs Fenster hin und erklärte: «Es müssen fünfzehn Mann einige Tage aussetzen, weil nicht genügend zu tun ist. Sie können aber wieder nachfragen kommen. Wenn Aufträge einlaufen, werden Sie wieder eingestellt.» Wir durften nicht einmal mehr bis Ende der Schicht arbeiten. Und das war eine unliebsame Sache, denn man mußte ja mit einer jeden Stunde rechnen, und nun sollte man den Verdienst von wer weiß wie vielen Tagen verlieren. Im ersten Augenblick stand ich da wie abgebrüht. «Na, wegen ein paar Tage mag es immer noch gehen!» dachte ich schließlich und zog mit diesem Trost im Herzen nach Hause ab. Am folgenden Tage, Dienstag, brachten dann auch die beiden Lokalblätter, der «Aussiger Anzeiger» und die «Elbe-Zeitung», kurze Berichte über die beiden Sonntagsversammlungen. Was auf der Tagesordnung gestanden, und wer dazu gesprochen hatte. Und Mittwochs kam zu mir, direkt aus der Fabrik, der Genosse Richter, und erzählte, daß schon wieder etliche von den Beurlaubten angefangen hatten. «Aber du», es wollte ihm gar nicht über seine Lippen, «du brauchst nicht mehr bei uns anzufahren. Der Starke sagte zu mir, er hätte ihm befohlen, dich nicht wieder aufzunehmen.» Nun war ich schon gefaßter. Ich meinte nur: «Daß das so gekommen, wundert mich nicht, mein Freund. Eher hätte mich das Gegenteil gewundert.» Am vierten Mai holte ich mir dann noch mein Arbeitsbuch. Die sieben Wochen, die ich in dieser Fabrik zubrachte, waren eingetragen. Und dann standen am Schluß die Worte: «Austritt am 2. Mai».

Mit diesem Kainskennzeichen versehen, mühte ich mich nun wieder wochenlang ab, von einer Fabrik zur andern um Arbeit zu betteln. Einigemal schien es, als wenn doch jemand gebraucht würde. In Neuschuls chemischer Fabrik, Schicht's Seifenfabrik und in der Zuckerfabrik Schönprisen wurde mein Buch verlangt, man sah hinein und gab es mir dann schleunigst mit den Worten zurück: «Kommen Sie noch einmal anfragen. Vorfällig ist nichts.» Schließlich kriegte ich die ganze Sache satt, schickte das Buch mit dem Elbstrome nach Hamburg und holte mir ein anderes.

(Aus: Lebensgang eines deutsch-tschechischen Handarbeiters. Hrsg. Paul Göhre. Jena: Eugen Diederichs Vlg. 1909, S. 246-248, mit freundlicher Genehmigung des Eugen Diederichs Verlages Düsseldorf und Köln)

Amalie Seidl berichtet über den ersten Arbeiterinnenstreik in Wien (1893)

Trotzdem von einer Organisation keine Rede war, gelang es mir doch, den Kolleginnen den Wert der Maifeier begrifflich zu machen, und wir erlangten auch die Freigabe des 1. Mai. Natürlich war der Verlauf der Maifeier am anderen Tag der einzige Gesprächsstoff in der Fabrik, und ich bemühte mich während der Jausenpause in einem großen Fabriksaal, zu beweisen, daß bei entsprechender Organisation auch wir in der Fabrik unsere Verhältnisse verbessern könnten. Im Laufe der Rede und im Eifer des Zuhörens bemerkten wir alle nicht, daß auch der Chef der Fabrik vielleicht schon einige Minuten zugehört hatte. Selbstverständlich folgte die Strafe, respektive die Entlassung. Kaum in mein Magazin zurückgekommen, erfuhr ich, daß mein Arbeitsbuch schon im Comptoir bereitläge. Da ich Überstunden machen mußte, kam ich nicht gleichzeitig mit den anderen Arbeiterinnen aus der Fabrik, die übrigens schon meine Entlassung erfahren haben mußten. Denn als ich in die Gasse kam, wo meine Eltern wohnten, war ich nicht wenig erstaunt, vor dem Haustor Polizei und das Tor selbst geschlossen zu sehen. Darin war der ziemlich große Hof angefüllt mit den Arbeiterinnen der Fabrik, die mich erwarteten und mir stürmisch zuriefen, daß sie meine Entlassung nicht ruhig hinnehmen wollten. Darauf hielt ich vom Hackstock aus eine „Rede“, in der ich den Kolleginnen sagte, daß es ja sehr schön sei, wenn sie nicht still sein wollten, doch sollten sie, wenn sie schon streiken wollten, mehr verlangen als bloß meine Wiederaufnahme. Was wir verlangen sollten, wußten wir alle miteinander nicht, aber streiken wollten wir! Vereinbart wurde bloß, daß ich am nächsten Tag (dem 3. Mai) zur Fabrik kommen sollte; bis dahin wollten die Arbeiterinnen sich über die Forderungen geeinigt haben, eventuell auch über die Kolleginnen, die der Firma die Wünsche der Arbeiterinnen übermitteln sollten. Ich sollte vor den Fenstern auf das Resultat warten. Dies geschah alles; die Forderungen aber: Verkürzung der Arbeitszeit von zwölf auf zehn Stunden täglich und meine Wiederaufnahme, wurden von der Firma abgelehnt.

Und momentan, so wie die Arbeiterinnen gingen und standen, barfuß, der großen Hitze wegen, die in manchen Arbeitsräumen herrschte, nur halb bekleidet, am Arm die Kleider, in der Hand die Körbchen mit dem dürrtigen Mittagessen oder die Kaffeekannen, so verließ alles die Fabrik. In einem nahe gelegenen Gasthausgarten machten die Frauen Toilette, während ich zur Genossin Dworschak (Popp) stürzte, um ihr die Streiknachricht zu überbringen. Nachmittags schon war die erste Versammlung auf einer Wiese in Meidling, der bald andere folgten. Auch die Arbeiterinnen von drei anderen Fabriken schlossen sich an, so daß nach einigen Tagen gegen 700 Frauen und Mädchen im Streik standen.

Da dies der erste Frauenstreik war, machte er natürlich Aufsehen; auch die bürgerliche Presse beschäftigte sich damit, natürlich um darüber zu klagen, daß nun auch die Arbeiterinnen „aufgehetzt“ werden. Es gab auch Ausnahmen. So schrieb der Korrespondent einer englischen bürgerlichen Zeitung, daß „die Streikenden, die die 14 Tage hauptsächlich zu ihrer Erholung in freier Luft benützten, am Ende des Streiks bedeutend besser aussahen als früher“. Es war ja auch kein Wunder! Denn bei 12 bis 13 Stunden täglich arbeiten in Räumen, wo manchmal bis zu 54 Grad Hitze herrschte, oder in der Bleicherei, die von

Chlorgestank erfüllt war, oder in der Färberei, wo auch liebliche Düfte das Atmen zu einer Qual machten, konnten ja die Frauen nicht gut aussehen. Dank der Solidarität der Arbeiterschaft konnten die Streikenden so ausreichend unterstützt werden, daß sie nicht viel weniger hatten als sonst in der Fabrik. Daß die Streikenden nicht nachgeben, sondern ausharren wollten, war ganz selbstverständlich. Und so wurden nach einer Streikdauer von 14 Tagen die Forderungen durchgesetzt. Verlangt wurde: Zehnstündige Arbeitszeit, Bezahlung eines Minimallohnes von 8 Kr. wöchentlich, Freigabe des 1. Mai und bei der Firma Heller, wo ich entlassen worden war, auch noch meine Wiederaufnahme. Eine große Anzahl von Frauen und Mädchen war der Organisation beigetreten, allerdings um bald nach meinem Austritt aus der Fabrik der Organisation wieder den Rücken zu kehren. Auch die „Arbeiterinnen-Zeitung“ wurde eine Zeitlang viel und fleißig gelesen.

Aus: Arbeiterin berichtet über ihr Leben, hg. v. U. Minchowa, Berlin 1976, S. 290 ff.



Nikolaus Osterroth, Unsere erste Maifeier (1898)

Den Grubenarbeitern, die bisher in einem ziemlich ungezwungenen, fast patriarchalischen Arbeitsverhältnis gestanden hatten und nur durch ihr schlechtes Gedinge zu größeren Leistungen angetrieben wurden, sollte jetzt eine strenge Arbeitsordnung mit einem raffinierten Strafsystem aufgezungen werden. Außerdem sollten die Akkordsätze einheitlicher festgesetzt, in Wirklichkeit nach unten «ausgeglichen» werden. Und schließlich verbot man den Bergleuten noch, das Abfallholz und das bei notwendigen Umbauarbeiten im Stollen unter großen Zeitverlusten «geraubte» Holz für Brennzwecke zu benützen. Dies war aber ein herkömmliches Recht der Arbeiter und ersparte ihnen, Holz und Kohlen zu kaufen. Der Versuch, diese Arbeitsordnung einzuführen, machte denn auch unter den Bergleuten böses Blut und reizte sie zum Widerstand, der sich aber zunächst nur in Wirtschaftsdiskussionen äußerte.

Als die Grubenherren auf ihrem Plan bestanden, den sie vom 1. Mai ab verwirklichen wollten, wandten sich die Bergleute an den Pfarrer, daß er ihnen gegen die offensichtliche Ungerechtigkeit helfen sollte. Jedoch, statt ihnen beizustehen, predigte dieser, daß der Arbeitgeber auch eine von Gott eingesetzte Obrigkeit sei, der man gehorchen müsse. Die größte Tugend der Untergebenen sei demütiger Gehorsam. Herren und Knechte habe es immer gegeben, und Gott habe dem Herrn das Recht verliehen, seinem Knecht zu befehlen.

Die Arbeiter merkten, was der Pfarrer sagen wollte und liefen in hellen Haufen aus der Kirche fort ins Wirtshaus, wo sie ganz unchristlich über den «Paffen» schimpften, der für ein von einem Grubenherrn gestiftetes neues Kirchenfenster den Arbeitern Geduld predigte, statt daß er den Grubenherren Menschlichkeit und Gerechtigkeit einschärfte. [...]

«Maienfest! Weltfeiertag der Arbeit! Wir fordern den Achtundtags! Wir demonstrieren für den Völkerfrieden und für Arbeiterschutz!» So hatte ich es in der Mainummer der «Pfälzischen Post» gelesen, die mir die Sendboten des Sozialismus gestern gegeben hatten.

Mir zuckte es durchs Gehirn: Wenn die Arbeiter aller großen Städte der Kulturwelt heute das befreiende Fest begingen, warum sollten sich nicht auch diese krackelnden, ziellos im Finstern tappenden Grubenleute, die ja doch nicht zur Arbeit gehen wollten, warum sollten nicht auch sie sich für den Gedanken des ersten Mai begeistern lassen? Wäre es nicht ein Verbrechen, wenn ich meine so schwer erkämpfte neue Erkenntnis für mich behielte und den in meinem Herzen aufkeimenden Samen als mein alleiniges Eigentum betrachtete? Warum sollte ich nicht die anderen mit fortreißen in die neue Welt der Freiheit? Mit einem Schläge stand ich auf dem Stuhl und verschaffte mir durch Händeklatschen Ruhe.

«Leidensgenossen!» sagte ich zu den erstaunt Aufhorchenden, «Ihr feiert heute alle, weil Ihr Euch dem Zwang der Grubenherren nicht beugen wollt. Wir finden niemand, der uns erlöset von dem ungerochten Joch, das man uns auferlegen will. Also helfen wir uns selbst! Wir sind stark genug dazu, wenn wir nur einig sind. Nicht wir allein feiern aber heute, sondern heute, am ersten Mai, feiern in der ganzen Welt viele Hunderttausende von Arbeitern und protestieren gegen das tyrannische Joch, unter dem sie schmachten. Allerdings sind diese feiernden Arbeiter alle Sozialdemokraten, aber sie sind geschundene und unterdrückte Menschen wie wir. Und wenn uns niemand anders helfen will, dann wollen wir es einmal mit sozialdemokratischer Hilfe versuchen. Der Ertrinkende fragt nicht, wer ihm hilft, er ergreift die erste beste rettende Hand. So wollen auch wir es machen. Ich schlage Euch vor: wir feiern heute nachmittag den ersten Mai durch ein großes Waldfest. Wenn unsere Arbeitgeber dann unsere Zahl und unsere Einigkeit sehen, werden sie begreifen, daß wir auf ihre Arbeitsordnung pfeifen. Also seid einig! Hoch der erste Mai, das Weltfest der Arbeiter!»

Das war ein zündender Gedanke. Jubelnde Begeisterung rief er unter den ratlosen Menschen hervor. Im Nu waren alle Vorbereitungen getroffen, und der Wirt erklärte sich bereit, einen Wagen voll Bier und Eßwaren in eine nahe Waldecke zu bringen. Die Begeisterten liefen nun von Wirtschaft zu Wirtschaft und machten unter allgemeiner jubelnder Zustimmung den Plan bekannt.

Eine Stunde später war alles in Sonntagskleidern und patrouillierte auf den Straßen und in den Wirtschaften umher. Ich nahm mein Flugblatt, las es, ebenso wie den Maiartikel der «Pfälzischen Post», nochmals durch, ergriff mein blinkendes Flügelhorn und blies zum Fenster hinaus das Signal: «Sammeln!» Wie eine Prozession ballte es sich auf der Straße hinter mir zusammen, während ich, meine beim Militär eingeübten Hornmärsche blasend, stolz wie ein Spanier voraus marschierte. Die Frauen beugten sich teils zu den Fenstern heraus und lachten uns zu, teils liefen sie, schimpfend über die «Faulenzer», hinter den Männern zur Haustür heraus, um dann erstaunt die Augen aufzureißen, als sie den Zug festlich gekleideter Menschen sahen. Die Grubenherren, die Gemeinderäte und der Bürgermeister guckten ängstlich und zaghaft durch die Fenster, ohne auch nur den Versuch zu machen, den nicht genehmigten «Straßenumzug mit Musikbegleitung» zu verhindern.

In einer sonnigen, ans Feld grenzenden Waldecke machten wir Halt und lagerten uns, wie die Jünger bei der Bergpredigt, auf dem kühlen, grasbewachsenen Boden. Vor uns im Tal lag das ganze Grubenfeld wie ausgestorben, während hier, am Waldessaum, dreihundert Proleten, die von der Sozialdemokratie noch nichts wußten, ein – sozialdemokratisches Maifest feierten.

Die fröhlichste Stimmung herrschte, und alle Gesichter strahlten vor Begeisterung über das improvisierte Fest. Nach der ersten Labung drangen meine näheren Bekannten, die meine Bauernbundsreden schon alle gehört hatten und mein fixes Mundwerk kannten, darauf, daß ich eine Festrede halten müsse. Freilich, das war auch meine Absicht, die nur mit der Scheu kämpfte, die man bei Neulingen das Lampenfieber nennt. Ich ließ mich also von meinen Freunden und von meinem Innern leiten und hielt die «Rede».

Anfangs stotterte ich und wurde verwirrt, als ich die vielen neugierigen Menschen an meinem Mund hängen sah. Bald aber trugen mich die jubelnden Zustimmungskundgebungen über jedes Hindernis hinweg. Ich erstaunte über mich selbst, wie sich mir die neuauftretenden Gedanken aus dem Maiartikel und dem Flugblatt, einander jagend, auf die Zunge drängten. Und sie waren meinen Zuhörern so neu wie mir selber. Ich erörterte den Zweck unserer Feier, sprach von unserer Hilflosigkeit und Kraftlosigkeit, die erst unsere Gegner, die Grubenherren, zu all den Unterdrückungsmaßnahmen, den Lohnkürzungen, Arbeitsordnungen und Beschneidungen unserer Rechte ermuntern hätten. Ich zeigte meinen Kameraden das Imponierende unserer Einigkeit, die uns weiter helfen würde, wenn wir das Elend unserer Lage uns vorstellen und die Mittel zur Besserung kennen und würdigen lernten. Ich schilderte, wie der Arbeiter in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ausgebeutet, entrechtet, genarrt und betrogen wird, und wie die Erlösung aus dem wirtschaftlichen und politischen Elend aus der Arbeiterklasse selbst kommen müsse; daß die Arbeiter einzig sein müßten und sich nicht aus religiösen und parteipolitischen Gründen untereinander zerfleischen dürften. Es gebe nur zwei Gegensätze, die den Arbeiter aufs tiefste berührten, und diese hießen nicht: «hier Katholiken und hier Nichtkatholiken», sondern: «hier Kapital, hier Arbeit — hier Herren, hier Knechte!» Wenn wir die Verschlechterung unsers Arbeitsverhältnisses abwehren und Verbesserungen erkämpfen wollten, dann brauchten wir eine alle umschlingende Berufsorganisation, und wenn wir gegen das politische Unrecht protestieren und eine Gesundung der politischen Verhältnisse anstreben wollten, dann müßten bei der bevorstehenden Reichstagswahl alle Arbeiter den Kandidaten der Sozialdemokratie wählen. Nur diese meine es ehrlich mit den Arbeitern, weil sie eben die einzige, von allen Herrenmenschen bekämpfte Arbeiterpartei sei.

Ich hatte mich in eine Ekstase hineingeredet wie die Apostel am Pfingstfest und war geblendet von den Perspektiven der neuen Gedankenwelt, in die ich mich versenkt hatte. Meinem mit sehr viel Spreu vermischten Samen erging es wie den Samenkörnern im Evangelium: manches fiel unter die Dornen, einiges auf steinigem Erdreich, und einiges wurde zertreten. Ein respektables Quantum aber ging auf und brachte Früchte, die die Mühe des jungen Säemannes reichlich lohten.

Die Kleider würden mir vor Begeisterung fast vom Leibe gerissen, und alles jubelte, daß man zum erstenmal seit Menschengedenken einig war und gemeinsam handelte. Nur eine geringe Anzahl nörgelnder oder religiös fanatischer Arbeiter blieb abseits stehen, teils direkt feindselig, teils verständnislos. Eine größere Zahl war wohl im ersten Augenblick Feuer und Flamme; Liebedienerei und die Macht der Gewohnheit schmiedeten sie aber bald wieder an den Fels geistiger Sklaverei.

Auf dem Maifest aber wurde beschlossen, die neue Arbeitsordnung einfach zu ignorieren und ohne «Hundemarke» zur Arbeit zu gehen; ferner beschloß man, sich jeden Samstagabend zu versammeln, um die Berufsinteressen zu besprechen. Ich erhielt den Auftrag, Vorkehrungen zum Anschluß an eine gewerkschaftliche Organisation zu treffen und für Einführung der «Pfälzischen Post» Sorge zu tragen. Es war mehr, als ich erwarten durfte. Die sozialdemokratischen Flugblattverbreiter gaben mir die Adresse eines Ludwigshafener Gewerkschaftsfunktionärs, der auf meine Einladung hin schon am folgenden Samstag erschien und einhundertvierzig Aufnahmen für den Fabrikarbeiterverband vollzog. Leider wußten wir von der Organisation der Bergarbeiter nichts, und der angerufene Gewerkschaftsfunktionär handelte wohl nach dem Sprichwort: «Das Hemd liegt mir näher, als der Rock.» Es dauerte neun Jahre, bis die Tonbergleute den Weg zum deutschen Bergarbeiterverband fanden. Die sozialdemokratische Presse konnte nach einigen kritischen Besprechungen der Grubenverhältnisse in unserem Dorf über hundert Leser mustern, und bei der sechs Wochen später stattfindenden Reichstagswahl erhielt der Sozialdemokrat Ehrhardt, der lustige «Pfalzgraf», über die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Von der Arbeitsordnung aber und von den Lohnabzügen war keine Rede mehr; die Pläne der Grubenherren waren abgeschlagen.

(Aus: Vom Beter zum Kämpfer. Berlin: Vlg. Vorwärts 1920, S. 131, 136-140)

(Holek und Osterroth zitiert nach: W. Emmerich (Hrsg.), Proletarische Lebensläufe, Bd. I, Reinbek 1974)

Beteiligung der Metallarbeiter an der Maifeier 1906

Seitens des Vorstandes des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wurde, wie auch im Vorjahre, eine Umfrage über die Beteiligung an der Maifeier veranstaltet, und zeitigte diese nach dem Bericht des Vorstandes folgendes Ergebnis:

Nr. der Zählung	Feierte überhaupt	Teilnahmte festgegeben	Ausgesperrt wurde	Mitbestimmte Unterführungen
25275	989273	2137	84609	1121
		81901	825	30134
		113153	15009	128252

Feierte haben einen Viertelstag 1298, einen halben Tag 4039, einen ganzen Tag 79272.

Über die Dauer der Aussperrung gibt die nachstehende Übersicht ein Bild:

Ausgesperrt waren:									
1/2 Tag	1 Tag	2 Tage	3 Tage	4 Tage	5 Tage	1 u. 2 Tage	8 Tage	10 Tage	dauernd
135	8186	7272	3618	4813	4409	2053	1493	1594	1694

Im Durchschnitt beträgt die Dauer der Aussperrung 4,75 Tage für den einzelnen. Das ist zweifellos schon eine ganz empfindliche wirtschaftliche Schwädigung für jeden einzelnen Ausgesperrten, der im Gegensatz zu den allermeisten Streiks und auch zu den Aussperrungen infolge von Streiks keinerlei Gewinn in Form von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverlängerung u. gegenübersteht.

Aus: Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland. Auch Tatsachenmaterial zusammengestellt vom Deutschen Metallarbeiter-Verband, Stuttgart 1907, S. 12 f.

Gesellen und Arbeiter,
welche aus Anlass der Maifeier am
1. Mai von der Arbeit fortbleiben, müssen
weitere drei Tage aussetzen.

Arbeitgeber-Schutzverband
der Holzindustrie von Hamburg u. Nachbarstädten E.V.

Annonce im "Hamburger General-Anzeiger"
v. 30.4. 1906

Beteiligung der Holzarbeiter an der Maifeier 1906

Beim Holzarbeiterverband haben sich von 741 Zahlstellen mit 145 000 Mitgliedern, 413 Zahlstellen an der Maifeier, d. h. an der Arbeitsruhe beteiligt. Von diesen 413 Zahlstellen feierten an diesem Tag 71 222 Mitglieder; von 145 000 an der Zählung beteiligten Mitgliedern führten also 49 Prozent die Arbeitsruhe durch. Von diesen 71 222 Feiernenden wurden 5600 ausgesperrt, das sind rund 8 Prozent aller an der Arbeitsruhe sich beteiligenden Holzarbeiter und rund 4 Prozent der an der Zählung beteiligten Verbandsmitgliedschaft.

Von den anlässlich der Maifeier 1906 ausgesperrten 5600 Holzarbeitern wurden

919	auf 1 Tag ausgesperrt
677	" 2 Tage "
992	" 3 " "
264	" 4 " "
32	" 5 " "
1212	" 6 " "
107	" 7-10 Tage ausgesperrt
1397	" dauernd "

Aus: F. Giovannoli, Die Holzarbeiterbewegung, Karlsruhe 1926, S. 45

Ψ Arbeitseinstellung auf der Vulkanwerft. Der Schiffbauer Behr, der zweite Obmann des Betriebs-Arbeiterausschusses des Metallarbeiterverbandes machte sich seit einiger Zeit durch Agitationsarbeiten für seinen Verband auf der Werft während der Arbeitszeit bemerkbar. Er sammelte Verbandsgelder ein, war aber besonders für die Arbeitsniederlegung am 1. Mai tätig. Diese während der Arbeitszeit unterjagte Werbetätigkeit ist ihm mehrfach untersagt worden. Als er nun heute morgen wiederum für den Verband agitierte, wurde ihm dies zuerst abermals von einem Meister verboten. Doch kehrte er sich hieran nicht, worauf er von der Betriebsleitung entlassen wurde. Diese Entlassung wurde in der Frühstückspause unter den Arbeitern der Werft schnell bekannt, die sie als eine Maßregelung des Arbeiters wegen seiner Zugehörigkeit zum Verbands auffaßten. Nach kurzen Beratungen innerhalb der verschiedenen Betriebszweige der Werft wurde darauf beschlossen die Arbeit niederzulegen. Dieser Beschluß wurde bei Wiederbeginn der Arbeit nach der Frühstückspause zur Tat. Die Arbeiter lieferten ihr Geschirz ab und zogen in geschlossener Kolonne aus den Werftoren. Da die alle 10 Minuten fahrenden Lourendampfer der Hafendampfschiffahrts A. G. einen solchen Massenandrang nach dem anderen Ufer der Elbe nicht bewältigen konnten, so zogen die etwa 5000—6000 Arbeiter der Werft in geschlossener Zug auf dem Landwege über die Reiherstiegsschleusen, den Reiherdamm und Grebendamm entlang zum Elbtunnel, durch den sie geschlossen nach dem anderen Ufer der Elbe marschierten. Unterwegs kam dem Zuge ein Auto der Direktion der Vulkanwerft entgegen, dessen Insasse durch Zurufe verhöhnt wurde. Der Betrieb der Werft ist durch die plötzliche Arbeitsniederlegung fast ganz stillgelegt worden. Mit ihr ist aber bereits insofern gerechnet worden, als schon vor einigen Tagen die Arbeiter der Vulkanwerft beschlossen hatten, morgen am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, um an der sozialdemokratischen Maifeier teilzunehmen. Durch die Beteiligung an dieser Feier wäre der Betrieb der Werft bis zum 10. Mai ziemlich lahmgelegt worden, da laut Beschluß des Arbeitgeber-Verbandes von Hamburg-Altona die feiernden Arbeiter ausgesperrt werden mußten. Der Stapellauf des Imperator, der auf den 24. Mai festgesetzt ist, wird durch die Arbeitsniederlegung nicht in Frage gestellt, da hierfür bereits alle Vorbereitungen, soweit sie für den Ablauf selbst in Frage kommen, getroffen sind.

Aus: "Hamburger Nachrichten", Nr. 201 v.
 30.4.1912

Die Polizeibehörde Hamburg.

Abteilung IV (Politische Polizei).

Bericht über die Demonstration am 1. Mai 1913

Der sozialdemokratische Demonstrationzug ist in Ruhe und Ordnung verlaufen. Die Teilnehmer versammelten sich so rechtzeitig, daß sich die Spitze des Zuges bereits 5 Minuten vor der angesetzten Zeit zum Abmarsch in Bewegung setzen konnten. Erst nach 2 3/4 Stunden, um 3 Uhr 40 Minuten, verließ die letzte Gruppe des Zuges den Aufstellungsplatz.

Beim Abmarsch befanden sich im Zuge:
27 500 Marschierende, 82 Fahnen, 32 Embleme und 42 Musikchöre.

In der Elsastraße wurden 42 000, am Schleidenplatz 36 000, an der Kätchnerortbrücke 38 000, in der Hufnerstraße 43 000 und an der Grenze 43 750 Personen gezählt.

Auffallend groß war die Anzahl von Schildern mit folgenden Inschriften:

"Mehr Arbeitsschutz auf den Werften." "Her mit dem 8 Stundentag." "Raus aus der Kirche." "Her mit der verkürzten Arbeitszeit." "Proletarier aller Länder vereinigt Euch." "Hoch der 1. Mai." "Hoch die Organisation." "Nicht betteln, nicht bitten, nur mutig gestritten. Es kämpft sich nicht schlecht um Freiheit und Recht." "Vom 9 Stundentag zum 8 Stundentag." "Kurze Arbeitszeit, langes Leben." "Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein." "Hoch die Solidarität." "Nieder mit der Gesinde-Ordnung." "Auf Kollegen, in den Verband, reicht uns allen nun die Hand. Es gilt zu lindern Not und Plag', zu erhalten den 8 Stundentag." "Hoch das Panier, die Freiheit wollen wir." "Fort mit Kost und Logis beim Meister." "Es lebe der 8 Stundentag." "Her mit dem Sonntag."

Alle Gewerkschaften waren stark vertreten. Auffallend war die große Zahl der Frauen und jungen Mädchen. ...

Aus: Staatsarchiv Hamburg/Politische Polizei/Maifeier 1913
S 19150 Bd. 1

Maßnahmen der Unternehmer und des Staatsapparates gegen
den 1. Mai (1890)

An der Spitze der Unternehmer, die gegen die Maifeier rüsteten, standen die Metallindustriellen. Einer der stärksten Vereine der Unternehmer, der „Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover und der angrenzenden Gebiete“, verfaßte am 26. April 1890 ein Zirkular, in dem die Gründung des Verbandes deutscher Metallindustrieller angezeigt wurde und das zur Maifeier folgende Stellung nahm:

Bekanntmachung bezüglich der von den Arbeitern geplanten
1. Mai-Feier.

... Der Vorstand ist in der erfreulichen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß neben der Privatindustrie auch die Staatsbehörden in ähnlicher Weise vorgehen und daß beispielsweise die hiesige Eisenbahndirektion in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung in ihren Werkstätten anschlagen wird, wonach jeder Arbeiter, der unentschuldig am 1. Mai feiert oder die Arbeit vorzeitig aufgibt, aus den Staatswerkstätten entlassen wird. Es ist die größte Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die hiesigen städtischen Behörden und der hiesige Fabrikanten-Verein, sowie die freie Vereinigung der Industriellen Hannover-Lindens eine ähnliche Bekanntmachung erlassen werden.

Hiernach beschränkten sich die Metallindustriellen nicht nur auf die Privatindustrie, sondern suchten auch städtische wie staatliche Behörden in den Bannkreis ihrer Wünsche einzubeziehen. Die Behörden erwiesen sich auch in dieser Beziehung als durchaus willfährig, wie die nachfolgenden Antworten erkennen lassen.

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten schrieb:

Berlin, den 30. April 1890.

Im Auftrage Sr. Excellenz des Herrn Ministers der öffentlichen Arbeiten beehren wir uns, Ihnen auf die an denselben gerichtete Eingabe vom 26. cr. ergebenst mitzuteilen, daß wir den Mitgliedern des Vereins Berliner Eisengießereien und Maschinenfabriken und verwandten Betriebe, wie solche in dem der bezeichneten Eingabe beigelegten Plakate aufgeführt sind, die Namen der am 1. Mai vorschriftswidrig feiernden deshalb entlassenen hiesigen Arbeiter der Staats-Eisenbahn-Verwaltung, sowohl der uns, als auch der übrigen königlichen Eisenbahn-Direktionen der hier einmündenden Bahnen unterstellen, alsbald bekannt gegeben werden.

Seitens der Staats-Eisenbahn-Verwaltung werden entsprechend dem dortseits vereinbarten Verfahren die wegen vorschriftswidriger Feier des 1. Mai von den Mitgliedern des Vereins entlassenen Arbeiter vor dem 9. Mai nicht zur Arbeit genommen.

Damit die Listen dieser Arbeiter von den Vereinsmitgliedern unmittelbar in Betracht kommenden Dienststellenvorständen der Staats-Eisenbahn-Verwaltung mitgeteilt werden können, fügen wir eine Nachweisung derselben in 46 Exemplaren zur Verteilung an die Vereinsmitglieder ergebenst bei.

gez. Störte.

In gleicher Weise sympathisierte das Kriegsministerium, indem es schrieb:

Berlin, den 3. Mai 1890.

Die Direktoren sämtlicher militärischer Fabriken sind angewiesen worden, denjenigen Privatfabriken, welche für sich mit der Herstellung von Fabrikaten zc. beauftragt sind, nach vorhergegangener Vereinbarung eine Liste derjenigen Arbeiter aller Institute zu überreichen, welche aus Anlaß der Feier des 1. Mai entlassen worden sind, und umgekehrt die ihnen seitens der Privatfabriken zugehenden gleichartigen Verzeichnisse sämtlicher Institute zur Kenntnis mitzuteilen, damit die entlassenen Arbeiter in keiner der militärischen Fabriken wieder eingestellt werden.

Die Direktoren der Fabriken sind seit jeher angewiesen, alle sozialdemokratischen Elemente von ihren Arbeitern fernzuhalten, und unterstützen demgemäß jede Bestrebung, welche diese Absicht zu fördern geeignet ist.

Der Verein kann daher einer Unterstützung seiner beabsichtigten weiteren Maßnahmen, um in Zukunft sozialdemokratische Arbeiter von der vaterländischen Arbeit auszuschließen, durch mich gewiß sein. . . .

Der Kriegsminister.
gez.: v. Verdy.

An die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft
vorm. L. Schwarzkopf.

Aus: Geschichtliches zur Haafeler in Deutschland. Nach Tatsachenmaterial zusammengestellt vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1907, S. 10 f



Am 3. Mai Die Streiksperrten. Wenn sie so zu thun kamen, dann ließe er nichts mit uns reden.

Arbeiter,

welche wegen Beteiligung an der sozialdemokratischen Maifeier am 1. Mai d. J. von der Arbeit fortblieben, werden als kontraktbrüchig entlassen und nicht vor dem 11. Mai wieder eingestellt.
Hamburg, den 29. April 1905.

Hamburger Innungs-Ausschuß.
Verein Hamburger Rheder.
Vereinigung Hamburger Schiffsmakler und Schiffsagenten.
Verband der Eisenindustrie Hamburgs.
Vereinigung der am Staßeehandel beteiligten Firmen.
Verein der Hamburg-Altonaer Gewerführerbaue von 1874.
Verein der Hamburger Quartiersleute von 1886.
Verein der Stauer von Hamburg-Altona von 1886.
Verein der chemischen Industrie von Hamburg-Altona.
Verein der Cigarrenfabrikanten von 1890.
Verein der Kornumsteherrfirmen Hamburgs.
Verein der Importeure engl. Kohlen zu Hamburg.
Verein der Segelmacherbaue von Hamburg-Altona.
Verein des Holzgewerbes von Hamburg-Altona.
Verein der deutschen Binnenschiffahrtsbetriebe.
Verein Hamburger Fuhrherren von 1885.
Verein der Arbeitgeber für Hamburg und Umgegend.
Vereinigte Metallindustrielle Sitz Hamburg.

Verband der Eisenindustrie Hamburgs.

Fernsprecher
No. 371, Amt I und
" 817, " I.

HAMBURG, den 27. April 1906.
Kraionkamp 44.

An die verehrlichen Mitglieder
des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs.

Der Verband der Eisenindustrie Hamburgs hat in seiner Verbandsversammlung vom 26. April beschlossen, am 1. Mai feiernde Arbeiter erst nach Ablauf von zehn Tagen wieder einzustellen. Die in ihrem Betriebe am ersten Mai feiernden Arbeiter dürfen daher nicht vor dem 11. Mai a. e. wieder eingestellt werden.

Von etwa eintretenden Störungen in Ihrem Betriebe wollen sie dem Verbands der Eisenindustrie Hamburgs, Kraionkamp 44, unverzüglich Anzeige machen.

Hochachtungsvoll

Verband der Eisenindustrie Hamburgs.

I. A.: Thielkow
Sekretär.

Aus: "Hamburger Correspondent" v. 29.4.1905

Aus: Staatsarchiv Hamburg /Maifeier 1906

Die Folgen der Maifeier, die wir im Leitartikel unseres gestrigen ersten Morgenblattes vorausgesehen haben, sind bereits hier in Hamburg eingetreten. Wie uns mitgeteilt wird, drohen die infolge der Teilnahme an der gestrigen Maifeier für zehn Tage von den Reedern ausgesperrten Hafendarbeiter mit der Verhängung des Generalstreikes über den Hamburger Hafen. In einer heute vormittag unter dem Vorsitz des Generaldirektors Ballin abgehaltenen Versammlung des Vereins Hamburger Reeder, sowie der Vereinigung der Schiffszugentanten, Schiffsmakler, Kohlenimporteure, Steuer usw. wurde dem gegenüber der Beschluß gefaßt, die beschlossene Maßregel aufrecht zu erhalten und keinen der feiernden Arbeiter vor dem 11. Mai wieder in Dienst zu stellen.

Wir begrüßen diesen Beschluß mit Genehmigung. Er beweist nicht nur aufs neue die Lapsfertigkeit, welche die beteiligten Arbeitgeber in dem ihnen vom sozialdemokratischen Terrorismus aufgedrängten Kampfe befeelt, sondern auch ihre richtige Erkenntnis der wichtigen Interessen, die auf dem Spiele stehen. Es ist die alte Machtfrage, die hier aufs neue gestellt wird. Ließen sich die Arbeitgeber durch die Drohung mit der Verhängung des Generalstreikes über den Hamburger Hafen einschüchtern, und dazu bewegen, die beschlossene Aussperrung rückgängig zu machen, so würde das prinzipiell und tatsächlich nichts anderes bedeuten, als die Unterwerfung ihrer Betriebe unter die Herrschaft der Arbeiter. Die Aussperrungen waren durchaus notwendig, denn sie bilden das einzige wirksame Mittel, um frivolem Bruch des Arbeitsverhältnisses wirksam entgegen zu treten und die Autorität der Unternehmer in ihren Betrieben aufrecht zu erhalten.

Die Maiseier.

Man könnte es fast als Hohn auffassen, daß selbst die besseren Häuser, in deren Wohnungen gewiß keine Sozialdemokraten sind, nicht von den Flugblättern derselben verschont bleiben, indessen kann man auch, wie Onkel Bräsig, eine Nutzanwendung daraus ziehen und diese Flugblätter als eine Mahnung für das bürgerliche Publikum hinnehmen, nicht einen Augenblick im Kampfe gegen die gefährlichen Bestrebungen der Sozialisten zu ermatten. Wer die Aufforderung zur Maiseier gelesen hat, muß sich wundern, daß die Behörden nicht einschreiten, . . .

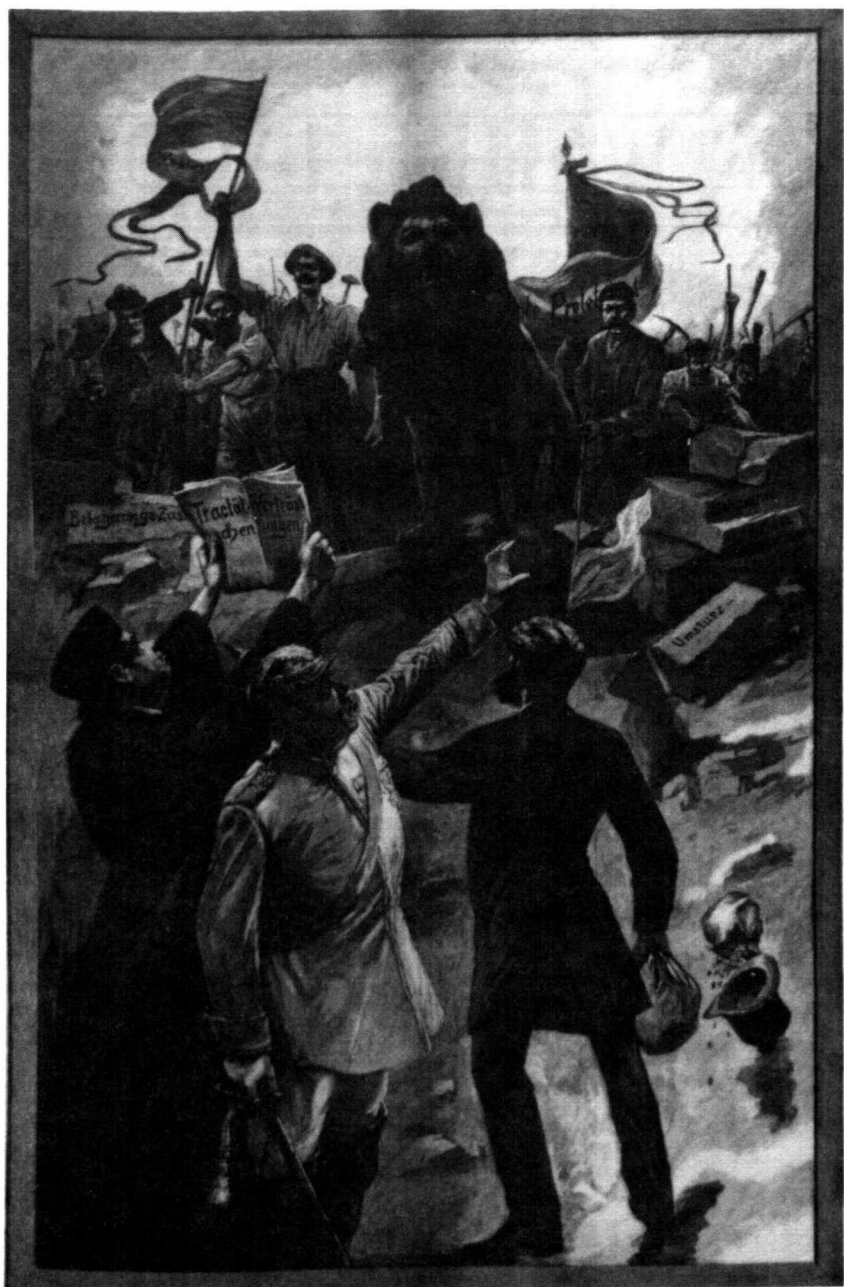
In Brandenburg ist die Maiseier von der Behörde verboten worden. Mich dünkt, in Hamburg hätten wir dazu allen Grund. Freilich wäre dann eine Einigung mit der Behörde in Altona im gleichen Sinne notwendig.

Der ruhige Bürger hat doch auch Anrechte auf Schutz gegenüber den Trupps, welche in bezeichnem Zustande bei solchen Feiern abends die Straßen durchziehen. Ordnung ist die erste Bürgerpflicht und es kann doch nicht jeder Bürgerklasse gestattet sein, irgend einen neuen „Feiertag“ zu schaffen, namentlich dann nicht, wenn dadurch Tausende von der Arbeit abgehalten, Ausstände für eine Woche zu erwarten sind und Ruhestörungen eintreten werden. Es kann doch dem Bürger nicht zugemutet werden, daß die Behörde mit einem Verbot so lange wartet, . . .

Die Behörden müssen doch auch für die Ruhe der Stadt sorgen, jeder vermeintlichen Gefahr vorbeugen, anstatt es ruhig geschehen zu lassen, daß die Minderheit es sich einfallen läßt, die übrige Bevölkerung zu terrorisieren durch Demonstrationen, aus purem Nachtsüßeln. Ein solches Verhalten der Behörden wird ihr von den „zielbewußten“ Arbeitern sicherlich nur als Schwäche ausgelegt werden, nicht als Duldsamkeit. Man hat dann später große Mühe die Genossen wieder in die gebührenden Schranken zu zwingen. Ein wichtiger Grund bei Zeiten einzuschreiten ist auch, daß es für Hamburg nicht schön sein würde, in die Lage zu kommen, fremde Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen, wenn wir die Massen nicht mehr mit eigenen Kräften bewältigen können. Will man in Hamburg nicht damit den Anfang machen, die Maiseier zu untersagen, so lassen sich doch gewiß mit anderen großen Fabrikstädten Vereinbarungen treffen, daß darin gemeinsam vorgegangen wird, dann wird den Herren Genossen schon der Mund gestopft und selbst vielen Arbeitern wäre damit gebient, denn unter den Parteiführern ist noch lange nicht darüber Einstimmigkeit vorhanden, daß die Maiseier erwünscht ist, weil eben nicht ganz durchführbar.

Ein Bürger

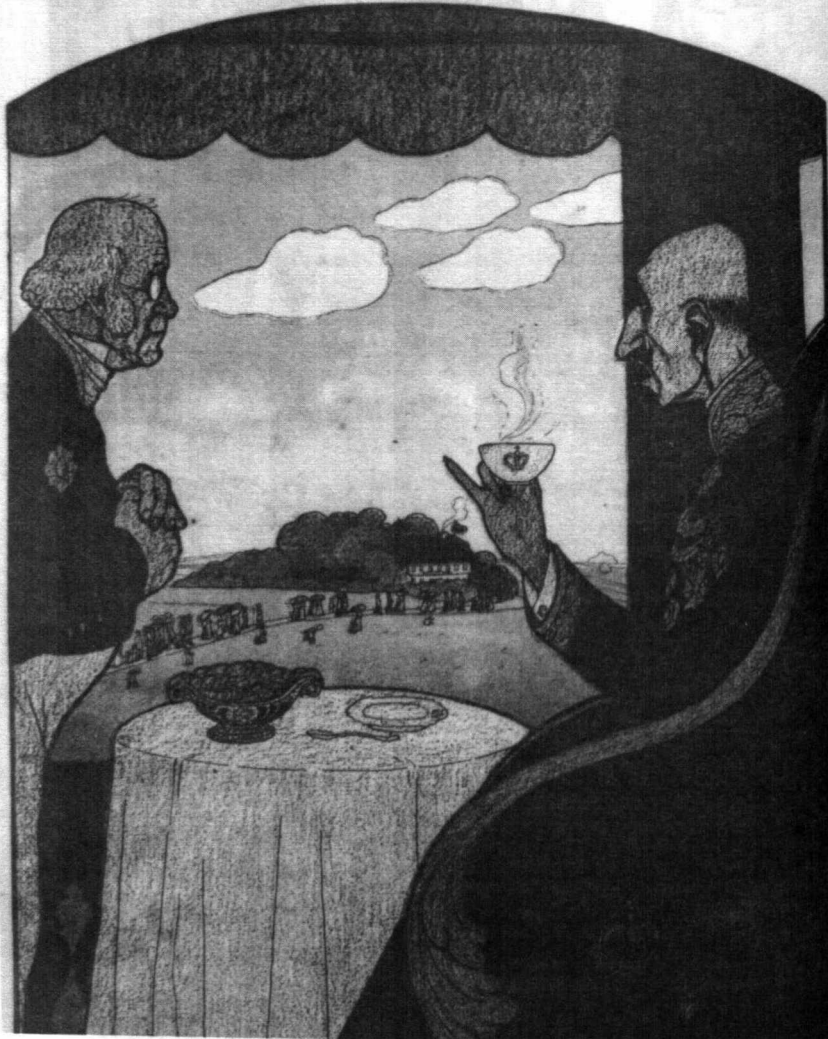
Aus: „Hamburger Fremdenblatt“, Nr. 101 v. 2.5.1906



Maipalakat 1895

DER WAHRE JACOB

... Abonnementspreis pro Jahr III, 2.60 ... | ... Einzelne alle vierzehn Tage ... | ... Druckverlag für die Verlagsanstalt: H. Geymann in Stuttgart. ...
... Bezugspreis pro 4 gezeichneten Monatsheften Netto III, 1.50 | ... Preis bei Lieferung unentgeltlich 50 Pf. ... | ... Druck und Brief von Paul Singer in Stuttgart. ...



Am 1. Mai.

„Kindermann, was wollen eigentlich, äh, diese Arbeiter?“
 „Verzeihen, Durchlaucht, sie wollen den Achtstundentag.“
 „Ganz unglaublich, Kindermann, wie dumme dieses Volk ist. Sagen Sie ihm doch, äh, daß Achtstundentag unmöglich! Einfach unmöglich! Tag wird immer, äh, vierundzwanzig Stunden haben!“

Dürgertum und Behörden am 1. Mai 1890

Das Bild des Jammers und der bleichen Angst, das unsere bürgerlichen Kreise vor dem 1. Mai boten, läßt sich schwer beschreiben. Ein Gerücht jagte das andere, eines dümmere und toller als das andere, aber je dümmere und toller sie waren, um so eifriger wurden sie geglaubt. Hier in der Hauptstadt des Reiches, der Stadt der „deutschen Intelligenz“, ging in einzelnen Kreisen die Furcht so weit, daß man ernstlich die Frage aufwarf, ob man nicht die Schulen schließen soll, weil die Kinder wohl kaum un gefährdet die Straßen passieren könnten. In zahlreichen Familien hier und anderwärts hatte man sich auf Tage verproviantiert in der festen Überzeugung, daß es zu Straßenunruhen und Straßenkämpfen kommen werde, kurz, eine veritable Revolution unvermeidlich sei.

Mit der Angst des großen Publikums hielten die Vorsichtsmaßregeln der Zivil- und Militärbehörden in ganz Deutschland gleichen Schritt. Überall war das Militär konsigniert, ein Teil desselben, die Infanterie, war mit scharfen Patronen, die Kavallerie mit geschliffenen Säbeln und scharf gespitzen Lanzen versehen, um, so ausgerüstet, jeden Augenblick zum Massenmord bereit zu sein.

An vielen Orten lagerte ein Teil des Militärs in der Nähe der von den Arbeitern besuchten Festplätze und Festlokale, um rasch bei der Hand zu sein. In den größeren Städten mit starker Arbeiterbevölkerung standen auf den Bahnhöfen fertig zusammengestellte Wagenparks mit geheizten Lokomotiven, um im Falle des Bedarfes sofort Truppenmassen nach entfernten Punkten versenden zu können.

Aus: August Bebel, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2/1, Berlin 1978, S. 783f

Verbotener Maiumzug.

Auf das Ersuchen der Harburger Partei, am 1. Mai einen Festzug veranstalten zu dürfen, ist folgende Antwort eingelaufen:

Polizei-Direktion Harburg.

Harburg (Elbe), den 22. März 1913.

Erwidern auf das Schreiben vom 11. d. M.

Die Genehmigung zur Veranstaltung eines Festumzuges am 1. Mai d. M. wird versagt. Bei den Mai-Umzügen, die für das ganze Reich in Aussicht genommen und planmäßig vorbereitet werden, handelt es sich um Massendemonstrationen zu allgemeinen politischen Zwecken. Die Umzüge sind daher geeignet, die Gegensätze zwischen der sozialdemokratisch gesonnenen Einwohnerschaft und den politisch andersdenkenden Kreisen der Bevölkerung zu verstärken und zu Reibereien, Ausschreitungen zu führen. Ganz besonders gilt dies bei der hiesigen stark gegenwärtigen Bevölkerung von dem für die Stadt Harburg beantragten Mai-Umzug. Sinsu kommt noch, daß der 1. Mai ein Festtag ist, und daß die Maifeier in die Zeit des schärfsten Wahlkampfes für die Landtagswahlen fallen wird, der von der Sozialdemokratie unter der offiziellen Parole des Kampfes gegen das preussische Wahlrecht geführt werden soll, so daß anlässlich des Umzuges auch mit Wahlrechtskundgebungen gerechnet werden muß. Aus der Veranstaltung des Umzuges ist daher Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.

Vchrens.

Dem Herrn Polizeigewaltigen, der dieses Schreiben veranlaßt hat, kann man einen umfassenden politischen Blick nicht absprechen: er denkt an Wahlkampf, Wahlrecht, Klassengegensätze und dergleichen. Ob dieser politische Schwarzbild aber auch vorhanden gewesen wäre, wenn z. B. die Kriegervereine Harburgs um die Erlaubnis eines Umzuges nachgesucht hätten?

Aus: "Vorwärts" v. 27.3.1913

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Verwaltung und Druck-Expedition Rüttingen, Beirstraße Nr. 20/22. Geschäfts-Verwaltung Nr. 55. Mini-Verwaltung. — Preise: Wochenpreis Nr. 24.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und feierlichen Festtagen. — Abonnementspreise bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Porto 75 Pf., bei Gehaltsabhebung von der Expedition 65 Pf., auch bei alle 3 Monate vorläufiglich 2,50 Mk. für zwei Monate 4,50 Mk., monatlich 75 Pf. einschließlich Porto.

Mit Arbeitslosen-Beilage
und dem Sonntagsblatt „Die Neue Welt“

Bei den Zeitungen wird als Inhaberskollektive gefordert aber beim Kassenzahlung bis zum 15. März in Rüttingen-Verwaltung und Leipzig, sowie bei den Zeitungen mit 15. März. Für den Rest des Jahres 1915 bei den Zeitungen aufrechterhalten. Größere Abnehmer werden tags vorher erbeten. — Verlagshaus unentgeltlich. Rückgabe 10 Pf.

27. Jahrgang.

Rüttingen, Sonntag den 4. Mai 1915.

Nr. 105.

Die Wilhelmshavener Polizeitaten.

Nach einer eindrucksvollen Feier, mit Gesang und stark schöngeistiger Festeire verließen vorgestern gegen halb zehn Uhr die zur Maifeier versammelten Gäste das Lokal „Tivoli“. Die Genehmigung für eine Demonstration oder eine Versammlung unter freiem Himmel war weder beantragt noch gewährt worden. Wie im Vorjahre, so wollte man auch diesmal in losen Gruppen, mit Frau und Kind ... nach den in Rüttingen gelegenen Gärten pilgern, um dort in zwanglosem Beisammensein noch ein wenig zu rasten. Hundert Meter vor dem Lokalausgang war die Gükerstraße bereits von einer Schutzmannskette abgesperrt, was ... aus Verkehrsgründen nicht nur taktisch unklug war, sondern auch die eben aus dem Lokal gestauten Massen provozieren mußte. Denn schließlich steht doch wohl dem steuerzahlenden Arbeiter der ... Straßenverkehr mit demselben Recht wie anderen Bürgern zu.

Die zeitige Absperrung der Straße hinderte die Massen, sich lose und ordnungsgemäß zu zerstreuen und durch die ... Überraschung wurden auch viele irre, denen der Weg durch die Bismarckstraße als Rettung gedeutet wurde. Nebenbei die Polizei verwieß die Arbeiter in die Bismarckstraße, aber wir möchten doch bemerken, daß dort ... bereits wieder eine Anzahl Schutzleute stand, und man also nicht wußte, ob dort zwei Minuten später nicht wieder zurückgetrieben wurde. Ein Zögern der Passanten, in die Bismarckstraße einzubiegen, dürfte also aus diesem Grunde zu verstehen gewesen sein; denn nach den Erfahrungen im lieben deutschen Vaterlande hat man nicht gerne vor und hinter sich Polizeibeamte. In der Gükerstraße ... staute sich infolgedessen ... rasch die nach Tausenden zählende Menge. Dabei wurde jedoch weder ein Wagen noch die Elektrische am regelrechten Passieren gehindert. Jetzt läßt der Polizeikommissar, Herr Spanki, seine Beamten blank ziehen, läßt die Schutzleute vorgehen und sperrt somit die Bismarckstraße ... Er fordert das Publikum auf, dem die Beamten bereits mit dem bloßen Säbel vor dem Gesicht herumtauteln, dreimal auf, nach rückwärts ... abzuführen.

Dieses ist selbstverständlich für die vordersten Reihen, wenn sich die Menge bereits so angestaut und weder nach vorn noch nach der Seite ein Ausweg mehr besteht, unmöglich. Einige drehen sich um und suchen sich zurückzudrängen, ermahnen auch die hinteren, das gleiche zu tun, aber im selben Augenblick sausen auch bereits von hinten die blanken Polizeisäbel auf sie nieder. Einige Ältere Familienväter mit ihren Kindern auf dem Arm bzw. an der Hand erhalten auf diese Weise energische Schläge ins Gesicht und über den Arm. Jawohl, mit Kindern auf dem Arm oder an der Hand, denn man ging friedlich, frühlich zum Maifest. Daß einige Polizeibeamte sich dabei besonders hervortaten, ist gestern schon berichtet worden. Die verletzten wehrlosen Arbeiter brechen nieder und die weinenden Kinder werden von besonnenen Menschenfreunden in Obhut genommen. In der Hitze des Gefechts stechen und schlagen die Schutzleute die rückwärts gekehrte Menge über die Schulter, ins Gesicht und in die Beine. Fünf Personen werden ernsthaft verletzt, eine Anzahl leichter, und auch die Anzüge mehrerer mußten darunter leiden. Festzuhalten ist, daß die angestaute Menge wehrlos war, daß sie nicht aggressiv gegen die Beamten vorging und keinerlei Gefahr für diese vorlag...

Aus dem Bericht des Landespolizeiamtes Württemberg vom 10. Mai 1917 an obere Militär-, Polizei- und Verwaltungsbehörden über die Verbreitung von Flugblättern zum 1. Mai 1917

K. Würt. Landespolizeiamt
Nr. P. 211. 3 Beil.
Geheim!

Stuttgart, den 10. Mai 1917

Betreff: Maifeier 1917 in Württemberg

Der 1. Mai ist in Württemberg im allgemeinen sehr ruhig verlaufen. Zu einem Streik oder einer sonstigen Arbeitsniederlegung ist es nach den gemachten Wahrnehmungen und Meldungen nirgends gekommen. Aus dem Lager der gemäßigten Sozialdemokratie wurde die Verzichtleistung auf die Arbeitsruhe am 1. Mai offen ausgesprochen und festgestellt, daß leider versucht werde, die Arbeiter durch Verbreitung von Flugblättern zum politischen Streik am 1. Mai zu veranlassen, und daß diese Flugblätter nicht von der Sozialdemokratischen Partei ausgehen; die „Tagwacht“ enthält in Nr. 99 vom 30. April d. J. weiter die Erklärung, daß Arbeitseinstellungen zu politischen Demonstrationen gegenwärtig unverantwortlich und auf das schärfste zu verurteilen seien.

Tatsächlich kamen nach Württemberg Flugblätter, die jedenfalls in Berlin von der Spartakusgruppe hergestellt und versandt worden sind. Eine in Berlin aufgegebenen Sendung der Flugblätter „Arbeiter! Streik am 1. Mai für Frieden und Brot!“ und „Arbeiter und Arbeiterinnen!“ an den radikalen Max Schuster in Tuttingen wurde am 30. 4. beschlagnahmt, vgl. meinen Bericht vom 30. 4. 1917, P. 203.

In Stuttgart sind Wahrnehmungen über Verteilung von Flugblättern nicht gemacht worden. Es wurden nur in der Straßenbahnwarte des Stückachplatzes am 1. Mai, vormittags 12.50 Uhr, 31 Stück des Flugblattes „Arbeiter! Streik am 1. Mai für Frieden und Brot!“ gefunden. Die vorgenommenen Hausdurchsuchungen haben zu einem Ergebnis nicht geführt.

In Ulm sind vier Flugblätter in der Fabrik von C. D. Magirus AG gefunden worden. Sie waren an einem Arbeiterpissoir angeklebt, konnten aber am Nach-

mittag des 30. April so rechtzeitig von der Fabrikleitung entfernt und gesichert werden, daß von ihrem Inhalt nur ganz wenige Arbeiter Kenntnis nehmen konnten. Es waren je 2 der Flugblätter mit der Aufschrift: „Arbeiter und Arbeiterinnen!“ und „Arbeiter! Streik am 1. Mai für Frieden und Brot!“

In Göppingen sind in größerer Zahl Flugblätter beschlagnahmt worden, welche zum Teil bereits angeklebt oder sonst verbreitet worden waren. Da eine Flugblattverteilung gerade in Göppingen mit Rücksicht auf die bisherige Betätigung der dortigen Radikalen, welche der äußersten Linken innerhalb der Oppositionspartei angehören, vorauszusehen war, wurden von hier aus schon einige Tage vor dem 1. Mai geeignete Vorkehrungen getroffen, welche auch zum Erfolge führten. Es gelang der nach Göppingen abgesandten Fahndungsmannschaft des Landespolizeiamts in der Nacht vom 30. April auf 1. Mai zwischen 12 und 1 Uhr, die beiden Radikalen Max Massuth, verh., Gewerkschaftssekretär, Geschäftsführer der Ortsgruppe des Textilarbeiterverbands in Göppingen, und Christian Schepperle, verh., Büroangestellter in Göppingen, letzteren zusammen mit der Tochter des schon vor dem Krieg wegen seiner politischen Betätigung auf dem äußersten linken Flügel der Sozialdemokratie bekannten früheren Schreiners und jetzigen Zigarrenhändlers Gottfried Kinkel, namens Anna Kinkel, 19 Jahre alte Verkäuferin in Göppingen, festzunehmen; die Festnahme erfolgte in der Gegend der Märklinschen und der Böhringerschen Fabrik, Werk 2 und 3. In dieser Gegend wurde eine Anzahl Flugblätter zerlei Art, wie solche in je einem Stück angeschlossen sind, an verschiedenen Stellen angeklebt und niedergelegt vorgefunden. Die körperliche Durchsuchung des Massuth brachte 89 Stück des Flugblattes: „Krieg dem Kriege! Auf zur Feier des 1. Mai!“ zutage; Schepperle hatte je 1 Stück der beiden Flugblätter: „Arbeiter! Streik am 1. Mai für Frieden und Brot!“ und „Arbeiter und Arbeiterinnen!“ in der Tasche. Die Anna Kinkel trug eine Handtasche bei sich, welche 848 Stück der 3 verschiedenen Flugblätter, einen Schwamm und eine Zigarettenschachtel mit Kleister enthielt. In der Frühe des 1. Mai wurde dann der obengenannte Gottfried Kinkel festgenommen, da er dringend verdächtigt ist, sich an der Flugblattverbreitung beteiligt zu haben ...

Aus: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II, Bd. 1, Berlin 1958, S. 639 f

Das Wort erhält der Berichterstatter:

Richard Kildner: Parteigenossen und Parteigenossen!

... Da möchte ich gleich dem Grundeintand begegnen, daß man sagt: es geht nicht an, daß die Partei so weittragende Beschlüsse faßt, aber die Durchführung derselben und vor allem die finanzielle Verantwortung dafür einfaßt auf die Schultern der Gewerkschaften abwälzt. Das ist ein Grundirrtum, es ist einfach nicht wahr, daß der Beschluß von den Vertretern der politischen Parteien gefaßt ist. Sowohl auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 als auf allen folgenden internationalen Kongressen, einschließlich des Amsterdamer, waren die Vertreter der Gewerkschaften mit anwesend, alle Beschlüsse, auch die in Bezug auf die Maifeier, sind unter Mitwirkung der Vertreter der Gewerkschaften zustande gekommen, auf alle internationalen Kongresse haben die deutschen Gewerkschaften eigene Delegierte geschickt, sie haben genau so mitgewirkt wie die Vertreter der politischen Parteien, ihre Verantwortung ist also genau dieselbe. Nun bin ich der Letzte, der sich verschleien wollte, daß der Kampf um den 1. Mai gerade den Gewerkschaften in erster Linie große Opfer auferlegt und den Gewerkschaftsbeamten, soweit sie es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen, ein großes Stück Verantwortung ausbürdet, aber doch nur in der Einschränkung, daß kein internationaler Kongreß und kein deutscher Parteitag ihnen jemals die Erstrebung der Arbeitsruhe unter allen Umständen zur Pflicht gemacht hat. Aber der Maßstab der finanziellen Verantwortung, der Maßstab der Geldkosten darf an eine solche Frage nicht angelegt werden, die geradezu eine Frage der internationalen Solidarität, eine Frage der internationalen Arbeiterbewegung geworden ist. Die Maifeier ist historisch und gerade durch das Verhalten unser Gegner, der Regierung und der Bourgeoisie, eine Klassenfrage des Proletariats geworden, gleichsam ein Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie. Wann hat jemals in der deutschen Arbeiterbewegung die Frage der Geldkosten bei einem Klassenkampf die entscheidende Rolle gespielt? (Sehr wahr!)

Genau so steht es mit der Feier des 1. Mai, das ist keine politische Demonstration, sondern eine Klassen demonstration, eine Demonstration für das Klassenideal, deren Bedeutung nicht in dem Augenblickserfolge liegt, sondern in dem ständigen Wachstum, in der Unerkäuflichkeit des Entschlusses, für das Klassenideal einzutreten auf allen Gebieten, wo uns das möglich ist. Eines sollten wir gerade bei dieser Frage besonders betonen und unser Augenmerk besonders darauf richten: Je stärker die Gewerkschaftsbewegung wird, je geschlossener ihre Organisationsformen, je mehr sie sich entwickelt und je mehr ihre Aufgaben sich erweitern, um so mehr lösen sich allmählich

die äußeren Bande, die die Gewerkschaftsbewegung mit der politischen verknüpfen, um so größer wird für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes die Gefahr, daß sie über den Kampf des Tages, über den Streit um Einzelfragen die großen Ziele der Arbeiterklassenbewegung, das Endziel der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Doppelschuh der Konsumischen und der politischen Knechtung, daß sie das Ziel der Beseitigung des kapitalistischen Lohnsystems mehr und mehr aus dem Auge verliert. (Weißall.) Und gerade unter diesem Gesichtspunkte hat die Maifeier ihre besondere Bedeutung. Das Eintreten für unsren Standpunkt wird immer mehr ein Stück sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses, das die Gewerkschaften und die Massen Jahr für Jahr ablegen. (Sehr wahr!) Und wenn dann immer die sogenannten guten Freunde aus dem bürgerlichen Lager kommen und uns erklären, daß es doch bloß Straßvergeudung sei, für eine bloße Formsache, für eine Demonstration, die ihren Zweck doch nicht erreichen könne, Mittel auszuwerfen, daß die Gewerkschaften handhälterisch zu Werke gehen und ihre Rassen füllen sollten für die großen wirtschaftlichen Kämpfe, die ihnen aufgedrängt werden, so haben wir allen Anlaß, uns immer wieder vor Augen zu halten, daß das die alte Melodie des alten Liedes ist, die Arbeiterbewegung in zwei Flügel zu trennen (Sehr richtig!), dort der Flügel, der für die Gegenwartsforderungen kämpft, dort der inträchtige Flügel. Das ist nur der alte Standpunkt des „Teile und herrsche“, damit man die Arbeiterklasse kastrieren kann. Unre Aufgabe muß es vielmehr sein, dafür zu sorgen, daß dieses sozialdemokratische Glaubensbekenntnis, das die Massen Jahr für Jahr ablegen und mit dem sie ihre Solidarität ausdrücken wollen, nicht zu einer inhaltslosen Formel, zu einer äußerlichen Form wird, die man nur anstandslos erfüllt, sondern wir müssen dies Glaubensbekenntnis mit dem Geiste des Massenbewußtseins erfüllen, so daß die öffentliche Bekundung desselben den Massen zu einem Herzenbedürfnis, unsren Gegnern zu einem drohenden Menetekel wird. (Weißall.)

In diesem Sinne bitte ich Sie, nehmen Sie unsere alte Maifeier-Resolution auch diesmal an!

Die Resolution lautet:

„In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse in Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 feiert die deutsche Sozialdemokratie den 1. Mai als das Fest der Arbeit, gewidmet den Klassenforderungen des Proletariats und dem Weltfrieden. Als die wichtigste Feier des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den andren Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, und überall da, wo die Möglichkeit für Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.“

Sakisch-Bimburg: Es sind nur die Führer der großen Gewerkschaften, die die Massenemonstration des Proletariats am ersten Mai befechtigen wollen. (Sehr richtig!) Sie fürchten sie wegen der Schwächung des gewerkschaftlichen Selbsts. (Sehr richtig!) Dabei sind die Opfer, die für Ausprägungen infolge des 1. Mai gebracht werden müssen, ganz minimal. Es würde sich vielleicht empfehlen, bestimmte Gewerkschaftsfordernngen, die sonst aus geringerem Anlaß erhoben werden, am 1. Mai zu erheben. Gerade die Maifeier ist ein gutes Mittel zur Schulung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Jedes Gewerkschaftsmitglied ist polizeilich angemeldet; da sollte es auch den Mut haben, sich am 1. Mai zu zeigen. Den Abendveranstaltungen würde der Charakter der Demonstration gänzlich fehlen. (Sehr richtig!) Überigens sind in der Ausdehnung der Maifeier große Fortschritte erzielt worden. Diejenigen, die im vorigen Jahre zum erstenmale am 1. Mai durch Arbeitsruhe demonstriert haben, würden es nicht begreifen, wenn diese Form der Maifeier befechtigt würde. Nun sagen die Gewerkschaftsführer: die politische Partei will den Gewerkschaften vorzuschreiben, daß sie den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern sollen und das geht nicht, der nächste Gewerkschaftskongreß muß die Bestimmungen treffen. Umgekehrt wird ein Stiefel daraus. Die Gewerkschaftsführer wollen die politische Partei vorschreiben, weil sie die Kosten der Massenemonstration nicht bezahlen wollen. (Sehr richtig!) Da sollten sie doch einmal erst durch eine Urabstimmung feststellen, wie die Massen darüber denken, und es wird sich herausstellen, daß die Massen für diese Form der Demonstration sind. (Sehr richtig!)

Frau Bick: Der Korredner hat gefragt, was denn unter großer Schädigung der Arbeiterinteressen zu verstehen sei. Nun können wir selbstverständlich darauf eine detaillierte Antwort nicht geben. Als eine große Schädigung der Arbeiterinteressen kann ich es jedenfalls nicht ansehen, wenn einige tausend Marx Unterstufungsleute wegen einer Mai-Aussperrung aus der Gewerkschaftsklasse genommen werden müssen. (Sehr richtig!) In einer wirklichen Schädigung aber rechne ich, wenn Arbeitsruhe in einem Ort am 1. Mai stattfindet, wo die Organisation noch nicht stark genug ist und wo die Unternehmer die jungen Anfänge der Organisation zertrümmern können.

... Seit wann ist es denn der Standpunkt der Gewerkschaften, daß jeder Großkapitalist, der aus der Gewerkschaftsklasse ausgegeben wird, nur verdammt werden soll für den Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes? Haben wir nicht immer betont, daß in der gewerkschaftlichen Organisation ein außerordentliches Stück Erziehungsarbeit steht, daß die Arbeiter durch sie nicht nur materiell, sondern auch geistig und sittlich auf eine höhere Stufe gehoben werden? Das haben wir dem Grafen Posadowsky gegenüber betont, als er die Gewerkschaften reine Streikvereine nannte. Sind wir damals etwa Demagog

gewesen? Ich denke doch nicht. (Sehr richtig!) Und so sollten wir fragen, nicht: was ist es die Maifeier? sondern: welche Vorteile bringt uns die Maifeier in dieser Richtung? Wenn jetzt an eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit gedacht wird, wem danken wir diesen Erfolg, wem nicht dem Umstande, daß durch die Maifeier der Gehaule des Pfingstlundentags dem Proletariat in Fleisch und Blut übergegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Die Maifeier erzieht zur Solidarität, sie schafft den Idealismus, der zu Opfern bereit ist im Kampfe für das, was als Recht erlankt ist. Ein guter Gewerkschaftsführer muß ein guter Psychologe sein. (Sehr gut!) Er muß sich fragen, wie gewinnen wir neue Mitkämpfer? Gerade durch die Massenemonstration werden die Gewerkschaften gestärkt und noch eins kommt hinzu: Wenn am ersten Mai die Massen hinausziehen und die Arbeiter in den Werkstätten und auf den Bauten, die sich nicht beteiligen können, das sehen, dann empören sie sich über ihre Abhängigkeit, und diese Empörung wird sich umsetzen in um so lebhaftere Beteiligung an der Arbeiterbewegung. (Sehr richtig!) Auf die Rücksteinglichkeit der Feier durch Arbeitsruhe ist hingewiesen worden. Soll uns das abhalten, mit allen Kräften für die Ausbreitung der Arbeitsruhe zu sorgen? Wo wir starke Organisationen haben, hat die Beteiligung an der Maifeier durch Arbeitsruhe zugenommen. In Hamburg wurde zuerst die Maifeier am Sonntag begangen. Im ersten Jahre, wo die Arbeitsruhe beschloffen war, beteiligten sich 5000 am Zuge; im vorigen Jahre war die Beteiligung auf 30 000 gestiegen. (Hört! hört!) Unterhänden wird nicht die Wirkung der Massensuggestion. Gerade die Indifferenzen und Launen werden durch die Maifeier mit fortgerissen. (Wabro!)

Altem-Dresden spricht nur für seine Person: Meine Erfahrungen bringen mich zu der Ueberzeugung, daß die Arbeitsruhe nicht durchzuführen ist. Das ganze Bestreben der Gewerkschaften geht jetzt dahin — und das ist gut — möglichst ohne Kampf mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Daraus folgt ganz von selbst, daß die Gewerkschaften gar nicht geneigt sind, für die Maifeier große Opfer zu bringen. Das ist nur mal und daran können Sie nichts ändern. Denn die großen Fortschritte der Gewerkschaften beruhen darauf, daß sie diese Taktik eingeschlagen haben. Man verkennt die Arbeiter, wenn man meint, die Arbeiter wollten die Maifeier um jeden Preis. Steht man sich auf den Boden der nackten Tatsachen, so muß man sich sagen: Es ist leicht, die Arbeiter zu begeistern, aber die Maifeier ist nicht durchzuführen und deshalb verzichten wir auf sie. Es ist kein Zurückweichen, wenn man die Konsequenzen aus den Tatsachen zieht. Ich bin für den Antrag, die Feier auf den Abend des 1. Mai zu legen.

Altes-Dresden: ...

Wir dürfen doch Resolutionen nicht bloß deshalb annehmen, weil ein internationaler Kongreß das mal beschloffen hat. Die Tatsachen lehren das Gegenteil von dem, was Jubel behauptet hat. In den Grundbesitzer Kreisen ist die Beteiligung an der Maifeier eine ganz

verschwindend geringe. Die Kaiserfeier soll doch eine imposante einheitliche Aktion sein, in der Lat aber wird nur in einigen größeren Orten gefeiert, im ganzen übrigen Reich ist die Beteiligung eine verschwindend geringe, so daß sie den berechtigten Spott unserer Gegner herausfordert. Ich möchte befrworten, daß wir trotz aller Kongreßbeschlüsse die Arbeitsruhe am 1. Mai aufheben. (Lebhafte Widerspruch.) Den Abend könnten wir zur Feier beibehalten, weil das in anderen Ländern auch so geübt wird. Dadurch, daß wir fortgesetzt von großen Demonstrationen in den Zeitungen reden, während doch nur wenige teilnehmen, machen wir uns lächerlich. Wir tun darum besser, wir sparen das Geld. (Lachen.) Wenn Sie auch darüber lachen, Tatsache ist es doch und Sie selbst müssen zugeben, daß es nicht möglich ist, die Arbeitsruhe ganz zu erreichen. (Zuruf: Wird ja auch nicht verlangt!) Wir können besser agitieren, wenn wir abends Versammlungen veranstalten. Aber die Arbeitsruhe sollte man ganz aus dem Spiele lassen.

Ein Schlussantrag wird angenommen, nachdem Dehling dagegen gesprochen hat, da bisher fast nur Gewerkschaftsführer zum Worte gekommen seien.

Das Schlusswort erhält

Richard Kilsch: Ich glaube, in meinen Ausführungen betont zu haben, daß es selbstverständlich Aufgabe und Recht der Gewerkschaften sei, über die Arbeitsruhe in ihrem Beruf nach ihren eignen Interessen zu entscheiden. Die ganze Debatte richtet sich gegen die vollständige Arbeitsruhe, die in unserer Resolution gar nicht gewünscht und verlangt wird. Wir verlangen nicht Arbeitsruhe überall und unter allen Umständen, sondern überlassen der Gewerkschaft die Entscheidung darüber, in welchen Fällen sie die finanzielle Verantwortung übernehmen will. Ich verstehe nicht, wie ein Sozialdemokrat in der Form gegen die Arbeitsruhe argumentieren kann, wie Kilsch es getan hat. (Sehr richtig!) Weil die Beteiligung schwach ist, deshalb sollen wir unsere Bestrebungen aufgeben, weil die Gegner aber die Schwäche der Bewegung spotten, weil in Schiefen die Arbeiterbewegung, die politische und die gewerkschaftliche, noch nicht entwickeit ist, deshalb sollen wir in ganz Deutschland keinen Kampf mehr für die Arbeitsruhe führen? (Sehr gut!) Wie lange ist es denn her, daß man in Deutschland noch ausgelacht wurde, wenn man mit dem sozialdemokratischen Programm kam, daß man die Sozialdemokraten als eine Sorte minderwertiger Menschen, als Gefindel und dergleichen bezeichnete? Hat uns das gehindert, unsere Propaganda weiter zu betreiben?

Vor dem Standpunkt, den zum Beispiel Niehm einnimmt, muß die Partei gewarnt werden. Er hat zweifellos die Meinung einer Richtung ausgesprochen, die auch in der Gewerkschaftsbewegung vorhanden ist. Alles, was auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, muß aber gegen diesen Standpunkt Front machen. (Sehr richtig!) Das soll das heißen, wenn Niehm es als allgemeine Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung hinstellt, Tarifverträge abzuschließen, um Kämpfe zu vermeiden; Tarifverträge sollten geordnete Verhältnisse schaffen, damit die andern Zweige der gewerkschaftlichen Tätigkeit gefördert werden könnten. Ich bin gewiß immer für die gewerkschaftlichen Organisationen eingetreten und dafür, daß die Gewerkschaften, um sich für ihre eigentlichen Aufgaben zu stärken, ihre Tätigkeit immer weiter spannen, damit sie ihren Mitgliedern immer mehr bieten können, aber die Hauptsache dürfen für Gewerkschaften nicht die Unterstützungen sein (Sehr richtig!), sondern die Grundlage des gewerkschaftlichen Kampfes muß die soziale, die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter sein. (Bravo!) Alles andre kann wohl das Rückgrat sein, auf das sich die Gewerkschaften stützen; Niehm aber stellt gerade das Gegenteil als Aufgabe der Gewerkschaften hin: das Aufgeben des Kampfes für die soziale und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter

Gewiß machen sich derartige Strömungen mehr und mehr bemerkbar, aber sie treten nicht hervor, wahrscheinlich weil sie sich sagen: je weniger wir von uns reden machen, je weniger wir mit diesem Standpunkt in den Vorbergründ treten, desto leichter werden wir die Gewerkschaften allmählich an diese Einschläferungsglatteis gewöhnen (Sehr richtig!) und wir werden dann auf unsern eignen Kongressen eines Tages Stellung gegen die Partei nehmen und das beste Operationsfeld wird für uns die Kaiserfeier sein. Aus diesem Grunde muß die Sozialdemokratie auf ihrem Kongresse mehr als je heute ihren prinzipiellen Standpunkt betonen.

Die Resolution Kilsch (151) wird mit großer Mehrheit angenommen, die übrigen Anträge zur Kaiserfeier sind damit erledigt. (Im Reduteck.)

Aus: Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagcs der SPD 1904, Berlin 1904, S. 274 ff



leere Demonstration. in Brief des Vorstands
des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (1900)

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Stuttgart, den 1. März 1900
An die Verwaltungsteilen und Bevollmächtigten des
Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Werte Kollegen!

Wie alljährlich, dürften auch in diesem Jahre die Vorbereitungen zur Feier des 1. Mai auch seitens der in unserem Verbandsorganisierten Kollegen getroffen werden und dabei häufig der Wunsch zutage treten, diesen Tag durch Arbeitsruhe zu begehen.

Vielfach in früheren Jahren gemachte unliebsame Erfahrungen lassen es daher angebracht erscheinen, auch die Stellung des Vorstandes in dieser Frage rechtzeitig zum Ausdruck zu bringen, um vorläufigen Schritten nach dieser Richtung hin vorzubeugen.

Wenngleich die Maifeier eine vorwiegend politische Demonstration zur Erreichung des geistlichen Achtstundentags ist und mit den gewerkschaftlichen Aufgaben nur insoweit in Zusammenhang gebracht werden kann, als auch diese in der jetzigen Verkürzung der Arbeitszeit gipfeln, so wird man es keinem Verbandsmitgliede verargen können, wenn es als politisch organisierter Arbeiter sich durch Ruhenlassen der Arbeit an dieser politischen Demonstration hervorragend zu beteiligen wünscht. Es muß aber hierbei in vorzüglicher Weise vorgegangen und es darf keineswegs mehr unternommen werden, als jeder einzelne Verbandskollege selbst an Folgen auf sich zu nehmen vermag.

Die sozialdemokratische Partei, als die Veranstalterin der Maifeier, hat sich auf ihren Parteitage stets auf den Standpunkt gestellt, die Arbeitsruhe am 1. Mai überall da als wünschenswert zu bezeichnen, wo sie ohne Nachteil für die betreffenden feiernden Arbeiter eintreten kann. Die Verantwortung für jede weitere Handlung hat die Partei als Veranstalterin der Maifeier für sich abgelehnt und demjenigen, der weiter geht, selbst aufgebürdet.

Aus dieser Stellung der die Maifeier regelnden Beschlüsse der sozialdemokratischen Parteitage ergibt sich die Stellung der Gewerkschaften und auch des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von selbst.

Der Verband, der die Aufgabe hat, durch positive Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse die Lage seiner Mitglieder zu heben, kann seine Mittel nicht leeren Demonstrationen opfern und muß sich daher auf den Standpunkt stellen, daß die Beteiligung an der Demonstration der Maifeier nur unter genauer Beobachtung der von den Veranstaltern erlassenen Vorschriften stattfindet, daß also nur derjenige sich an der Maifeier durch Arbeitsruhe beteiligt, der es ohne Nachteil für sein Arbeitsverhältnis tun kann.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß man nicht versuchen soll, überall die Arbeitsruhe auf gutlichem Wege zu erreichen. Gelingt dies nicht, so lasse man lieber von der Arbeitsruhe am 1. Mai ab, anstatt einen Konflikt dadurch heraufzubeschwören.

Wer aber dennoch glaubt, auf eine Demonstration durch Arbeitsruhe am 1. Mai nicht verzichten zu können, ohne Rücksicht auf die etwaigen Folgen, mag dies ruhig tun, dann aber auch die Folgen etwaiger Bestrafung nach der Arbeitsordnung oder Aussperrung auf sich nehmen. Häufig genug ist aber die Erfahrung gemacht worden, daß auf Aussperrungen wegen der Maifeier sofort mit Forderungen an die Unternehmer geantwortet wird. Dies ist schon deswegen falsch, weil die Aussperrungen meist nur wenige Tage dauern und von der Absicht diktiert werden, die Arbeiter zu reizen. Es erscheint daher entschieden praktischer, derartige Maßnahmen ruhig hinzunehmen und den Unternehmer gar nicht merken zu lassen, daß man sich durch seine Maßnahmen aufregt. Im übrigen können auch solche Forderungen vom Vorstand nach dem Statut nicht anerkannt werden, weil sie unter Nichtachtung der statutarischen Bestimmungen gestellt worden sind.

Der Vorstand.

Aus: Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland. Nach Tatsachematerial zusammengestellt vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart 1907, S. 106 f.

Sozialdemokratische Maiplakate
(Ende der 90iger Jahre)



Gruss von der Malteier

Die Marseillaise

Anträge zur Maifeier

Der Deutsche Gewerkschaftskongreß erkennt in der Maifeier eine bedeutungsvolle Kundgebung der Arbeiterschaft aller Länder zugunsten der Forderung des achtstündigen Arbeitstages, sowie der Propaganda wichtiger sozialpolitischer Aufgaben.

In dieser Propaganda erblickt der Kongreß zugleich eines der wichtigsten Mittel, die nationalen Gegensätze zu beseitigen, um das freundschaftliche Band enger zu knüpfen, das die Arbeiter der ganzen Kulturwelt umschließt. Um so imponanter wird diese Kundgebung des internationalen Proletariats sich gestalten, wenn in ernster würdiger Weise unter Ausschluß aller dem Charakter der Maifeier fernliegenden Veranstaltungen die Maifeier so arrangiert wird, daß den Arbeitern allgemein die Möglichkeit gegeben wird, daran teilzunehmen.

Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß die Feier, durch Arbeitsruhe begangen, nur einen kleinen Teil der Arbeiterschaft erfasst, große Berufsgruppen von der Arbeitsruhe Abstand nehmen müssen. Nicht in der Arbeitsruhe liegt der Wert der Maifeier, sondern in der Massendemonstration, die allen Arbeitern ungehindert die Teilnahme gestattet, um für die wichtigsten sozialpolitischen Forderungen ihre Stimme zu erheben. Die Arbeitsruhe bedeutet Ausschluß großer Arbeiterschichten von der Maifeier, wodurch der einheitliche Charakter der Demonstration Einbuße erleidet.

Die Gewerkschaften sind deshalb der Meinung, daß die Feier am Abend des ersten Mai an Bedeutung gewinnen würde, weil die Einheitlichkeit der Kundgebung gewährleistet wäre, denn die Feier hat sich nicht zu teilen in eine Kundgebung der Gewerkschaften und besonderen Veranstaltungen der politischen Partei, sie gehört der Arbeiterschaft im Gesamt.

Da mit dieser unserer Anschauung die Beschlüsse des internationalen Kongresses in Amsterdam sowie des Kongresses der sozialdemokratischen Partei in Bremen im Widerspruch stehen, so begnügen sich die Gewerkschaften mit der Erklärung ihres prinzipiellen Standpunktes, ohne, so lange die Beschlüsse des internationalen Kongresses zu Recht bestehen, an der bisherigen Form der Maifeier

etwas zu ändern, da eine Durchkreuzung der Beschlüsse des internationalen Kongresses nur eine weitere Schwächung der Kundgebung bedeuten würde.
R. Schmidt = Berlin.

Der Fünfte Deutsche Gewerkschaftskongreß schließt sich den Beschlüssen des internationalen Kongresses in Amsterdam und des deutschen Parteitag in Bremen in bezug auf die Maifeier an, und empfiehlt den Gewerkschaften, mehr als bisher, für die stritte Durchführung der Arbeitsruhe Sorge zu tragen.

Eh. Glöde = Berlin.

1/vgl. Beschl. R. Fischer auf dem SPD. Parteitag 1904

Beide Anträge wurden nach der Diskussion zurückgezogen

(Zu den Diskussionsbeiträgen)

R. Schmidt:

Der einheitliche Charakter der Maifeier ist nicht eingehalten. In England feiert man allgemein den 1. Mai am Sonntag und auch in Deutschland ist dies gerade wieder im letzten Jahre mehrfach der Fall gewesen. Die Einheitlichkeit gehört aber wesentlich zu der Mai-Demonstration, das betont auch die Pariser Resolution besonders. Ebenso hat die Partei die Wichtigkeit dieser Einheitlichkeit und Allgemeinheit der Maikundgebung hervorgehoben und auf diese Einheitlichkeit lege auch ich heute noch den Hauptwert. Es muß alles vermieden werden, um diese Einheitlichkeit zu stören. Tatsache ist, daß die Arbeitsruhe durchaus nicht überall durchgeführt ist.

In den Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges wird die Sache nicht so ruhig gehen. Die Arbeiter können durch die Maifeier leicht zur ungelegenen Zeit in Kämpfe verwickelt werden. Wenn wir kämpfen wollen, darüber müssen wir selbst bestimmen können und nicht die Unternehmer. Wer da sagt, daß die Gewerkschaften Konflikte

aus dem Wege gehen, wie es auch in der Parteipresse hieß, versteht recht wenig von der Gewerkschaftsbewegung. Aber wir haben auch keinen Anlaß uns in Konflikte hineintreiben zu lassen. Für uns können nicht Gefühle sondern rein praktische Erwägungen in Betracht kommen. Man sagt auch, nur die Beamten der Gewerkschaften wären gegen die Mäifeier. Ich halte es für ein eigenartiges Mittel, wenn man so systematisch Stimmung macht gegen die Leute, die einen großen Teil der Verantwortung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung tragen. Es wäre ja viel leichter für die Beamten, wenn sie den Mitgliedern immer zum Munde reden würden.

Es ergibt sich doch von selbst, daß derjenige, der mehr Zeit hat, fortgesetzt im Betriebe steht, die wirtschaftliche Konjunktur viel besser übersehen und einen weiteren Blick hat als der, der tagaus, tagein vom frühen Morgen bis zum späten Abend gezwungen ist, im Joche des Kapitalismus zu fronden. Und wird unsere Anschauung heute nicht allgemein geteilt, würde sie auch von diesem Kongreß nicht geteilt, sehr betrüblich würde ich darüber auch nicht sein, aber die Frage würde nicht verschwinden. Man hat so getan, als ob ein Komplott der Gewerkschaftsführer gegen die Mäifeier vorliegt, aber schon 1892 heißt es im Bericht des sozialdemokratischen Parteivorstandes: „Schließlich liegt der Wert der Feier doch auch weniger in deren äußeren Form, als in der Tatsache, daß die Arbeiterschaft aller Länder für die vom Pariser Kongreß formulierten Forderungen einheitlich ihre Stimmen erhebt und den unbeugsamen Willen bekundet, der herrschenden Gesellschaft deren Anerkennung abzuzwängen.“

Das ist ein durchaus richtiger Standpunkt.

Wollen wir die Feier imposant gestalten, dann müssen wir uns fragen: Können wir die allgemeine Arbeitsruhe durchführen? Unsere ganzen Mittel hierfür aufzuwenden, ist einfach unmöglich. Aber wir kommen auch mit den Kollegen selbst durch diese Art der Mäifeier in Konflikt; Konflikte in den Werkstätten, in den Fabriken, zwischen den Arbeitern, die feiern und denen, die das nicht tun.

Wir haben als Gewerkschaftler die Aufgabe, mit ruhiger Ueberlegung unsere Vorbereitungen und Entscheidungen zu treffen. Je größer die Gewerkschaften werden, desto mehr steigert sich ihr Verantwortlichkeitsgefühl. Eine auf dem festeren Grunde praktischer Betätigung aufgebaute Gewerkschaftsbewegung kann sich meiner Meinung nach in bezug auf die Mäifeier den von mir erhobenen Bedenken nicht verschließen. • • •

Wir müssen bei jeder Frage, über die wir eine Entscheidung treffen müssen, prüfen, was nützen wir den Arbeitern. Einer liebgehabten Idee zu Gefallen dürfen wir unsere Entscheidung nicht unterordnen, sondern die kühle Ueberlegung sprechen lassen. Lassen wir uns nicht irre machen durch die Behauptungen übereifriger Parteipolitiker, die Gewerkschaften seien bestrebt, Konflikte aus dem Wege zu gehen; wir haben zu unserer Kraft das nötige Vertrauen, nicht ungebärdige Kämpfeleien sind Zeichen der Kraft und Stärke. Je größer die Gewerkschaften werden, je verantwortungsvoller wird unsere Stellung gegenüber den Arbeitern; denn wir dürfen keine Kräfte vergeuden, sondern wohl erwägen, ob sie nutzbringend angewandt sind. Und ich glaube, die Gewerkschaften sind bestrebt, diesen Standpunkt immer konsequenter zu vertreten. Zum Schaden für die Arbeiter wird diese Taktik nicht ausschlagen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

Die übrigen Anträge deden sich mit der Resolution Glocke. Es stehen also nur die Resolutionen Schmidt und Glocke zur Debatte.

Glocke Berlin: Wir sehen keine Gründe, weshalb die Form der Mäifeier geändert werden müßte. Die Unkosten der Mäifeier sind auch nicht so hoch gewesen, um die Zentralvorstände zu einer anderen Haltung zu bestimmen. In unserem Beruf wurden die Kosten lediglich durch die lokalen Kassen aufgebracht, die Zentralkasse ist gar nicht in Anspruch genommen. Daß die Mäifeier an sich ungeheuer viel zur Stärkung der Gewerkschaften beigetragen hat, wird niemand bestreiten können. Es könnte sich also höchstens um die Frage handeln, wie man die Mäifeier noch umfangreicher und wirksamer gestalten könnte. Der Gedanke, durch die Mäifeier für den Arbeiterkampf und das Koalitionsrecht zu demonstrieren, der seinerzeit wie ein Blitz unter den Arbeitern zündete, hat sich immer weiter verbreitet, und die Arbeiter sind auch sehr wohl bereit gewesen, dafür Opfer zu bringen. Heute, wo die Arbeiter eine gewisse Macht repräsentieren, müßten sie um so mehr für die Mäifeier eintreten. Dabei sieht man sich an, sie langsam zu begraben. Etwas anderes würde eine Feier am Abend nicht bedeuten, denn die Arbeiter würden sich sehr bald sagen, abends Versammlungen abhalten können wir jeden Tag, dazu brauchen wir nicht den ersten Mai. Von einer solchen Mäifeier würden auch die bürgerlichen Kreise nichts merken, worauf es doch gerade ankommt. Wenn die Buchbruder am ersten Mai feiern würden, so würde das, weil die Zeitungen nicht er-

scheinen könnten, einen großen Eindruck auf die bürgerlichen Kreise machen. Auch Unzügen sind sehr wirkungsvoll, besonders in kleinen Städten und auf unorganisierte Kreise. Wenn so die Maifeier ein gutes Agitationsmittel ist, so werden, wie ich hoffe, die Delegierten für Beibehaltung der Maifeier eintreten. Blüthenwert wäre es nur, wenn die Vorstände der Zentralverbände sich etwas mehr der Sache annehmen würden. Wenn allerdings die Stimmung in den Gewerkschaften allgemein so wäre, wie es auf der letzten Generalversammlung der Metallarbeiter zum Ausdruck kam, wäre es sehr bedauerlich. Dort meinte ein Redner, man sollte endlich mit der ganzen Maifeier aufhören, es traue sich nur niemand das zu beantragen. Ich hoffe, daß die Mehrheit des Kongresses nicht dieser Meinung ist, sondern daß Sie meinem Antrag zustimmen werden.

Eintr = München: Man muß sich unwillkürlich fragen, was denn eigentlich vorgekommen ist, daß nun auch in bezug auf die Maifeier gebremst werden soll.

Die Reso- lution Schmidt will von der Arbeitsruhe Abstand nehmen, obwohl die Bedeutung der Maifeier darin zum Ausdruck gebracht wird. Das ist ein Widerspruch. Entweder die Maifeier hat Bedeutung, dann soll man sie auch würdig begehen, oder aber sie hat keine Bedeutung, dann soll man sie überhaupt fallen lassen.

Bringmann = Hamburg: Die beiden letzten Redner erstreben die Maifeier als Selbstzweck. Als Selbstzweck mag sie aber der Teufel holen, da brauchen wir sie nicht. (Heiterkeit und Zustimmung.) Die Genossen Schmidt und Gloede würden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie ihre Resolutionen an den nächsten Parteitag bringen wollten. Dort wären sie durchaus am Platze. Die Parteifunktionäre machen zwar uns Gewerkschaftlern immer Vorwürfe, daß wir nicht genug für die Arbeitsruhe agitieren, aber sie selbst tun nicht das geringste, daß auch die Parteiorganisationen scharfer auf ihre Mitglieder einwirken, zur Durchführung der Arbeitsruhe. Wir als Gewerkschaftler haben alle Ursache, vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt die Frage aufzuwerfen: Was hat den Gewerkschaften die Maifeier bisher genutzt? (Sehr richtig!) Es ist behauptet worden, die Maifeier sei ein wirksames Agitationsmittel für die Gewerkschaften. Wömelburg hat zwar schon auf dem letzten Parteitag bewiesen, daß das nicht der Fall ist, aber die Behauptung verstummt nicht. Alle, die das behaupten, möchte ich ersuchen, einen einzigen Gewerkschaftler auf den Tisch des Hauses niederzulegen, der durch die Maifeier für die Gewerkschaft gewonnen ist. Nach meinen Erfahrungen hat bisher die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Gewerkschaften gewirkt wie ein Fremdkörper in dem menschlichen Organismus. Allerdings, wir haben bisher keine

Stellung dagegen genommen, wir glaubten uns verpflichtet, den Beschlüssen der internationalen Kongresse und der sozialdemokratischen Partei Unterstützung angedeihen zu lassen. Aber nun hat man auf dem letzten internationalen Kongreß beschlossen, die Gewerkschaften aller Länder in der nachdrücklichsten Weise aufzufordern, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben. Dagegen müssen wir Stellung nehmen und unumwunden und konsequent erklären, die Maifeier, in welcher Form sie auch gefeiert werden möge, ist kein gewerkschaftliches Aktionsmittel, die Arbeitsruhe am 1. Mai als Programmpunkt der Gewerkschaften ist aber ein Mittel, um die Gewerkschaften ganz außerordentlich zu schädigen. Es wird gesagt, bisher sei noch keine wirtschaftliche Schädigung eingetreten. Bedenken Sie aber, daß wir uns im wirtschaftlichen Aufschwung befanden. Zur Zeit des wirtschaftlichen Niederganges kann es ganz anders kommen. * * *

Aus: Protokoll der Verhandlungen des
5. Kongresses der Gewerkschaften
Deutschlands 1905, Berlin 1905, S. 230 ff



Massenstreik und Gewerkschaften

Aus dem Referat des Vertreters der Generalkommission der Gewerkschaften, Bismarburg, auf dem Gewerkschaftskongreß 1905

*** Nach alledem wird man sich sagen müssen, man kann den politischen Massenstreik wohl diskutieren, aber man muß es sich sehr ernst überlegen, ob man ihn anwendet. In der deutschen Gewerkschaftsbewegung haben wir dafür zu sorgen, daß die Disziplin vermindert und daß man die Lösung der Zukunft, dem gegebenen Augenblick überläßt. (Sehr richtig!) Wir alle wissen, welche Mühe es gekostet hat, daß die Gewerkschaften einen solchen Stand erreicht haben. Das ist nicht die Arbeit eines Jahres, auch nicht die Arbeit eines Jahrzehnts, nein, darin steckt die mühsame Arbeit von drei, vier Jahrzehnten. Ungeheures Opfer hat es gekostet, um den augenblicklichen Stand der Organisation zu erreichen, und ungeheures Opfer wird es noch kosten, um die Organisation auf eine noch höhere Stufe der Macht zu heben. Um aber unsere Organisationen auszubauen, dazu bedürfen wir in der Arbeiterbewegung Ruhe. Unsere Aleranten setzen sich ja hin und schreiben und schreiben. (Sehr richtig!)

*** Weiß er, welche Mühe es gekostet hat, um die Organisationen aufzubauen, weiß er, welche Mittel notwendig sind, um die Organisationen auf die Stufe zu bringen, auf der wir sie haben müssen? Eine Stärkung und ein Ausbau der Organisationen aber ist die beste Waffe gegen die Reaktion. Je stärker die gewerkschaftlichen Organisationen werden, je mehr wir die Arbeiter zum Klassenbewußtsein erziehen, desto mehr scharfen wir unsere Waffen gegen die Reaktion.

Aus: Protokoll über die Verhandlungen des 5. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands 1905, Berlin 1905, S. 221

Der 1. Mai als Aktionstag der Massen, aus einem Artikel Rosa Luxemburgs

Der geniale Hauptgedanke des Manifestes, das ist das eigene unmittelbare Auftreten der proletarischen Massen, das ist die politische Massenaktion der Millionen Arbeitenden, die sonst im parlamentarischen Alltag, getrennt durch staatliche Schranken, meist nur durch den Stimmzettel, durch Wahlen ihrer Vertreter dem eigenen Willen Ausdruck verleihen können. Der ausgezeichnete Vorschlag des Franzosen Lavigne auf dem Internationalen Kongreß in Paris fügte diesen parlamentarischen, indirekten Willenskundgebungen des Proletariats eine direkte internationale Massenkundgebung, die Arbeitsindemonstration als Demonstration und Kampfmittel für den Achtstundentag, den Weltfrieden und den Sozialismus, hinzu.

Und in der Tat: Welchen Aufschwung hat dieser Gedanke, hat diese neue Kampfform in dem letzten Jahrzehnt genommen! Der Massenstreik ist zur international anerkannten, unentbehrlichen Waffe des politischen Kampfes geworden. Als Demonstration, als Kampfweise kehrt er in unzähligen Formen und Schattierungen in allen Ländern seit bald fünfzehn Jahren wieder. Als Zeichen der revolutionären Wiederbelebung des Proletariats in Rußland, als zähes Kampfmittel in der Hand des belgischen Proletariats hat er soeben erst seine lebendige Macht bewährt. Und die nächste brennendste politische Frage Deutschlands, das preussische Wahlrecht, weist von selbst durch seine bisherige Versumpfung auf eine steigende Massenaktion des preussischen Proletariats bis zum Massenstreik als die einzige mögliche Lösung hin.

Kein Wunder! Die ganze Entwicklung, die Gesamtendung des Imperialismus im letzten Jahrzehnt führte dahin, der internationalen Arbeiterklasse immer deutlicher und greifbarer vor die Augen zu führen, daß nur das eigene Auftreten der breitesten Massen, ihre eigenen politischen Aktionen, Massendemonstrationen, Massenstreiks, die früher oder später in eine Periode revolutionärer Kämpfe um die Macht im Staate ausmünden müssen, die richtige Antwort des Proletariats auf den unerhörten Druck der imperialistischen Politik abgeben können. In diesem Augenblick des Rüstungswahns und der Kriegsgorgien ist es nur die entschlossene Kampfstellung der Arbeitermassen, ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu mächtvollen Massenaktionen, was den Weltfrieden noch erhalten, drohenden Weltbrand noch hinausschieben kann. Und je mehr der Maidgedanke, der Gedanke der entschlossenen Massenaktionen als Kundgebung des internationalen Zusammenschlusses und als Kampfmittel für den Frieden und für den Sozialismus auch in dem stärksten Trupp der Internationale, in der deutschen Arbeiterschaft, Wurzel schlagen wird, um so größere Gewähr haben wir, daß aus dem früher oder später unvermeidlichen Weltkrieg eine endgültige und siegreiche Auseinandersetzung zwischen der Welt der Arbeit und der des Kapitals sich ergeben wird.

Resolution für die Maifeier-Versammlungen.

Zum 25. Male demonstriert das Massenbewußte Proletariat aller Länder für den Ausbau der Arbeiterkämpferorganisationen, die der Internationale Arbeiterkongress in Paris am 20. Juli 1889 erhoben hat.

Die Versammlungen fordern deshalb in erster Linie die gesetzliche Einführung des Achtstundentages für alle in der Industrie, im Handwerk, im Handel und Verkehr Beschäftigten, sowie wirkliche Koalitionsfreiheit.

Mit Recht sind in den letzten Jahren die Forderungen nach mehr Schutz und Hilfe für die Arbeiter, ihre Witwen und Waisen zurückgewiesen worden.

Es immer die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit gestellt worden ist, stets erfolglos jährliche Ablehnung.

Die wirtschaftliche Krise hat Jahrtausende zur Arbeitslosigkeit verurteilt und bedrückt zahllose Familien der ärgsten Not ausgeliefert. Die gesonderte Arbeitslosenfürsorge wurde von der Reichsregierung und der bürgerlichen Reichstagsmehrheit unter wichtigen Umständen abgelehnt.

Die Gewerkschaften, die Helfer und Schützer der Arbeiter, werden in der gefährlichsten Weise verjagt. Die Ausrückung der Gewerkschaften unter dem Vorwande der Verletzung der Arbeiterjugend sind ebenso deutliche Zeichen des Wankens der Reaktion, wie die gewalttätige „Erhebung“ der Arbeiterklassen-Angestellten in den „Bewusstseinsstand“ und die in den Parlamenten aufgestellte Forderung der Zurücknahme des Koalitionsrechts.

Schwere Bestrafungen christlicher Arbeiter, die Streikbrecher beleidigt haben sollen, sind an der Tagesordnung. Die Freisprechung von Streikbrechern, die organisierte Arbeiter erschaffen oder erschrecken haben, ruft immer von neuem Empörung hervor.

Die Militärärztemater wird immer breiter. Das Geschrei nach weiteren Rüstungen immer unerträglich. Wo an die Jünger bewaffnet stehen die europäischen Großmächte in zwei Dreiecken sich gegenüber und in der gewissenlosesten Weise wird die Vergehung der Völker durch die kapitalistischen Kriegsinteressenten und ihre Südlinge betrieben.

Angesichts der Tatsache, daß der Imperialismus infolge seiner immer gemeinschaftlicher werdenden Rüstungspolitik, die nicht nur die Kriegsgesahr steigert und am Marke der Völker zehrt, die Sozialpolitik nahezu zum Stillstand gebracht hat, erheben die Versammlungen energischen Protest gegen die Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft. Sie wenden sich deshalb in besonderem gegen die neuen Heeres- und Marineverträge, die dem Kolonialtag zur Beschlußfassung vorliegen.

Die Versammlungen wissen sich in diesen Protesten einzig mit der Massenbewußten Arbeiterklasse der ganzen Welt. Sie übersehen den heute verarmten Kolonialrenten bildende Klasse und geloben erneut, unermüdet kämpfen zu wollen:

**für völlige Koalitionsfreiheit,
gegen den Kapitalismus und Imperialismus,
gegen die Kriegshexereien und Kriegsrüstungen!**

Her mit dem Achtstundentag!

Es lebe der Völkerfrieden!

Drucksache für die Senatsitzung.

Referent:

Staatsrat Strauß.

Nr. 116.

Beitellt am 4. April 1925.

J. Henningsen
fr 4/4.25

I.

**Anfrage des Abgeordneten Henningsen vom 26. März 1925
betreffend Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertages.**

Die Bestimmung, daß der 1. Mai gesetzlicher Feiertag in Hamburg ist, wurde trotz verschiedener Eingaben und Anfragen bisher nicht aufgehoben, obgleich neben anderen Ländern auch das benachbarte Preußen den 1. Mai als gesetzlichen Feiertag nicht anerkennt. Bei den engen Beziehungen des hamburgischen Wirtschaftslebens zu dem der benachbarten, auf preußischem Gebiet liegenden Orte, besonders Altona, Wandsbek, Wilhelmsburg, Harburg, Schiffel usw., bringt die Ungleichheit der gesetzlichen Bestimmungen viele Unzuträglichkeiten mit sich. Die Herbeiführung einer Gleichstellung ist unbedingt erforderlich. Dazu kommt, daß wir uns als verarmtes Volk bei der Aufrechterhaltung von Feiertagen auf das geringste Maß einrichten müssen. Es dürfte dem Senat auch nicht unbekannt sein, daß der 1. Mai ein Feiertag der auf marxistischem Boden stehenden Kreise ist, so daß durch die Beibehaltung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag ein nicht zu billigerndem Zwang auf den übrigen, anders denkenden, in der Mehrheit befindlichen Teil der Bevölkerung ausgeübt wird.

Ich frage den Senat, ob er bereit ist, der Hamburgischen Bürgerschaft so rechtzeitig eine dringliche Vorlage auf Beseitigung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag zur Beschlußfassung vorzulegen, daß deren Verabschiedung und die sich daraus ergebenden notwendigen Bekanntmachungen noch vor dem 1. Mai erfolgen können?

gez. J. Henningsen.

II.

Entwurf einer Antwort.

Der Beschluß der Bürgerschaft, durch den im April 1919 der 1. Mai in Hamburg zum gesetzlichen Feiertag erklärt wurde, beruht auf einem aus der Mitte der Bürgerschaft gestellten Antrag. Die Bürgerschaft ist in der Lage, in gleicher Weise auch die Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertages zu beschließen. Ein Antrag des Senats ist dazu nicht erforderlich.

Der Senat sieht davon ab, gegenwärtig einen solchen Antrag zu stellen, weil er die damit verbundene politische Unruheigung weiter Kreise der hamburgischen Bevölkerung zu vermeiden wünscht und weil eine reichsrechtliche Regelung der gesetzlichen Feiertage zu erwarten ist.

Den wirtschaftlichen Unzuträglichkeiten, die sich aus der Ungleichheit des Rechtszustandes in Hamburg und den benachbarten Orten ergeben können, wird wie früher so auch in diesem Jahre durch entgegenkommende Behandlung von Anträgen auf Ausnahme von der Arbeitsruhe nach Möglichkeit entsprochen werden.

Der Achtstundentag

(Nach einem alten Streiklied.)



Eine Stunde reden wir.



Eine Stunde schenken wir.



Eine demonstrieren wir.



Eine agitieren wir.



Eine Stunde pauzieren wir.



Eine Stunde kassieren wir.



Eine Stunde wird gewischt.



Und der Tag ist ausgenutzt!

Kampf um den 1. Mai

Diskussion in der Bürgerschaft

Dr. Behn (W.P.), v. Arnolbi (W.P.), Brinkmann (Nat.-Soz.), Dieckel (W.P.) und Genossen beantragen Aufhebung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag. Dazu beantragen

Dr. Stubmann (St.-P.) und Genossen, am 1. Mai diejenigen Ausnahmen zuzulassen, die im Hinblick auf die ungünstige Wirtschaftslage erforderlich erscheinen.

Dr. Behn (W.P.):

Das Maifeiertag-Gesetz von 1919 ist nichts anderes als der Ausdruck der tatsächlichen politischen Machtverhältnisse von damals in der Bürgerschaft. Heute hat sich viel gewandelt. Ein so kleines Land wie Hamburg kann sich eine eigene Feiertagspolitik nicht leisten. Die Mehrheit dieses Hauses steht auf dem Boden der Demokratie. Schon von dem Gesichtspunkt aus ist der Machtsstandpunkt, der in dieser Frage immer eingenommen wurde, nicht zu verantworten. (Zurufe und Unruhe.) Das hamburgische Volk in seiner Mehrheit lehnt die Idee des 1. Mai ab. (Stürmischer Widerspruch.)

Dr. Stubmann (St.-P.):

Die rechtsphilosophischen Darlegungen von Herrn Dr. Behn entsprechen kaum dem Standpunkt aller Antragsteller. Herr Dr. Behn wird sich damit nicht das Hakenkreuz verdienen. (Heiterkeit.) Wir glauben nicht, daß die Annahme dieses Antrages von den Antragstellern erwartet wird. Welchen Zweck aber soll es denn haben? Von veränderten Machtverhältnissen

in der Bürgerschaft kann keine Rede sein. Wir sind natürlich nie Anhänger des 1. Mai im Sinne der sozialistischen Idee gewesen. Aber der 1. Mai läßt sich als Festtag der Arbeiter durchaus denken. Man sollte in heutiger Zeit nicht unnötige Beurlaubung in die Bevölkerung tragen. Gerade in Ländern, wo der 1. Mai nicht Feiertag ist, kam es oft zu Kämpfen, weil die Arbeiter doch feiern. Wir halten an unserm vernünftigen Antrag fest, der eine Regelung für den 1. Mai fordert wie am Goldenen Sonntag. (Widerspruch bei den St.)

Leuterich (St.):

Die wirtschaftlichen Gründe, die Sie (zu der Rechten) für Ihren Antrag anführen, sind nur ein Vorwand, um Ihre Intoleranz gegenüber dem Feiertag der Arbeiter zu verdecken. (Sehr richtig.) Die wirtschaftlichen Gründe, die Sie heute gegen den 1. Mai anführen, sind doch für die kirchlichen Feiertage nicht maßgebend. Ich erinnere daran, daß in Preußen der Vorschlag gemacht wurde, den Bußtag gemeinsam auf einen Sonntag zu verlegen. Die Handelskammer in Hamburg nahm Stellung dazu, und wenn wirtschaftliche Gründe maßgebend gewesen wären für die Beurteilung von Feiertagen, dann hätte die Handelskammer für die preussische Anregung stimmen müssen. Statt dessen aber erklärte sie, daß eine Verlegung des Bußtages auf einen Sonntag gleichbedeutend wäre mit der Befestigung des Feiertages. (Hört, hört!) Aber, so erklärt die Handelskammer weiter, der Bußtag ist so verwachsen mit weiten Kreisen der Bevölkerung, daß dagegen Stellung genommen werden muß. (Stürmisches Hört, hört!)

Wenn man am 1. Mai nur ein ganz klein wenig dieser Toleranz gegenüber dem Feiertag der Arbeiterchaft besitzen würde, dann hätten Sie (zu der Rechten) ganz bestimmt diesen Antrag nicht gestellt. (Stürmischer Beifall.)

Wenn dieser Antrag angenommen wird, dann schaffen Sie den Zustand herbei, der vor dem Kriege bestand. Die Arbeiter haben sich niemals davon abbringen lassen, den 1. Mai zu feiern und die Folge war, daß vom 2. Mai auf an schwere Wirtschaftskämpfe der Unternehmer gegen die Arbeiter, die gefeiert hatten, die Wirtschaft mehr störten, als irgendein gesetzlicher Feiertag es je getan hat. (Stürmische Zustimmung.) Man soll es ganz offen aussprechen. Es

handelt sich nicht um wirtschaftliche Gründe sondern um den Kampf gegen die Idee des 1. Mai. (Sehr richtig!)

Diese Idee ist in dem Beschluß von 1889 festgelegt, in dem es heißt, daß, da der Kapitalismus die Arbeiter ohne Rücksicht auf das Leben, die Gesundheit und das Familienglück der Arbeiter schrankenlos auszubeuten strebt, die Arbeit durch die weitgehende Arbeitsteilung so intensiviert, daß sie in immer höherem Maße abstumpft und die Arbeitslosigkeit zu einer immer häufigeren Erscheinung gemacht worden ist, und eine wahre menschliche Lebensmöglichkeit für den Arbeiter nur bei ge-
 4 Stunden Teilung des Tages in acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung und acht Stunden Ruhe besteht, alle Arbeiter der Welt aufgefordert werden, Gesetze für den Arbeiterschutz und ein Gesetz für die Einführung des achttündigen Arbeitstages zu verlangen. Um die Bedeutung und den Ernst dieser Forderung der ganzen Welt kundzutun, soll ein Feiertag der Arbeiter festgesetzt werden, und als dieser Tag wurde der 1. Mai bestimmt. Sie müssen zugestehen, daß es für die damalige Zeit ein großer Beschluß war. In diesem Beschluß ist der sittliche Wille der Arbeiterschaft, sich selbst zu helfen, wenn ihr niemand hilft, verkörpert. (Bravo!) Zuruf von rechts: Ist das heute noch aktuell?

Diese Idee des 1. Mai ist heute so aktuell wie in keiner Zeit. (Widerspruch rechts.) Wenn Sie das bestreiten wollen, so weise ich darauf hin, daß das Elend der fünf Millionen Erwerbslosen nur zu beheben ist durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. (Stürmische Zustimmung.)

Viele Unternehmer sind bereits zu der 40-Stunden-Woche geschritten. (Sehr richtig!)

Gegen diese große Idee des Feiertages der Arbeiter kommen Sie (nach rechts) nun mit dem Grunde, daß die Ladeninhaber an den Grenzen leiden. Das sind gegen diese Idee so kleinliche Gründe, daß die Hunderttausenden der feiernden Arbeiter es wirklich nicht verstehen, wenn dieses Grundes wegen ihre Feier beseitigt würde. (Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.)

Die Demokraten wollen mit ihrem Antrage für die Arbeitsruhe am 1. Mai besondere Ausnahmen zulassen. Würden die Anhänger des 1. Mai-Feiertages dem Antrage folgen, dann

würden sie sich zu einer Degradierung dieses Feiertages be-
 kennen. (Sehr richtig!) Wir wollen diesen Feiertag so wie jeden Feiertag feiern. (Bravo!) Es gibt viel mehr christliche Feiertage. Warum wollen Sie (zur Staatspartei) für diese keine Ausnahmen zulassen? (Sehr gut!)

Für die Sozialdemokratie gibt es in dieser Frage kein Kompromiß, sondern nur ein entschiedenes Ja

Henningsen (D.N.):

Ein Vergleich des Bußtages mit dem 1. Mai ist ganz unangebracht, da doch der Bußtag zeitlich mit dem Bußtag in Preußen zusammenfällt. (Der 1. Mai etwa nicht? D. Red.) Ich habe schon bei der ersten Maifeier 1889 in Schleswig gegen diese verkehrte Idee gesprochen. (Große Heiterkeit.) Die Sozialdemokraten könnten den 1. Mai nur als Bußtag feiern. (Heiterkeit.) Sie sind (zu den SO.) Doktrinäre und Sie werden daran zugrunde gehen. (Gelächter.)

Westphal (R.):

Ob der 1. Mai Feiertag ist oder nicht, die Arbeiterschaft wird ihn feiern unter Führung der kommunistischen Internationalen. (Ironische Zurufe.) Was versteht Dr. Behn von Karl Marx? Wann hat er für Freiheit und Recht gekämpft, wie er behauptet? Er hat sich lediglich alle Pfeifenklub der Bürgerchaft zusammengesucht, um gegen den 1. Mai Sturm zu laufen. (Heiterkeit.) Der 1. Mai ist uns ein politischer Demonstrationstag. Wir demonstrieren für die Verteidigung der Sowjetunion.

Reinde (Nazi): In der ganzen Welt wird uns Dasein gekämpft, nur Deutschland wird an seinem Pazifismus zugrunde gehen. (Zurufe.) Wer hat Südtirol verraten? (Die Mitte und Linke ruft einstimmig: Sie!) Wir sind Sozialisten! (Stürmische Heiterkeit.) Wir wollen die Gemeinschaft des Volkes, die Gemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir lehnen diesen Feiertag ab, wir kennen nur zwei Feiertage: den Totensonntag und den Tag, an dem dem deutschen Volke die Freiheit wiedergegeben wird.

Fürster (Wirtsch.): Der 1. Mai ist bereits durchlöchert, deshalb nehmen Sie den Zwang von uns. Nur die Arbeit kann

uns retten. Ich fürchte, daß die völksparteilichen Senatoren in letzter Zeit öfter in Gewissensbisse geraten sind.
Dr. Behn (D.D.P. — Schlusßwort): Ich habe nicht daran gezweifelt, daß der Antrag auf Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag angenommen würde. (Lacht, hört und zapfe!) Ich wollte aber dennoch die Frage einmal wieder zur Sprache bringen.

Der Antrag Dr. Behn (D.D.P.) wird mit 92 gegen 51 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Submann (Staatsp.) wird ebenfalls abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis wird von der Linken mit stärrmlichem Beifall aufgenommen.

Einheitsfront von der D.D.P. bis zu den Nazis

Vorkoß gegen den Hamburger Maifesterag Ausschüßloß

Eine neue Front hat sich gebildet. Die Tatsache, daß der 1. Mai gesetzlicher Feiertag in Hamburg ist, gab bisher lediglich den Deutschnationalen Anlaß zu alljährlichen Conquistaderien gegen diesen Feiertag. Das heißt, im Verlaufe haben die Deutschnationalen ein, daß ihr Vorkoß tödlich sei. Sie gaben ihn auf. In diesem Jahre hat das politische Stimmungsbormeter der Hamburger Volkspartei endlich einmal den willkommenen Anlaß gegeben, einen praktischen Versuch mit der Einheitsfront bis zu den Nazis zu machen. Diese Einheitsfront nun tritt das Erbe der Deutschnationalen an.

Der Bürgerchaft ist ein Antrag zugegangen, der folgenden Wortlaut hat:

„Das Gesetz vom 12. Mai 1910, durch das der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag für das hamburgische Staatsgebiet erklärt wird, wird aufgehoben.“

Antragsteller sind mit dem Volksparteiler Dr. Behn an der Spitze die Prominenten der Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und außerdem der Zentrumsmann **Geppig**, die Wirtschaftsparteiler und die Nazis.

Noch ist dieser Antrag nur angekündigt. Er wird erst auf die Tagesordnung einer späteren Sitzung kommen. Dann wird man wieder das Klagegeld vernehmen von der Schädigung der „Wirtschaft“, wobei man selbstverständlich nur wieder an die Unternehmung denkt, durch einen gesetzlichen Feiertag an einem Wochentag. Wertwürdig, daß diese Einheitsfront nicht mit ähnlichen Einwendungen gegen den Lusttag, gegen den Korffesttag oder den Himmelstahrtstage zu Felde zieht.

Wertwürdig! Nun, es sind ja nicht die Interessen der sogenannten Wirtschaft. Sie werden nur vorgeschützt. Es ist ein politischer Vorkoß gegen die Arbeiterschaft, also gegen einen mindestens ebenso wichtigen Bestandteil der Wirtschaft, wie ihn das Unternehmertum darstellt.

So wird man es denn wieder erleben, daß die fehlende Einheitsfront zwischen Hamburg und den benachbarten preussischen Gebieten als zweiter Grund des Vorkoßes herangezogen wird, obgleich dieser Einwand für den 1. Mai noch weniger gerechtfertigt ist als für den Eisernen Sonntag. Denn am 1. Mai wird auch die Arbeiterschaft in Preußen ihren Feiertag begehen. Nur, daß es dort darum zu kämpfen kommen kann, weil Staat und Unternehmertum das Recht der Arbeiterschaft auf ihren Feiertag nicht respektieren, während Hamburg das mit gutem Recht durch den Beschluß vom 12. Mai 1910 artan hat.

Der 1. Mai bleibt in Hamburg Feiertag!

Die Kundgebung am 1. Mai.

Die am 1. Mai von allen Arbeitern vorgeschlagene **Erstschliebung** hat folgenden Wortlaut:

Entschlossen in dem Willen zum Kampfe um die Befreiung der Menschheit von brutaler Gewalt Herrschaft und Leiden, die geistige Verelendung haben sich Hunderttausende Männer und Frauen Hamburgs auf den Stadtparkwiesen zur **Maikundgebung** zusammengefunden.

Die Versammelten proklamieren aufs neue als erste Aufgabe der Arbeiterklasse die **Bekämpfung** jener **Volksverderber** in allen Ländern, die trotz der so unglücklichen, noch blutenden Wunden des großen Völkermordens die Idee des Gewalts als rettendes Mittel vorzutauschen suchen.

Kampf dem Faschismus, der mit seinem Appell an die niedrigsten Instinkte und unter Vorhütung eines verzogenen Nationalismus die **Gewaltherrschaft** der gekürzten Götzen von gestern wieder aufrichten will, sei die Parole!

In der Brandmarkung dieser die Menschheit schändenden Politik der Gewalt wissen sich die Versammelten besonders einig mit dem sozialistischen Proletariat Frankreichs und Belgiens, dessen Ehre unter dem Diktat französischer Lubenborste im Ruhrgebiet zur Knechtung deutscher Arbeit und Arbeiter mißbraucht werden.

Die Versammelten begrüßen die vom Ruhrproletariat zum ersten Male angewandte unbewaffnete **Selbstsämpfung** militärischer Gewalt und geloben rückhaltlose Unterstützung dieser dem Glanzen an die Bajonette zerstückenden Kampfweise zur **Selbstführung** der notwendigen **friedlichen** **Befreiung**.

Die Versammelten appellieren an die Arbeiter aller Länder: **Schließt mit uns die Kampffront gegen den internationalen Kapitalismus, Militarismus und Faschismus!**

Deutsche Hand- und Lohnarbeiter! Erkenn das Schloß der Stunde! Der vom Unternehmertum gehetzte Achtstundentag, die Existenz der Betriebsvereinigungen der Arbeiterschaft, der Ausbau des Arbeiterrechtes und Arbeiterschutzes ist in Frage gestellt, die Verteidigung des empörenden Steuerrechtes, die fortschreitende Verelendung der Rentempfänger und Kriegsoffer ist bedroht, wenn wir uns nicht geschlossen in eine Front stellen!

Versetzt den bürgerlichen kapitalistischen Parteien die **Gesellschaft**, kämpft mit der **Sozialdemokratie** und den freien **Gewerkschaften**:

gegen **Militarismus** und **Gewaltherrschaft**,
gegen **Faschismus** und **Reaktion**,
gegen **Kapitalismus** und **Verelendung**;

kämpft mit uns

für **SDV** **Verberber** und **Waffenstillstand**,
für **Abbau** des **Arbeiterrechtes** und **Arbeiterschutzes**,
für **gesehnte** **Verteilung** des **Reichtums** durch **Gesamtwirtschaft** der **Bestehenden**,
für die **Stichtverteilung** der **Arbeitslosen** in **Stadt** und **Dorfschaft**,
für die **Republik**,
für den **Sozialismus!**

Hamburger Echo v. 30.4.1923



Hamburger Echo v. 28. 4. 1925

Am 1. Mai Massen heraus!

Arbeiter, Gewerkschafter, Parteigenossen und -genossinnen!

Das reaktionäre Bürgerum glaubt „Siege!“ schreien zu können. Mit „Sei dir im Siegertranz“ hat es in Hamburg auf dem Jungferntage mit allerorts die Wahl Hindenburgs begrüßt. Wir müssen in das Siegesgejubel unsern hellen, alles überblühenden Kampfruf tragen:

Nieder mit der Reaktion!

Mit Schwarz-weiß-roten Fahnen, mit den Farben der Mörder Erzberger und Rathenau, mit den Farben aller monarchistischen Staatsverbrecher gegen die Verfassung haben sie die Wahl Hindenburgs geführt. Wir müssen wie ein Mann zusammenstehen

für die Konstanten der Verfassung und ihre Farben.

Eine Mauer werden wir sein, an der sich Verfassungseinde die Schärfe zertrümmern, sie aber nie einrennen können.

Die Großindustrie, die gesammelte Feindin der Gleichberechtigung der Arbeiter, des Achtstundentages und jeglichen sozialen Fortschrittes hat den Wahlskampf für Hindenburg finanziert. Sie glaubt, Altsinn auf Arbeiterrechte, auf Freiheit und soziale Errungenschaften der Arbeiter am besten ausführen zu können unter der Schutzherrschaft des Generals Hindenburg. Wir müssen die Ketten schälen, sie zu erbittertem Kampf für unser Recht und unsere Freiheit.

Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei sind unsere Burgen,

**die rote Fahne der Freiheit unsere Burgfahne,
der Achtstundentag unser unverrückbares Hauptziel.**

Die Kommunisten haben Hindenburg die Republik ausgeteilt. Beim klar laut, nach der Warden an Erbacher und Rathenau, haben sie angestrichelt ihre bolschewistische Fahnen für die Republik entrollt und sich unter die demokratischen Republikaner gemischt; zum Kampfe für die Republik. Am 26. April 1925 haben sie durch ihre Sonderkandidatur mit voller Absicht und mit der ganzen Partei Straß, die damit verknüpft ist, Hindenburg in den Sozial Friedrich Ebert gewählt. Hindenburg wird ihnen nichts tun. Sie haben ihm den Siegel gehalten. Aber wir, die wir unermüdet unter großen Opfern den „Freiheitskampf“ der Arbeiterklasse führen, wir müssen uns klar sein, daß es höchste Zeit ist, die bolschewistische Selbstherrschaft der Reaktion genau so wie die Reaktion rücksichtslos zu bekämpfen.

Der Tag, wo wir unsere Kampfbereitschaft, unsern Kampfeswillen bekunden, und wo wir der Reaktion und ihrer Helfershelfern zeigen müssen, daß ihre Säume nicht in den Himmel wachsen, folgt dem 26. April auf dem Fuße.

Der 1. Mai ist unser Tag!

In gewaltigen Massen müssen wir aufmarschieren. Die Fahnen der Freiheit und die Banner der Republik wollen wir tragen und unsern Kampfruf laut:

Nieder mit der politischen und monarchistischen Reaktion!

Es lebe der demokratische Volksstaat!

Nieder mit der industriellen und sozialen Reaktion!

Es lebe der Achtstundentag und der Sozialismus!

Auf zur Manifestation!

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei Groß-Hamburgs.

Volk der Arbeit, her zu uns!

Hamburger Echo Nr. 103
v. 27. .4. 1932

Am 1. Mai gilt es aufs neue für den Frieden und für Arbeitsbeschaffung auf den Plan zu treten.

Niemals sind diese Forderungen so berechtigt gewesen wie heute.

Niemals war ihre Verwirklichung dringender als jetzt.

Mehr als 20 Millionen Menschen in der Welt warten Jahr um Jahr auf Arbeit!

Mehr als 6 Millionen Arbeitslose allein in Deutschland!

Millionen rüstiger Männer und Frauen sind unfreiwillig ausgestoßen aus der Gemeinschaft schaffender Menschen!

Die Kraft unserer Jugend verkommt in Nichtstun, in seelischer und wirtschaftlicher Not.

Das ist

eine vernichtende Anklage gegen die Planlosigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die kapitalistische Wirtschaftsführung hat die Völker der ganzen Erde in den Krieg und in die furchtbarste Krise gestürzt, die sie jemals erlebt haben. Sie hat die Völker in sich selbst zerrissen und droht sie gegeneinander in neue blutige Kriege zu treiben, in denen alle Kultur und Menschlichkeit für immer versinken müssen.

Gewaltige Verbilligungen in der Rohstoffherzeugung werden den Verbrauchermassen vorenthalten, durch Preisdiktate der Trusts, Kartelle und privatkapitalistischen Monopolfesellschaften. Schutzzölle, die oftmals das Mehrfache des Gesamtwertes der Produkte betragen, drosseln die Konsumkraft der Massen und stabilisieren so die allgemeine Wirtschaftskrise.

Neben den Lohnarbeitern, den Angestellten und den Werkträgern in den freien Berufen sind nun auch Millionen bisher selbständiger Existenzen des Mittelstandes und Bauernums von der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus zu Boden gedrückt.

Das System der wirtschaftlichen Willkür und Planlosigkeit des Kapitalismus ist die Ursache dieses Elends,

nicht das politische System der demokratischen Mitbestimmung des Volkes.

Der Kapitalismus betreibt nicht Befriedigung des natürlichen Bedarfs der Menschen, wie es der Sozialismus sich zum Ziele setzt.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem lenkt die Gütererzeugung nach den Gewinnaussichten jener Wenigen, die Eigentümer der Einrichtungen sind, mit denen die Bedarfsgüter der Menschheit erzeugt werden. Darum gehören diese Einrichtungen unter die

Kontrolle und Mitbestimmung der arbeitenden Massen

um sie in friedlicher Zusammenarbeit der Völker zu gegenbringender Höchstleistung im Dienste für alle Menschen anzuwenden.

In Jahrzehntelangen, opferreichen Kämpfen hat die organisierte Arbeiterschaft dem Kapitalismus seine politischen Vorrechte entrisen und sich mit dem Wahlrecht des Bürgerrecht erobert.

Schon haben sich die arbeitenden Menschen mit dem Mittel der Demokratie in den Genossenschaften, über die Gemeinde- und Wanderverwaltungen, wie auch

in der Gesetzgebung des Reichsparlamentes spürbaren Einfluß auf die zusammenbrechenden Großunternehmungen des Privatkapitalismus erobert.

Der politische Vormarsch der Arbeiterklasse ist dem wirtschaftlichen System gefährlich geworden.

Den Kapitalismächten ist darum kein Mittel zu schlecht, kein Opfer zu groß keine Gewalttat zu brutal, um sie gegen die politische Demokratie, die sich die Arbeiterklasse erkämpft hat, in Anwendung zu bringen.

Der Faschismus, das politische Instrument des Kapitalismus,

droht alle wirtschaftlichen Rechte der Arbeiterklasse zu zerstampfen und die Grundlagen ihrer Freiheit in blutiger Diktatur zu unterdrücken.

Gegen diese Absichten haben sich die unterzeichneten Organisationen zusammengeschlossen

In der Eisernen Front.

Sie richten an alle unsere Mitglieder und zugleich an alle Männer und Frauen, die ihre Freiheit verteidigen wollen, Seite an Seite mit den Sozialisten aller Länder und den freien Gewerkschaften den Ruf:

Her zu uns!

Demonstriert am 1. Mai mit der Sozialdemokratie:

Für die 40-Stunden-Woche!

Gegen die kapitalistische Ausbeutung!

Für die Hebung der Konsumkraft der Massen!

Gegen den Lohn- und Gehaltsdruck!

Für ausreichenden Lebensunterhalt der Opfer der Wirtschaftskrise!

Gegen den Abbau der Sozialversicherung, des Arbeitsrechts und der Arbeitslosenunterstützung!

Für den Abbau der Schutzzölle!

Gegen die Preisdiktatur der Kartelle und Trusts!

Für Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsplanung!

Gegen die kapitalistische Wirtschaftsanharchie!

Für den Aufbau des Sozialismus!

Volksgenossen!

Werktätige Männer und Frauen!

Schließt Euch zusammen in der Eisernen Front! Bildet die Einheitsfront von unten her!

Marschiert am 1. Mai unter den Fahnen des Sozialismus!

Für den Weltfrieden! Gegen Krieg, Faschismus und alle Gewaltmethoden! Für die Einigung der Arbeiterklassen! Für die weltumspannende Idee des Sozialismus!

Die Verbände der Sozialdemokratischen Partei im Südfeldgebiet
Ortskommune Groß-Hamburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
Ortsrat der AIA-Bundes / Allgemeiner Deutscher Arbeiterbund Groß-Hamburg

FIASKO DER BLINDEN GEWALT

RÜCKBLICK AUF DEN 1. MAI

Die Mitglieder der Gewerkschaften haben den Aufrufen des JGB. in Amsterdam und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai allerorts Folge geleistet. Die Arbeitsruhe war in den Städten allgemein, die Feiern und Umzüge sind imposant und ruhig verlaufen.

Nur in Berlin, wo der roheste Terror der Kommunisten und Nationalsozialisten in den letzten Monaten zahlreiche Todesopfer gefordert hatte, bestand noch das aus diesen Anlässen verhängte polizeiliche Demonstrationsverbot. Gegen dieses Verbot kämpfte die kommunistische Partei in herausfordernder Weise in ihrer Presse und in Versammlungen. Sie spitzte ihre Gewaltpropaganda darauf zu: *Entweder die Kommunistische Partei oder die Staatsgewalt wird am 1. Mai die Straßen in Berlin beherrschen und wenn auch das Blut zahlreicher Toten das Pflaster röten sollte. „Am 1. Mai wird Blut fließen“*, so hieß es in vertraulichen Rundschreiben der Kommunistischen Partei. Es kam der KPD. also nicht auf die Aufhebung des Verbots an, sondern sie legte ihre Taktik mit vollem Bewußtsein auf den Kampf mit der Polizei an.

Am 1. Mai rollte in Berlin das gleiche Drama ab wie beim mitteldeutschen Putsch und in den Barrikadenkämpfen in Hamburg. Diese blutigen Trauerspiele werden sich auch in Zukunft solange wiederholen, bis die deutschen Arbeiter endlich erkennen, daß diese Opfer im Kampfe mit der eigenen Staatsmacht nicht ihren Interessen dienen, sondern lediglich der russischen Innen- und Außenpolitik zuliebe gebraucht werden. Der Glaube, daß nach den bisherigen Erfolgen der russischen Wirtschaftspolitik ein Sowjet-Deutschland erkämpft werden könnte, zeugt nur von der Naivität der Anhänger der Kommunistischen Partei in Deutschland.

Die Gewerkschaften fühlten sich durch das Demonstrationsverbot weniger betroffen, denn sie hatten angesichts der Vorgänge bei den Maidemonstrationen in den Jahren 1927 und 1928 bereits öffentlich zu erkennen gegeben, daß sie nicht noch einmal dem kommunistischen Terror dulden und

hinter den die Gewerkschaften beschimpfenden Transparenten der Kommunisten demonstrieren würden. Vor allem die skandalösen Beschimpfungen politisch Andersgesinnter durch organisierte und auf Lastwagen transportierte Schreihöhle von Kindern und jugendlichen Kommunisten, die unter dem Schutze von Rot-Front-Kämpfern die Demonstrationzüge begleiteten und randalierten, haben bei den verantwortlichen Führern der Gewerkschaften den Entschluß reifen lassen, daß die Wiederholung solcher beschämenden Szenen verhindert werden müsse. Als Abwehr gegen dieses kommunistische Rowdytum blieb entweder die entschiedene Gegenwehr, die jedoch unvermeidlich zu einem Kampfe von Arbeitern gegen Arbeiter auf offenem Markte geführt hätte, oder die Verlegung der Mäi feiern in geschlossene Räume. In zahlreichen Berliner Gewerkschaftsversammlungen ist denn auch in diesem Jahre gemäß den Vorschlägen des Ortsausschusses des ADGB. beschlossen worden, die Mäiveranstaltungen für Berlin in Lokalen abzuhalten.

Die Kommunistische Partei hatte zu ihrer Unterstützung ein sogenanntes Maikomitee bilden lassen, das im Bunde mit allen von der KPD. beeinflussten Organisationen die gewünschten Betriebsproteste gegen das Demonstrationsverbot lieferte. Den Kommunisten und den mit ihnen Sympathisierenden wurde von der Parteilitung und vom Maikomitee der Besuch der gewerkschaftlichen Veranstaltungen untersagt. Trotz alledem waren sämtliche gewerkschaftlichen Veranstaltungen überfüllt und sind restlos ohne jeden Zwischenfall günstig verlaufen. Die KPD. rechnete zuversichtlich damit, daß die „revolutionären Unorganisierten“ im Bunde mit der sogenannten Gewerkschaftsopposition ihrer Aufforderung folgen und am 1. Mai den Kampf mit der Staatsgewalt auf der Straße aufnehmen würden. Diese Absicht ist kläglich gescheitert, denn nicht nur die Wähler der roten Betriebsräte, sondern sogar die eingeschworenen Mitglieder der KPD. haben es zumeist vorgezogen, dem Rufe der Gewerkschaften zu folgen. Demonstrationen konnten sich infolge der polizeilichen Maßnahmen nicht entwickeln und zu blutigen Zwischenfällen war es bis zum Abend nirgends gekommen.

Erst im Dunkel der Nacht wurde an einigen eng begrenzten Stellen von Jugendlichen und lichtscheuen Elementen das Straßenpflaster aufgerissen, Barrikaden errichtet, Geschäfte ausgeraubt und auf die Polizei geschossen. In der notwendigen Gegenwehr der Polizei sind leider auch Unbeteiligte als Blut- und Todesopfer gefallen.

Für diese Blutopfer trägt die Kommunistische Partei einzig und allein die Verantwortung. Sie brauchte diese Opfer, um einmal ihre eigenen Anhänger beisammenzuhalten und von den innerparteilichen Schwierigkeiten und Kämpfen mit den Rechten, Ultralinken, Trotzisten, Versöhnlichen usw. abzulenken. Unterstützung erhielt die KPD. aus Rußland. Die Sowjetpresse und Belegschaften russischer Staatsbetriebe griffen schon frühzeitig durch entsprechende Zuschriften an die „Rote Fahne“ in den Kampf der Kommunisten gegen das Demonstrationsverbot des Polizeipräsidenten Zörgiebel ein. Damit ist zweifellos bewiesen, daß die Moskauer Gewalthaber ihre Puppen in Deutschland tanzen ließen und diese Entlastungs offensive am 1. Mai von ihren Berliner Lakaien forderten zu dem offensichtlichen Zweck, die Aufmerksamkeit der europäischen Arbeiterschaft von den eigenen inneren Schwierigkeiten abzulenken, und um darauf hinzuweisen zu können, daß das „sogenannte demokratische Deutschland, das keinen Plennig für Kinderspeisung und nur blaue Bohnen für Erwerbelose übrig habe“, schlimmer sei als das gegenwärtige Sowjetregime. Woroschilow, der Nachfolger Trotzki's, besaß den zweifelhaften Mut, anlässlich der großen Parade am 1. Mai in Moskau im Beisein des Diplomatischen Korps in dieser Weise das deutsche Volk und seine Staatseinrichtungen in verleumderischer Weise herabzuwürdigen und die demokratische Republik mit dem zaristischen Rußland in Parallele zu stellen. Um das russische Volk von der Notwendigkeit und Richtigkeit des gegenwärtigen „Hungerpolonaisen-Sozialismus“ zu überzeugen, griff derselbe Staatskommissar nach Lenins Rezept und verzapfte bewußte Lügen über ein Land, mit dem Rußland freundschaftliche Beziehungen unterhält.



Arbeiter, Ihr Kampf ist, wenn Ihr nur wollt!

Ihr „Brot und Fett“ gesichert von Wilhelm Strin

Maizeitung der SPD 1930

Die freie Gewerkschaft

Offizielles Mitteilungsblatt des ADGB, Ortsausschuß Groß-Hamburg

12. Jahrgang, Nr. 14

Mittwoch, den 19. April 1933

Preis 5 Pfennige

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Kollegen und Kolleginnen!

Im Zeichen des 1. Mai

habt ihr alljährlich Euch zu der großen Aufgabe bekannt, in der deutschen Arbeiterschaft den hohen Gedanken der gegenseitigen Hilfe durch Erziehung zu Standesbewußtsein, Gemeinschaftswillen und Kameradschaftsgeist unermüdetlich zu wecken, zu pflegen und zu fördern, wie er in unseren Gewerkschaften seinen organisatorischen Ausdruck gefunden hat.

Am Tage des 1. Mai

erglühte stets erneut das Bekenntnis der von leidenschaftlichem Kulturwillen besetzten deutschen Arbeiter, den verkümpften Menschen einem dumpfen Arbeitsdasein zu entreißen und ihn als freie, selbstbewußte Persönlichkeit in die Gemeinschaft des Volkes einzuordnen.

So habt Ihr im Zeichen des 1. Mai Euch den gesetzlichen Achtstundentag, das Recht auf menschenwürdige Existenz erobert. Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat.

Au diesem Tage soll nach der amtlichen Ankündigung der deutsche Arbeiter im Mittelpunkt der Feier stehen.

Der deutsche Arbeiter soll am 1. Mai standesbewußt demonstrieren, soll ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden. Das deutsche Volk soll an diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bekunden. Kollegen und Kolleginnen in Stadt und Land!

Ihr seid die Pioniere des Morgenlandes. Denkt immer daran und seid stolz darauf. In herzlicher Kameradschaft mit Euch allen unerschütterlich verbunden, senden wir Euch zu diesem Tage unseren gewerkschaftlichen Gruß.

Der Bundesvorstand des

Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Berlin, 15. April 1933

Zur Mitarbeit am Aufbau von Staat, Wirtschaft und Nation bereit!

In einer am Donnerstag, 15. April, vom Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB einberufenen Versammlung sprach John Ehrenfest vor annehmend

3000 ehrenamtlichen Gewerkschaftsfunktionären des Wirtschaftsgebiets Groß-Hamburg über die gewerkschaftliche Situation. Wir geben aus dieser fast zweiwöchigen Rede folgendes wieder:

„Wir haben früher mehr als einmal betont, daß die Gewerkschaften in jeder Wirtschaftsperiode, in jedem Staat ihre ständlichen Aufgaben zu erfüllen haben.“

Diese Aufgaben sind

Wahrung des sozialen Rechts

und

Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange

der Arbeitnehmerschaft.

Bei der Vertiefung und Lösung dieser Aufgaben haben wir mit jeder Regierung Verbindung zu suchen.

Dementselbst haben wir uns auch zur heutigen Regierung positiv einzustellen!

Das heißt gar nicht gewerkschaftliche Grundsätze aufgeben. Das heißt alle gewerkschaftliche Grundgedanken konsequent weiter verfolgen. Wir sind willens und fähig, mit den neuen Trägern der staatlichen Macht die Wünsche und Erwartungen der Arbeiterschaft auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet erfüllen zu helfen.

Wir sind dies um so mehr, als das, was sich am 5. März zuzug, unabweislich eine Revolution von größtem Ausmaß und größter Tragweite war.

Eine Revolution, die nicht abgeschlossen, deren Auswirkung nicht abzuschätzen ist. Eine Revolution, die traditionelle Auffassungen über den Haufen warf und mit Gewohnheitsbegriffen aufräumte, eine Revolution, die drast und drast ist, das

liberalistisch-kapitalistische Wirtschaftssystem

zu überrennen.

Eine Revolution, die mit dem demokratischen Parlamentarismus brach, eines Parlamentarismus, der gerade den Gewerkschaften in den letzten Jahren eine Entfesselung nach der anderen besetzte.

Wir befinden uns inmitten einer Revolution, die mit einer Offenheit, einer Konsequenz und einem Tempo von atemberaubendem Umfang vor sich geht.

Die entscheidende Frage ist, wollen sich die

Gewerkschaften

in die Neugestaltung einschalten

oder wollen sie die ihnen von der Lohn- und Gehaltsempfängerschaft zugewiesene Aufgabe als erledigt betrachten?

Diese Frage ist es, die zur Entscheidung steht. Sie findet ihre Antwort in den verlustlosen Geschicknissen. Was ist denn eigentlich geschehen und in welcher Situation befinden wir uns?

Mit der Eröffnung des Reichstages am 21. März und der Annahme des Ernächtigungsgesetzes ist für die Politik Deutschlands eine Entscheidung vollzogen worden, die auch für die Stellung der Gewerkschaften als der berufenen Vertreter der Arbeitnehmersinteressen von weittragender Bedeutung ist. Das deutsche Volk hat den Weg bereinigt, den es zu gehen wünscht, und es hat in seiner großen Mehrheit den Willen, sich der vom Reichspräsidenten bestimmten Führung anzuerkennen. Wir sind zu gut geschult, um nicht

zu wissen, daß es niemals ist, vor den Tatsachen den Kopf in den Sand zu stecken. Die heutige Lage ist statustypisch das Ergebnis, ist die Synthese aus der Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg am 10. April 1932 und der Bestätigung des Reichskanzlers Hitler durch den Wahlauflauf am 6. März 1933.

Zwungsläufig ergibt sich aus dieser Entwicklung und der bisherigen Stellung der Gewerkschaften im Rahmen der Verfassung eine Folge von Auseinandersetzungen, die Form und Inhalt unserer Bewegung wesentlich beeinflussen.

Jedes einzelne Mitglied wird diesen Vorgang spüren. Die Gewerkschaften haben zum

Maßstab und seiner Führung

Hilfen zu beschaffen.

Es handelt sich dabei weniger um persönliche Fragen, als vielmehr um unsere Haltung zum Staat und zur Nation. Dieses Bekenntnis wird Hand und Fuß haben. Es soll und es wird ehrlich sein, und wir hoffen, daß es dazu beiträgt, Brücken zu bauen selbst zu dem, die aus mangelnder Kenntnis über Wesen und Wertung der deutschen Gewerkschaftsbewegung lieber heute als morgen ihre Verstellung vornehmen möchten.

Deutschlands Gewerkschaften verhalten heißt nichts anderes, als den Lebensstandard des deutschen Arbeitnehmers zu beseitigen, und der Nation kann nicht damit gedient sein, wenn Hunderttausende, in Millionen Männer und Frauen in tieferster Erbitterung sich immer daran erinnern müßten, daß ihre Organisation, die ihren Arbeits-, Lebens- und Kulturwillen verkörpert, ihrer Bewegungswelt beraubt ist.

Arbeit und Beruf zu schützen, das ist die gewerkschaftliche Aufgabe. Daß darüber hinaus die Gewerkschaften betriebl. sind, am Aufbau einer Wirtschaft teilzunehmen, die bessere Lebens- und Aufsteigsmöglichkeiten bietet, wird ihm niemand zum Vorwurf machen

können. Wie oft haben wir an den Staat appelliert, seine Macht zu steigern, um der deutschen Wirtschaft Bahnen zu weisen, um das Chaos zu bändigen, das durch das Versagen der wirtschaftlichen Kräfte entstanden ist. Die Krise der letzten Jahre hat uns gezeigt, wo anzusetzen gewesen wäre. Wir wissen, daß das der Wunsch vieler Millionen ist und daß hier die Aufgabe besteht, die den Gewerkschaften ein für allemal gestellt bleibt.

Die Gewerkschaftsbewegung wirkt in der Tiefe des sozialen Lebens, sucht dem unmittelbaren sozialen Gegner, dem Unternehmerium, Vorteile abzuringen und schafft, indem sie das Bild der sozialen Machtverhältnisse verschleibt und die Bedingungen des sozialen Lebens verändert, neue soziale Tatsachen. Dann aber strebt sie danach, ihre Errungenschaften, die in diesen sozialen Tatsachen zum Ausdruck kommen, durch die Gesetzgebung rechtlich zu sichern. Die Geschichte der deutschen Sozialpolitik enthält zahlreiche Beispiele für diesen Werdegang sozialpolitischer Gesetze.

Stets haben die maßgebenden Gewerkschaftsinstanzen als Ziel ihrer Tätigkeit betrachtet

die Hebung des Arbeiterstandes in wirtschaftlicher, sozialer, geistiger und kultureller Beziehung.

Auch in diesem Augenblick wird und kann die Gewerkschaftsbewegung nicht nachlassen in ihrem Bestreben, an der Erfüllung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Aufgabe weiterzuarbeiten.

Das gleiche Ziel hat die heutige Reichsregierung als das ihre bezeichnet. Diese Tatsache ermöglicht ohne Schwierigkeiten eine

Einschaltung der Gewerkschaften in das Programm der Reichsregierung.

Sollen die in der Gewerkschaftsbewegung ruhenden Kräfte für den Aufbau des neuen Staates mobilisiert werden, dann muß u. B. die Selbstverwaltung und der freiwillige Soldatentüchtungsdenke in den Gewerkschaften gesichert werden.

Eine auf

freiwillige Mitgliedschaft aufgebaute Einheitsgewerkschaft,

der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung gesichert wird, ist der beste Garant, daß die Millionen, die zu uns stehen, in den

Aufbau von Staat, Wirtschaft und Nation

eingeschaltet werden können.

Und zu einer solchen Mitarbeit, darüber haben die Auslassungen der gewerkschaftlichen Instanzen, darüber hat insbesondere des Bundesvorsitzenden

Theodor Leiparts Brief an den Kanzler Adolf Hitler

keinerlei Zweifel gelassen, sind die Gewerkschaften durchaus bereit.

Aus unserer Bereitwilligkeit zur aktiven Mitarbeit ist auch die Schreibweise unseres Organs „Die freie Gewerkschaft“ zu verstehen. Wir fühlen uns nicht als Fremdkörper, sondern als einen gewichtigen Teil der vom Reichskanzler Hitler proklamierten Volksgemeinschaft.

In dieser unserer Haltung läßt uns der u. a. auch von der Arbeitgeberzeitung erhobene häßliche Vorwurf: „Ihr sucht Anschluss“ kalt. Wir schlagen Brücken,

um der Arbeiterschaft und damit dem deutschen Volke dienen zu können!

Was nun die Zukunft der Gewerkschaften anlangt, so ist die Prognose nicht schwer. Es wird von den Mitgliedschaften der Organisationen abhängen, wiesich der Weg der Gewerkschaften gestalten wird.

Wird in diesen Entscheidungstunden die Treue und die Disziplin gewahrt, werden Miesmacher und Schwarzseher in die Schranken verwiesen, dann brauchen wir um die

Erhaltung der Selbsthilfeorganisation der Arbeiterschaft keine Befürchtungen haben.“

Diese, immer wieder von lebhafter Zustimmung der Versammlung unterbrochenen Ausführungen, fanden an ihrem Schluß stürmischen Beifall.

Amlung, vom Gesamtverband, beantragte, von einer Aussprache Abstand zu nehmen und als Willenskundgebung folgende Entschliessung anzunehmen:

„Die am 13. April stattgefundenen, von etwa 3000 Funktionären der freien Gewerkschaften Groß-Hamburgs besuchte Versammlung billigt ausdrücklich die Haltung des Bundesvorstandes und des Vorstandes des Ortsausschusses.“

Die Versammlung billigt auch ausdrücklich die Schreibweise der „Freien Gewerkschaft“ und spricht Bundesvorstand und Ortsausschubsvorstand ihr volles Vertrauen aus.“

Der Antrag Amlung wurde mit allen gegen nur zwei Stimmen unter demonstrativem Beifall der Versammlung angenommen.

Staatliche Pressestelle Hamburg

Weitere Darlehen zur Arbeitsbeschaffung:

Die Staatliche Pressestelle teilt mit: Nachdem inzwischen von der Deutschen Reichsbank-Kreditanstalt in Berlin für den Ausbau des Gannerweges in der Gemeinde Altengamme ein Darlehn von 150 000 RM und von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten in Berlin für den Ausbau der Halbleichtstraße zwischen Bramfelder- und Dennerstraße ein Darlehn von 200 000 RM bewilligt worden ist, sind nunmehr für Staatsarbeiten insgesamt Darlehen in Höhe von 4 944 200 RM bereitgestellt worden. Mit dem genehmigten Gemeindegeldlehen in Höhe von 513 600 RM sind somit insgesamt Darlehen in Höhe von 5 667 800 RM bewilligt worden.

Der Präses der Landesjustizverwaltung hat angeordnet, daß von der Einberufung jüdischer und marxistischer Schöffen, Geschworenen und Hindelarichter bei den hamburgischen Gerichten abzusehen ist.

GEWERKSCHAFTS-ZEITUNG

ORGAN DES ALLGEMEINEN DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Redaktion und Expedition: Berlin SW 19, Inselstraße 6. Fernspr. F 7. Jannowitz 6581
Das Blatt erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1,00 Reichsmark

BERLIN 29. April 1933

43. JAHRGANG

NUMMER 17

DER 1. MAI 1933

Die politischen Umwälzungen unserer Tage bedeuten den Anbruch einer neuen Epoche in der Geschichte des deutschen Volkes. Auch vor diese Feststellung nicht im Sinne eines Bekenntnisses aussprechen kann, da er anderen Symbolen folgte und anderen Anschauungen ergeben war als denen der nationalen Revolution, muß ihr aus Einsicht zustimmen, wenn er nicht angesichts des werdenden Neuen in resignierter Untätigkeit abseits stehen will.

Wird nun mit der Erhebung des 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag der Arbeit, der Maifeier zum Volksfest auch eine neue geschichtliche Epoche für die Stellung und Geltung der Lohnarbeiterschaft im öffentlichen, gesellschaftlichen und Wirtschaftsleben des Volkes beginnen? Diese Frage wird alle Mitglieder der Gewerkschaften bewegen, die, der Aufforderung des Bundesausschusses des ADGB. folgend, am 1. Mai „im vollen Bewußtsein ihrer Pionierdienste für den Maigedanken, für die Ehrung der schaffenden Arbeit und für die vollberechtigte Eingliederung der Arbeiterschaft in den Staat“ an den von der Regierung veranlaßten Feiern teilnehmen!).

Wir feiern den 1. Mai seit mehr als 40 Jahren. Unser Maitag war allezeit ein Kampftag, unsere Feier eine festliche Demonstration. Kampftag war der 1. Mai in einem doppelten Sinne; denn die Losungen des Maifestes waren kämpferische Forderungen der Arbeiterbewegung an Unternehmertum und Staat, und auch für die Form der Maifeier, die Arbeitsruhe, die jetzt gesetzliche Anerkennung gefunden hat, mußte die Bahn unter Opfern der Arbeiterschaft freigelegt werden.

Als Form der Maidemonstration wählte die Arbeiterschaft die *Arbeitsruhe*. Aber sie mußte die Arbeitsruhe gegen den Widerstand der Unternehmer durchführen, die oft ihre ganze Macht gegen das Maifest der Arbeiterbewegung aufboten und den der Arbeitsruhe am 1. Mai schuldigen Arbeiter mit unerbittlicher Strenge verfolgten. Umfangreiche Aussperrungen in großer Zahl, unzählige Maßregelungen einzelner Arbeiter, für welche die Betriebsruhe am Maitage zum Anlaß genommen wurde, zeugen von der Schwere der Auseinandersetzungen um die Form der Maifeier.

Für das stetige erfolgreiche Fortschreiten der gewerkschaftlichen Bewegung hing viel davon ab, daß die Zentralverbände, unabhängig von Zufällen und äußeren Einwirkungen, nur ihren eigenen Erwägungen folgend, das Gesetz der Taktik dem Gegner vorzuschreiben sowie über ihre eigenen Machtmittel und den Zeitpunkt für deren Einsatz nach freiem Ermessen zu gebieten vermochten. Die Gewerkschaften waren bestrebt, das zunächst noch locker gefügte Netz des Tarifvertragswesens zu einem dicht geknüpften System zu entwickeln. Die *Zufälligkeiten der Maiaussperrungen* durchkreuzten oftmals alle taktischen Berechnungen, zerstörten immer wieder, da die Arbeitsruhe am 1. Mai als Vertragsbruch gedeutet wurde, das Gefüge der Kollektivregelungen des Arbeitsverhältnisses. Diese Lage bewog die Gewerkschaften, mit der Arbeitsruhe am 1. Mai vorsichtig umzugehen. Dennoch brachten jährlich ungezählte Scharen von Arbeitern und Arbeiterinnen — auch in dieser Phase der Entwicklung der Gewerkschaften — den Lohn für einen Arbeitstag, ja ihre Arbeitsstelle der Idee des Maifestes zum Opfer. Sie bekundeten einen Opfermut, der von jeder Bewegung, die gleiches an Behinderungen erfahren und gleiches an opferfroher Gesinnung von ihrer Gefolgschaft gefordert und bekundet erhalten hat, *anerkannt und mit Respekt betrachtet* werden sollte.

Auszug

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind demokratisch gesinnt. Wir lehnen es ab, dies zu leugnen oder zu verbergen. Ihr Ziel war es, dem Reiche als *demokratischem Staatwesen* Größe und Ansehen in der Welt zu geben und für sich selbst im Rahmen des demokratischen Reiches einen würdigen Platz zu erringen. Viele unter ihnen fühlen sich auch weiterhin dem Ideal der Demokratie verpflichtet. Aber stets stand für die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften — bei jenen zufolge ihrer sozialen Lage, bei diesen gemäß ihrer Art, sich an sozialen Tatbeständen zu orientieren, und ihrer Mission, gestaltend auf deren Entwicklung einzuwirken — die Frage nach dem *sozialen Inhalt* eines Staates mit gleichem Range neben dem Problem der *Staatsform*.

Aber nicht allein die Frage des materiellen Gehalts des Gedankens der Volksfeier vom 1. Mai 1933 bewegt die Festteilnehmer aus dem Lager der Gewerkschaften. Wird, werden sie fragen, dieses Maifest in der Tat dem *geistigen Zusammenhalt* der Schichten und Strömungen im Volke untereinander förderlich sein? Wir haben gesehen, daß sich von dem traditionellen Gedankengehalt des Maifestes der Arbeiterbewegung ausgehend ein Weg findet, der hinführt zu dem Sinn, den die Regierung dem neuen Volksfeiertag zu geben gedenkt. Wir sind daher, wie wir wissen, in Übereinstimmung mit zahlreichen Mitgliedern der Gewerkschaften der Meinung, das Maifest neuer Prägung wäre die Gelegenheit, diese Beziehung der überlieferten Werte der deutschen Arbeiterbewegung zu der neuen Ordnung des Lebens von Volk und Staat zu befestigen durch die *Anerkennung dieser Ueberlieferung und ihrer Träger* seitens der Regierung.

Vermerk von Otto Wels zum 1. Mai 1933 zitiert nach:

Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf*. Neuwied und Berlin 1971

S. 192 f

Nun war der Aufruf der Gewerkschaften zum 1. Mai heraus. Er war mehr als ungenügend. Die Bezirke forderten klare Stellung. Teilnahme oder nicht. Die Konferenz der Bundesvorstände und der Bezirke entschied jetzt für Teilnahme, Flaggen von schwarz-weiß-rot am 1. Mai. Als wir davon hörten, suchte ich L. wieder auf und betonte mein Befremden, daß man uns von diesem Frontwechsel nicht unterrichtet hätte. Darauf erst erfuhr ich den vorstehenden Sachverhalt und suchte Leipart noch einmal umzustimmen. Es sei der moralische Zusammenbruch. Die schwerste Schädigung, die die Gewerkschaften noch erfahren könnten, und außerdem würde dies Opfer ganz umsonst gebracht. »Lasse doch lieber das Hakenkreuz mit Gewalt auf die Dächer setzen, ehe Du freiwillig die schwarz-weiß-rote Fahne hißt.« L. war gebrochen. Er sehe die Sache ebenso schwarz, aber es ginge nicht mehr anders. (Er hoffte noch immer, daß ein Kommissar ernannt würde, mit dem die Gewerkschaften auskommen könnten.)

Am Nachmittag des anderen Tages kam Husemann zu uns. Auch ihm brachte ich unseren Standpunkt zur Kenntnis. Er sagte schwer erschüttert, jeder Widerstand sei zwecklos, schilderte barbarische Mißhandlungen seiner Kumpels und sagte dann, er habe mit 10 bis 12 seiner in Arbeit stehenden Kameraden gesprochen, die auch dieselbe Auffassung hätten. Sie verlören die Arbeit und könnten an den Dingen nichts mehr ändern. Tränen standen ihm dabei in den Augen. Es war eine schwere, seelisch uns aufs tiefste erschütternde Stunde. — Damals nannte man als Gewerkschaftskommissare die Namen Brauweiler oder Gregor Strasser. —

Auch mit den Nazi selbst hatte man bereits Verbindungen gesucht und Leipart sagte mir, daß Furtwängler durch seine Beziehungen zu dem Verein für das Auslandsdeutschtum dabei gute Dienste leiste.

Am 1. Mai war der Terror auf seinem Höhepunkt. Vorsitzende der Gewerkschaften wie *Schrader* marschierten mit dem Hakenkreuz auf. Interne Feiern der Genossen fanden trotzdem statt. Am 2. Mai erfolgte die Besetzung der Gewerkschaftshäuser und Verhaftung des ADGB und der Vorsitzenden ...

DIE SCHAENDUNG DES 1. MAI DURCH NAZIS UND GEWERKSCHAFTS FUHRER

Der 1. Mai soll zu einem Tag nationalsozialistischer Schande werden

Nach einem Beschluß des Reichskabinetts wird der 1. Mai zum "Nationalen Feiertag" der Deutschen Arbeit ausgerufen. Gesetzliche Arbeitsruhe ist für diesen Tag verkündet worden. Im ganzen Reich finden Nazi-Aufmärsche statt. Adolf Hitler wird auf dem Tempelhofer Feld eine Rede halten, die durch Rundfunk auf sämtliche deutsche Städte und Dörfer übertragen wird.

AUF DIESE WEISE WIRD DER SOZIALISTISCHE WELTFEIERTAG DES 1. MAI GESCHANDET.

Dieser teuflische Plan entspringt dem Kopf des Reichslügenministers Goebbels, der gleichzeitig die alte kaiserliche Tradition der Parademärsche verbinden will mit der in Millionen Arbeiterherzen verankerten Idee des Weltfeiertages, um so 2 Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Immer war der 1. Mai ein Tag des proletarischen Klassenkampfes zum Schrecken der Bourgeoisie, die ihre Herrschaft entschwinden sah. Ungeheure Opfer durch Entlassung und Schikanierung in den Betrieben hat die Arbeiterklasse für den 1. Mai freudig auf sich genommen.

Aber immer wenn es galt, den Kapitalismus zu retten, indem man Klassenveröhnung und Volksgemeinschaft predigte, war die SPD- und Gewerkschaftsbürokratie dabei. Sie sind es gewesen, die im Interesse des völkermordenden Militarismus während des Weltkrieges auf den Kampftag des 1. Mai verzichtet haben, sie sind es gewesen, die in der Nachkriegszeit den 1. Mai zum Feiertag des kapitalistischen Staates erhoben und jetzt sind sie es, die dem grenzenlosen Verrat an der Arbeiterklasse die Krone aufsetzen. Gemeinsam mit den Nazis wollen sie am 1. Mai demonstrieren. In einem Flugblatt fordert der ADBC seine Mitglieder auf, sich an dem Rummel zu beteiligen. Sie schreiben wörtlich: "Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung diesen unseren Tag zum gesetzlichen Feiertag der nationalen Arbeit, zum deutschen Volksfeiertag erklärt hat."

Kein Wort vom Klassenkampf findet sich in diesem Aufruf, und das in einem Augenblick, wo 30 000 Arbeiterfunktionäre aus allen Arbeiterorganisationen in den Kerkern des Hitlerfaschismus schmachten.

SPD- und Gewerkschaftsführer sind drauf und dran, die organisierte Arbeiterschaft in die nationale Front einzugliedern und durch ihre Handlungsweise erneut den 1. Mai zu schänden. Führt eine systematische Aufklärungsarbeit unter den Anhängern der Sozialdemokraten durch. Reicht den sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand! Stellt am 1. Mai die rote Einheitsfront aller Antifaschisten her!!

Das deutsche Proletariat unter der revolutionären Führung der KPD wird den Nazibanditen einen Strich durch die Rechnung machen, es wird sich bis zum äußersten wehren gegen den faschistischen Klimbim. Es wird den 1. Mai begehen als einen Großkampftag für die sozialistische Befreiung, für die Erzwingung der Freilassung aller proletarischen, politischen Gefangenen. mit dem Genossen Ernst Thälmann an der Spitze.

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirk Wasserkante

26. April 1933.

Der 1. Mai steht auf dem Papier fertig. Ich habe mich in einem großen Aufruf an die Öffentlichkeit gewandt und den Sinn dieses nationalen Feiertages klargelegt.

Der Führer spricht vor den preussischen Gauleitern. Er ist hier wie immer der Führer.

Der Frühling ist in voller Blüte aufgebrochen.

28. April 1933.

Ich arbeite tagelang an der technischen Durchführung des 1. Mai. Es soll ein Meisterwerk der Organisation und Massendemonstration sein.

Wir veranstalten im Lustgarten und auf dem großen Festplatz, dem Tempelhofer Feld, eine Art Generalprobe für den 1. Mai. Nach menschlichem Ermessen wird alles präzise und reibungslos verlaufen. In Tempelhof sind gigantische Anlagen gebaut worden. Sie bieten ein grandioses Bild nationalsozialistischer Gestaltungswillens. Der 1. Mai wird ein Massenerlebnis, wie es die Welt noch nicht gesehen hat. Das ganze Volk soll sich vereinigen in einem Willen und in einer Bereitschaft. Im ersten Jahre unserer Revolution wird der Arbeit ihre Ehre und dem Arbeitertum seine Geltung zurückgegeben.

1. Mai 1933.

Die Arbeiter im Ruhrgebiet, die Schiffer vom Hamburger Hafen, die Holzfäller aus Oberbayern und der einsame Bauer oben an Masurens Seen. Hier kann keiner sich ausschließen, hier gehören wir alle zusammen, und es ist keine Phrase mehr: wir sind ein einzig Volk von Deutschen geworden.

Morgen werden wir nun die Gewerkschaftshäuser besetzen. Widerstand ist nirgends zu erwarten. Der Kampf geht weiter!

Auszug aus: Joseph Goebbels, Vom Kaiserreich zur Reichskanzlei. München 1934. S. 304 ff

Norddeutsche Ausgabe / Ausgabe A
12-132, 128 Bsp. • 25.30,- • Ausgabe in 10 Bänden 12,-

Ausgabe A / Norddeutsche Ausgabe
128 Bsp. • 25.30,- • Ausgabe in 10 Bänden 12,-

VÖLKISCHER BEOBAHTER

Zeitung für nationalsozialistische Bewegung und Volk

Der 2. Abschnitt der nationalsozialistischen Revolution:

Gleichschaltung der Freien Gewerkschaften

Driftung sämtlicher Gewerkschaften durch G. M.
50 Gewerkschaften bereits besetzt

Ein Volk marschiert - Sein Führer verkündet das Aufbauprogramm

Die Rückenden des Tages der nationalen Arbeit
Der 1. Mai 1933 als Tag der deutschen Volksgemeinschaft

Der 1. Mai 1938 in Braunschweig. Aus einem Bericht der
Geheimen Staatspolizei

Zur Beurteilung der allgemeinen Lage ist folgende Erscheinung bei den Veranstaltungen zum 1. Mai d.J. erwähnenswert. Bei dem Abmarsch der Betriebe zu dem Kundgebungsplatz war zunächst eine 100 %ige Teilnahme vorhanden, die aber schon während des Marsches durch die Stadt etwas nachließ. Beim Eintreffen vor dem Festplatz strömte der letzte Teil der einzelnen Marschblöcke nach allen Seiten auseinander und [die Arbeiter/ gingen ohne den Festplatz betreten zu haben in die Stadt zurück. Es setzte danach ein allgemeines Zurückfluten der Massen vom Kundgebungsplatz ein, so daß zu Beginn der [Übertragung/ der Führerrede etwa nur noch 1/3 der gesamten Festteilnehmer auf dem Platze vorhanden waren.

Aus: T. Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, (pladen
1975, S. 650

Bericht des Kollegen

Fiete Ben, Mitglied des Metallarbeiterverbandes seit 1922

Erinnerungen an 1. Mai-Veranstaltungen nach 1933

Am 1. Mai war Arbeitsruhe. Dies hieß allerdings nicht, daß wir zu Hause bleiben konnten. Pünktlich wie immer mußten wir zum Betrieb und dort unsere Arbeitszeit stechen. Wer nicht erschien mußte schon eine sehr gute Begründung haben, sonst hätten sie ihn abgeholt. Vom Betrieb aus mußten wir dann geschlossen zum Kundgebungsplatz marschieren. An beiden Seiten des Demonstrationszuges gingen SA-Leute, damit sich keiner verdrückte. Kundgebungsplatz war mal das Heiligengeistfeld, auch mal die Moorweide, auch mal die Stadtparkwiese. Auf dem Kundgebungsplatz war es Ehrensache zu verschwinden, denn keiner wollte sich diese Naziparolen anhören.

1890

1. MAI

1950

RUF DER GEWERKSCHAFTEN

an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten

ERHEBT EURE STIMME

am Weltfeierlag der Arbeit für

VÖLKERFRIEDEN

VOLLBESCHÄFTIGUNG

SCHUTZ DER ARBEITSKRAFT

SOZIALEN WOHNUNGSBAU

durch uneingeschränktes

MITBESTIMMUNGSRECHT

der schaffenden Menschen und

NEUORDNUNG DER WIRTSCHAFT

NEHMT ALLE TEIL

*an den Kundgebungen und Veranstaltungen
der Gewerkschaften!*

DER BUNDESVORSTAND DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai 1958

Erfüllt von einer großen Sorge, begehen wir den 1. Mai dieses Jahres. Wir stellen die Frage nach dem Sinn des Lebens, da die allgemeine Rüstung und die Gefahr der Aufrüstung mit Atomwaffen und Atombomben immer größer wird. Frieden und Existenz der Menschheit sind bedroht, wenn dem Wetrüsten, der Herstellung und Lagerung von Atomwaffen und Versuchen damit kein Ende gemacht wird.

Wir wissen uns einig mit unsoren über sechs Millionen Gewerkschaftsmitgliedern und weiten Kreisen unseres Volkes, wenn wir von Bundestag und Bundesregierung verlangen, sich dem Wetrüsten in der ganzen Welt entgegenzustellen.

Frieden, Freiheit und Fortschritt sind große Ziele, für die es sich lohnt einzutreten. Darum haben die Besten aus unseren Reihen gekämpft, viele haben dafür ihr Leben gegeben.

Durch unser Volk geht seit der Bundestagsdebatte und dem Beschluß des Bundestages eine große und tiefe Bewegung. Die Menschen sind mehr, als dies bisher sichtbar wurde, voll Angst und voll Sorge. Sie fühlen, Leben und Existenz sind bedroht.

Wenn es ein Mensch in der Hand hat, den Krieg mit Atomwaffen zu beginnen, dann müssen nach unserer Auffassung alle Völker aufstehen und gegen die Herstellung, Lagerung und Anwendung von Atomwaffen Stellung nehmen. Sie müssen die Forderung so lauge und so nachdrücklich erheben, bis die Parlamente und Regierungen Übereinkommen schließen, wonach selbst die Versuche mit Atomwaffen unterbleiben und der Krieg als Mittel der Politik überhaupt gedächt wird.

Unser Volk — das ist unsere Auffassung — will in seiner überwiegenden Mehrheit keine Ausrüstung der Bundeswehr, weder jetzt noch in 18 bis 24 Monaten, mit Atomwaffen.

Wir sprechen offen aus: Hätte unser Volk bei den letzten Bundestagswahlen im September des vorigen Jahres gewußt, daß die Mehrzahl der Abgeordneten des Deutschen Bundestages der möglichen Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit Atomwaffen zustimmen würde, wir sind ganz sicher, unser Volk hätte einen anderen Bundestag gewählt.

Vor den Wahlen wurde uns versprochen „Keine Experimente!“ Ein halbes Jahr nach

der Wahl ist wohl das größte Experiment, nämlich dasjenige mit dem Atomtod, in den Bereich des Möglichen gerückt worden.

Wir fordern als Deutscher Gewerkschaftsbund die Befragung unseres Volkes, ob es die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen jetzt oder künftig billigt. Leider können wir nicht mehr als die Befragung fordern, da unser Grundgesetz einen Volksentscheid nicht vorsieht.

Unser Grundgesetz wurde in einer Zeit geschaffen, als in unserem Volk noch niemand an eine Wüderbewaffnung denken konnte, geschweige denn an eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen. Wer in dieser ersten Stunde und bei dieser schweren Entscheidung die Volksbefragung ablehnt, der scheidet die Stimme des Volkes.

Wir müssen auf die beschwörenden Stimmen aus der ganzen Welt, insbesondere aber aus der Geisteswelt, hören. Uns mahnen die Bilder und die Klagerrufe, die bis heute nicht verstummt sind, und die wir noch lange hören werden, aus Hiroshima und Nagasaki.

Das Parlament und die Regierung sollen wissen, die Bewegung „Kampf dem Atomtod“ wird von den deutschen Gewerkschaften mit getragen, und zwar so lange, bis die Gefahr der Todeswaffen gebannt und die Menschheit von ihnen nicht mehr bedroht ist.

1. Mai 1958 - Gegen Atombewaffnung
Deutscher Gewerkschaftsbund. Der Bundesvorstand
Betr.: 1. Mai 1958 - Rededispotion, Düsseldorf 1958

(Auszug)

Hamburg zwei Tage im Zeichen der Mai-Kundgebungen

In acht Kolonnen zum Stadtpark

„Schluß mit der Politik des atomaren Selbstmordes“, rief der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner, den 200 000 zu, die sich im Hamburger Stadtpark auf der größten Maikundgebung in der Geschichte der Hansestadt versammelt hatten. Aus allen Teilen der Stadt waren die Arbeitnehmer in acht riesigen Kolonnen zum Kundgebungsplatz marschiert. „Schon vor einigen Tagen haben 150 000 Hamburger auf dem Rathausmarkt gegen den Atomtod protestiert“, sagte er, „heute sind es noch mehr. Wer will behaupten, das alles sei unter Zwang geschehen?“

Unter dem 200 000 fachen Beifall forderte er eine Volksbefragung gegen die atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik. Die Gewerkschaften werden mit allen legalen, auch außerparlamentarischen, Mitteln sich dafür einsetzen, daß der verhängnisvolle Beschluß der Bundesregierung, die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten, rückgängig gemacht wird.

Er kündigte Warnstreiks an, wenn sich die „Politiker der Stärke“ nicht anders zur Vernunft bringen ließen.

„Wir sind gewarnt“, sagte er, „und lassen uns nicht noch einmal sagen, daß wir die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben.“ Dabei wies Brenner auf die Diktatur des Dritten Reiches hin und auf die Untertreibung, in der die Mai-Kundgebung heute im Osten Deutschlands veranstaltet wird.

Protest gegen den Atomtod

Schon am Vorabend des 1. Mai war Hamburg der Mittelpunkt der Kundgebungen der Gewerkschaften. Alle Rundfunkstationen der Bundesrepublik und RIAS Berlin übertrugen aus der Hamburger Musikhalle eine Feierstunde, auf der der DGB-Vorsitzende Willi Richter auf die ständigen Mahnungen der Gewerkschaften an die Staatsmänner der freien Welt hinwies, ihre Streitkräfte abzurüsten und mit der Herstellung der Atomwaffen aufzuhören.

„Daß auch die Bundesregierung und der Bundestag sich für die atomaren Waffen ausgesprochen haben, hat in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung Bestürzung hervorgerufen.“

- Richter verteidigt das Recht
- der unabhängigen Gewerkschaften, sich zu politischen Fragen zu äußern: „Parteil politische Unabhängigkeit darf nicht mit politischer Abstinentz gleichgesetzt werden.“

Hamburger Morgenpost

2. Mai 1958 (Auszug)



Mit großen Transparenten
„Kampf dem Atomtod“, mit
Masken von Atombomben mit
Totenköpfen vor den Gesichtern
und mit Sargattrappen unter-
strichen die Teilnehmer das
Motto dieser Kundgebung.



1. Mai 1958 in Hamburg
Hamburger Morgenpost vom 2. Mai 1958

Radikalismus

Der DGB als Instrument der „Atomtod“-Aktion

„Hier wird gestanden und gekämpft, bis dieses Land ein anderes Gesicht in seiner politischen und in seiner gesellschaftlichen und in seiner wirtschaftlichen und sozialen Ordnung hat.“ Diese markigen Worte wurden nicht etwa, wie der unvoreingenommene Zeitgenosse vermuten könnte, in der Sowjetzone gesprochen, sondern auf dem Domplatz in Wetzlar, und zwar bei der vom Hessischen Rundfunk übertragenen DGB-Kundgebung zum 1. Mai 1958. Der sie sprach, war Hans Eick von der Bezirksleitung der IG Metall Hessen. Was sie auszeichnet, ist vor allem Offenheit. Nun weiß man aus berufenem Munde, was das Ziel der deutschen Einheitsgewerkschaft ist: die Umgestaltung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung. Und da unsere politische und gesellschaftliche Ordnung demokratisch ist, die wirtschaftliche aber marktwirtschaftlich, so kann das nur heißen, daß Herr Eick eine undemokratische und planwirtschaftliche Ordnung herbeiführen möchte.

Wie das geschehen soll, erklärte Herr Eick allsogleich, indem er sich in den Dienst der oppositionellen „Atomtod“-Kampagne stellte und dabei rief: „Ich bin überzeugt davon, daß in wenigen Wochen, wenn unser Rufen nicht den nötigen Widerhall findet, wir zu größeren Aktionen schreiten werden, um unser Leben gegen die zu verteidigen, die es aus ihrer politischen Einstellung glauben für sich verwenden zu können.“ Man fragt sich hier, was man mehr bewundern soll: die Selbstverständlichkeit, mit der man sich jetzt im DGB über die selbstverkündete „politische Neutralität“ hinwegsetzt,

oder die Unverfrorenheit, mit der Eick von der Regierung und der Mehrheit des Parlaments behauptet, daß sie das Leben der Deutschen „für sich verwenden“ - und das heißt doch (da sich in der Bundesregierung keine Kannibalen befinden): mißbrauchen - wollen.

Davon, daß der Bundestag die Atombewaffnung nicht unbedingt und nicht für heute oder morgen beschlossen hat, sondern nur für den Fall, daß in den nächsten zwei Jahren eine kontrollierte Abrüstung nicht zustande kommt; davon, daß die Atombewaffnung allenfalls deshalb erfolgt, weil die Übermacht der Roten Armee anders nicht aufgehalten werden könnte; davon, daß es die Sowjetunion ist, die seit Jahr und Tag jede wirksame, d. h. kontrollierte Abrüstung sabotiert - von alledem kein Wort bei Herrn Eick.

Man könnte über die Drohungen gegen die freigewählte Regierung und das Parlament aus dem Munde eines Gewerkschaftsführers zur Tagesordnung übergehen, wenn sie vereinzelt geblieben wären. So aber hat dieser 1. Mai eine Flut von Reden gebracht, die bestürzende Annäherungen an die Ulbrichtsche Terminologie zeigten und den DGB als willfähiges Instrument, ja sogar als einen Motor der oppositionellen Atompanik-Mache erwiesen.

Schon einmal ist eine deutsche Republik gescheitert, weil die Linke gegen die demokratisch gewählte Regierung statt gegen die Staatsfeinde kämpfte. Der DGB ist auf dem besten Wege, diesen verhängnisvollen Fehler zu wiederholen. Er ist selbst nicht mehr weit weg vom Radikalismus.

O. B. R.

Rheinischer Merkur (Köln), Nr. 19, 9. Mai 1958

Gegen Notstandsgesetzgebung

Notstandsregelungen schränken Grundrechte ein
Deutscher Gewerkschaftsbund. Der Bundesvorstand
Betr.: 1. Mai 1968 - Rededisposition, Düsseldorf 1968 (Auszug)

Der 6. Ordentliche Bundeskongress hat jede zusätzliche gesetzliche Regelung des Notstandes abgelehnt. Und zwar:

weil die Notstandsgesetzgebung geeignet ist, Grundrechte, vor allem das Koalitions- und Streikrecht sowie das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken;

weil das Grundgesetz, die Länderverfassungen sowie Bundes- und Landesgesetze nach Auffassung der Gewerkschaften ein ausreichendes System von Sicherungen enthalten, um jeden Notstand zu überwinden, ohne die freiheitliche und demokratische Substanz unserer demokratischen Ordnung anzutasten;

weil die Bestimmungen des Deutschland-Vertrages keinen zwingenden Anlaß für eine Notstandsregelung bilden, da nach amtlicher Auskunft der Bundesregierung durch einen Schriftwechsel mit den westlichen Alliierten klargestellt worden ist, daß ihr Vorbehalt in Sachen Notstand nur für den Fall eines Angriffs auf die Bundesrepublik von außen gilt; weil der Fall des sogenannten äußeren Notstandes sich mit dem Verteidigungsfall deckt;

weil bisher eine ausreichend klare Abgrenzung dessen fehlt, was den Tatbestand des Inneren Notstands erfüllt. Hier müßte die Regierung erst einmal darlegen, welche konkreten Fälle von innerem Notstand sie überhaupt als regelungsbedürftig in Betracht zieht;

weil die bestehenden gesetzlichen Vorschriften des Bundes und der Länder für den Fall von Naturkatastrophen ausreichen. Keinesfalls kann der Katastrophenzustand dem Inneren Notstand gleichgestellt werden. Es muß verhindert werden, daß für polizeiliche Aufgaben Militärstreitkräfte im Inneren eingesetzt werden können;

weil die Erfahrungen der Vergangenheit gezeigt haben, daß die Demokratie vor Anschlägen ihrer Gegner nicht dadurch geschützt wird, daß wesentliche Grundrechte aufgegeben und die Handlungsfreiheit der demokratischen Institutionen zugunsten einer autoritären Exekutivgewalt eingeschränkt werden.



Gewerkschaften fordern:

„Verbietet die NPD!“

Hamburg/Berlin/Frankfurt, 2. Mai (Eig. Ber., upi; dpa; ap)

„Verbietet die NPD!“ Diese Forderung haben gestern erneut prominente Gewerkschafter bei Manifesten in allen Teilen der Bundesrepublik erhoben. Der Hamburger Gewerkschaftsvorsitzende Adalbert Höhne erklärte, die Gefahr, die von der rechtsradikalen NPD drohe, sei von den Gewerkschaften schon lange erkannt worden.

Die Warnungen des DGB seien jedoch vom damaligen Innenminister Lücke in den Wind geschlagen worden. Ein Verbot der NPD, ehe es zu spät sei, forderten auch in München der Vorsitzende der Gewerkschaft ÖTV, Heinz Klunker, die DGB-Vorstandsmitglieder Georg Neemann in Köln und Waldemar Reuter in Regensburg.

Hunderttausende von

Arbeitnehmern hatten gestern an Kundgebungen zum „Tag der Arbeit“ teilgenommen, die überall ohne größere Zwischenfälle verliefen. Außer dem Ruf nach einem Verbot der NPD standen die Forderungen der Gewerkschaften nach mehr sozialer Sicherheit und Ausdehnung der paritätischen Mitbestim-

mung im Mittelpunkt der Veranstaltungen.

AUFRUF

Deutscher Gewerkschaftsbund
Der Bundesvorstand

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes erläßt zum 1. Mai des Jahres 1950 folgenden Aufruf an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Deutschen Bundesrepublik:

Im Namen von fünf Millionen Mitgliedern der uns angeschlossenen Gewerkschaften rufen wir alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Unterschied der Partei und Konfession, des Alters und Geschlechts und alle Arbeitslosen auf, mit uns am 1. Mai dieses Jahres einzutreten:

- für den Völkerfrieden,
- für die Vollbeschäftigung aller arbeitsfähigen und arbeitswilligen Kräfte,
- für den Schutz der Arbeitskraft, insbesondere der weiblichen und derjenigen der jungen Menschen, als dem wertvollsten Gut unseres Volkes,
- für einen schnellen und nach sozialen Gesichtspunkten geordneten Wiederaufbau unserer Städte und Wohnungen.

Wir, die Gewerkschaften, fordern als erste und oberste Voraussetzung hierfür das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht in der gesamten Wirtschaft und Verwaltung sowie die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum.

Vor sechs Jahrzehnten haben die organisierten Arbeitnehmer den Weltfeiertag der Arbeit zum ersten Mal gefeiert.

Seither haben die Gewerkschaften im Verein mit politischen fortschrittlichen Kräften den Achtstunden-Tag, die Sonntagsruhe, einen weitgehenden Schutz vor Ausbeutung sowie verbesserte Arbeitsbedingungen, auch für die Frauen und die Jugend, in Tarifverträgen, in internationalen Vereinbarungen und durch Gesetze in den Länderparlamenten erkämpft. Gegen nationalistische und militaristische Gewalten im Staat, gegen ein rückständliches Unternehmertum und bei oft weitgehender Teilnahmslosigkeit der arbeitenden Schichten selbst sind große soziale, wirtschaftliche und kulturelle Errungenschaften erreicht worden.

Die Gegner der Gewerkschaften sind nicht davor zurückgeschreckt, die Kämpfer für Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Gefängnisse, Zuchthäuser und Konzentrationslager zu werfen und sie sogar ihres Lebens zu berauben. Unter unsäglichen Opfern mußte der Reaktion in Wirtschaft und Staat der bisher erzielte Fortschritt abgerungen und mehr als einmal verteidigt werden.

Heute tritt die organisierte Macht des Unternehmertums erneut dem Willen der gewerkschaftlich organisierten Kräfte entgegen. Dadurch erlangt der 1. Mai des Jahres 1950 für alle Schaffenden und auch für ihre Familienangehörigen eine erhöhte Bedeutung. Die Kundgebungen der Gewerkschaften sollen an das Gewissen jedes einzelnen Menschen rütteln und die regierenden Gewalten verpflichten, die Lehren aus der Vergangenheit, insbesondere aus den zwei Weltkriegen, zu ziehen.

Die Trümmer in unseren Städten, die Not und das Elend unserer Flüchtlinge und Arbeitslosen sind einzig und allein die Folgen der Kriege, der Diktatur und jener Wirtschaftsordnung, die uns die feudalen und die kapitalistischen Kräfte in Jahrhunderten aufzwingen. Diese Kräfte zerstörten immer wieder, was die arbeitenden Menschen unter Entbehrungen an Wohlstand geschaffen haben.

Werden unsere Forderungen nicht erfüllt, so steht unser Land und damit Europa vor weiterem Verfall. Nur der Verzicht auf jeden Nationalismus und Militarismus sowie eine Neuordnung der deutschen Wirtschaft und ihre Einordnung in die europäische Gemeinschaft können diese Gefahr bannen. Wir dürfen und werden nicht zulassen, daß der Kampf um die notwendige wirtschaftliche, soziale und politische Neuordnung dazu benutzt wird, die ganze Menschheit mit ihrer Vernichtung zu bedrohen.

War der 1. Mai in den vergangenen Jahrzehnten das Symbol eines Kampfes um mehr Recht und mehr Schutz, so ist der 1. Mai jetzt ein Kampftag für Leben, Unabhängigkeit und Freiheit überhaupt geworden.

Daher rufen wir alle friedwilligen und fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes auf, an diesem Tage einmütig und geschlossen mit den Gewerkschaften zu demonstrieren. In Stadt und Land, in Hütten und Zechen, in Fabriken und Kontoren sollen jung und alt, Mann und Frau den 1. Mai durch Arbeitsruhe erneut zum Feiertag der Arbeit erheben.

Die Arbeitnehmer der Welt schauen auch dieses Jahr am 1. Mai auf die arbeitenden Menschen in Deutschland. In großen Kundgebungen und würdigen Feiern wollen wir der Welt und allen Völkern unseren Friedenswillen beweisen und damit Brücken schlagen helfen für eine bessere Zukunft.

Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten und ihre Familienangehörigen rufen wir deshalb namens der deutschen Gewerkschaften auf, sich an den Kundgebungen zu beteiligen und damit ein Bekenntnis für den Frieden und die Ziele der Gewerkschaften abzulegen.

Düsseldorf, Ende April 1950.

Sozialisierung und Mitbestimmung

Ausweitung der Mitbestimmung

Wir verstehen recht gut, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß sich die Unternehmer erbittert gegen unsere Forderung wehren, diese Mitbestimmung auszudehnen und alle großen Kapitalgesellschaften einzubeziehen.

Diese Unternehmer wollen ihre Herrschaftsposition nicht freiwillig aufgeben. Sie wollen weiterhin über die Produktionsmittel verfügen, denn damit verfügen sie über die Arbeitsplätze. Was das konkret bedeutet, haben in der Konjunkturflaute viele unserer Kolleginnen und Kollegen bitter zu spüren bekommen. Mit den Produktionsmitteln aber verfügen die Unternehmer auch über die wesentliche Quelle der Vermögensbildung. Und das möchten sie für alle Ewigkeiten so beibehalten.

Nun wollen die DGB-Gewerkschaften diese Unternehmer ja keineswegs enteignen. Sie sind nur entschlossen, die Verfügungsgewalt dieser Unternehmer über die Produktionsmittel

einzuschränken. Sie wollen, daß auch die Arbeitnehmer mitbestimmen, wenn über Investitionen disponiert, wenn über Arbeitsplätze verfügt wird. Das ist der Kern des gewerkschaftlichen Strebens nach Ausweitung der Mitbestimmung. Darum hat der DGB seinen Gesetzesentwurf zur Mitbestimmung vorgelegt. Die Parteien müssen wissen, daß dieses Thema nicht mehr vom Tisch kommt, daß es aber auch nicht in Sachverständigen-Ausschüssen begraben werden kann.

Die Mitbestimmung ist eine Forderung unserer Zeit!

Die Gewerkschaften werden ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß sie auch endlich in den Betrieben und Unternehmen Wirklichkeit wird.

Die Unternehmer dürfen nicht länger alleinige Herren im Hause sein, das wir gemeinsam gebaut haben.

DGB-Bundesvorstand, Rededisposition 1. Mai 1968, Düsseldorf 1968 (Auszug)



Was steht zur Debatte?

30. APRIL 1957 BILD-Zeitung



Weg mit den alten Parolen!

Millionen Menschen fahren am 1. Mai aus den Städten hinaus, um den Frühling zu genießen. Wer bedenkt da überhaupt noch, daß dieser Tag — der 1. Mai — mit Traditionen aus einer Zeit angefüllt ist, in der Arbeiter sein bedeutete, einer minderen Klasse anzugehören, die durch Jahrzehnte um einfachste materielle Ansprüche und um ihre soziale Anerkennung bitter kämpfen mußte. Welcher junge Maschinenmeister, Maurer, Klempner — oder was er auch sei — der morgen mit seinen Freunden oder seiner Familie einen glücklichen Tag verbringen will und sich das auch etwas kosten lassen kann, vermöchte sich noch in die Gefühle der Männer zurückzusetzen, die vor nun fast 70 Jahren auf dem Internationalen Sozialisten-Kongreß in Paris den 1. Mai zum Arbeiterfeiertag erhoben!

Damals sollte das kein sorgloser Tag sein: Aufmärsche, Parolen, Sozialismus, Klassenkampf, die marxistischen Vorkämpfer der Arbeiterbewegung riefen nach der Diktatur des Proletariats! Wer aber möchte sich in unserem Lande heute noch Proletarier nennen?

Der Klassenkampf ist überwunden

Der 1. Mai ist kein Tag der roten Fahnen mehr. Unter gemeinsam erarbeiteten wirtschaftlichen und sozialen Erfolgen sind die klassenkämpferischen Parolen ver-

stummt. Wer sie aufzuwärmen versucht — von welcher Seite auch immer — der findet keine Ohren mehr. Die Gewerkschaften — aus den Traditionen der Arbeiterbewegung hervorgegangen — konnten als Interessenvertretung der Arbeitnehmer den andauernden Erfolg unserer Sozialen Marktwirtschaft tatkräftig zum Vorteil ihrer Mitglieder nutzen.

Wenn noch einzelne prominente Gewerkschaftsfunktionäre — wie erst kürzlich — alte marxistische Theorien ausgraben und fordern, die wichtigsten Industrien unserer Wirtschaft mit der staatlichen Bürokratie zu lenken und zu kommandieren, handeln sie aus parteipolitischen Beweggründen gegen die Interessen der Arbeitnehmer.

Mag der einzelne zur Politik der Bundesregierung stehen, wie er will: Uns geht am 1. Mai — wenn wir einmal zurückdenken wollen — vornehmlich die Tatsache an, daß alles in den zurückliegenden Jahren des Wiederaufbaus Erreichte mit wirtschaftspolitischen Methoden bewerkstelligt wurde, die in scharfem Gegensatz zu jeder Art Sozialismus stehen. Deshalb mügen wir die verstaubten Theorien, die Phrasen der Ewiggetrigen, nicht mehr hören!

Wohlstand für alle

Das gilt besonders, wenn wir dank des beständig gestiegenen Lebensstandards aller Schichten unseres Volkes nunmehr tatkräftig die Möglichkeit für jedermann fördern wollen, seine soziale Sicherheit durch den Erwerb frei verfügbaren Eigentums zu stärken. Auf dem individuellen Eigentum — sei es ein Sparkonto, das eigene Haus oder das Aktiengentum an industriellen Produktionsstätten — ruht unser Wirtschaftssystem und auch unsere bürgerliche Gesellschaft, die alle Menschen des Volkes gleichermaßen einschließen will.

Der Wohlstand aller und die festgefügte Form unseres Zusammenlebens im Staat sind nicht zuletzt wichtige Voraussetzungen dafür, daß wir am Tage der Wiedervereinigung über die Kraft und die wirtschaftlichen Reserven verfügen, um die Zukunft des ganzen deutschen Volkes glücklich zu gestalten.

LUDWIG ERHARD
BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT

Antiquierte Kampfpapieren

Man kann nicht behaupten, daß der 1.-Mai-Aufruf des Gewerkschaftsbundes übermäßig radikal gewesen sei. Daß die Gewerkschaften von der Sozialpolitik der bloßen Quantitäten abgehen würden, war nicht zu erwarten; getreu dem Prinzip „Immer mehr Lohn für immer weniger Arbeit“ wird jetzt die Vierzigstundenwoche verlangt, ohne daß man sich groß darum kümmert, wie das mit der Forderung auf ständig steigenden Lebensstandard zu vereinbaren sei. Das paßt genau zu dem Prinzip Nr. 2 der quantitativen Sozialpolitik: „Immer höhere Renten und Zuwendungen für immer weitere Personenzirkel und für immer mehr Eventualitäten.“

Auch an die Ausflüge des 1.-Mai-Aufrufes in die Politik ist man schon gewöhnt; diesmal sind die „Bonner Notstandspläne“ an der Reihe, und als Legitimation für den DGB, hier dazwischenzureden, muß eine angebliche Gefährdung der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer herhalten. Das wahre Motiv dürfte der Wunsch sein, den Gewerkschaften die Möglichkeit zu einem politischen Streik gegen demokratisch rechtmäßige Regierung und Parlamentsmehrheit offenzuhalten.

Interessanter als der Aufruf waren die zum 1. Mai gehaltenen Reden. Der DGB-Vorsitzende Richter erklärte, der 1. Mai müsse „auch weiter ein Kampftag“ bleiben - während der Bremer DGB-Vorsitzende und führende Sozialdemokrat Boljahn darüber klagte, daß die Arbeitnehmer diesen „Kampftag“ als solchen nicht mehr anerkannten, sondern ihn dazu benutzen, um „ins Grüne zu fahren“. Gekämpft muß eben partout werden, notfalls gegen aufgemalte Windmühlen, denn sonst könnten sich die Mitglieder verlaufen. Konsequenz: Man muß das Bild der sozialen Wirklichkeit verzerren, damit man etwas zum Bekämpfen hat.

Von einer sozialen Demokratie sei die Bundesrepublik noch weit entfernt, behauptete Professor Schellenberg (SPD) bei einer Mai-Kundgebung in Saarbrücken. Die Umverteilung von 40 v. H. des Volkseinkommens ist ihm offenbar immer noch zuwenig, und sozial setzt er eben mit sozialistisch gleich. Dann stimmt es: Von einer sozialistischen Demokratie ist die Bundesrepublik gottlob noch weit entfernt. Der IG-Bergbau-Vorsitzende Gutermuth drohte gegen jene, die den „sozialen Fortschritt“ hemmen wollten,

einen neuen Bergarbeitermarsch nach Bonn an. Fragt sich nur, was der soziale Fortschritt ist. Vielleicht hat der Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden, Leber, darauf die DGB-gerechte Antwort gegeben, als er in Hannover erklärte, seit der Währungsreform seien 120 Milliarden DM neugebildetes Privatvermögen „dem Volk vorenthalten worden“. Dieses Vermögen könne von den Arbeitnehmern „nicht als legitimes Eigentum“ angesehen werden. Das kann doch nur heißen, daß die Besitzer kein Recht darauf hätten, weshalb man ihnen dieses illegitime Eigentum wegnehmen und umverteilen muß. Da zeigt sich der alte marxistische Pferdefuß: die falsche Lehre, daß nur der „Arbeiter“ Werte schaffe. Es ist eine ernste Frage, ob der Anteil der Arbeitnehmer an den neu geschaffenen Vermögenswerten in unserer Wirtschaftsordnung gerecht ist - aber eines ist sicher, daß den Unternehmern, Organisatoren, Erfindern, Technikern ebenfalls ein Anteil zukommt, denn wo wären die „Arbeiter“ allein ohne sie geblieben? Auch „sozialistische“ Länder kommen um diesen Sachverhalt nicht herum. Und im übrigen: wieviel von den Vermögenszuwachs-Milliarden gehört in Wirklichkeit, in Form von Eigenheimen, Bausparverträgen, Aktien, Sparkonten, den Arbeitnehmern?

Bezüglich der Politik wird's ebenso gemacht. Der IG-Metall-Boss Brenner wagte in Braunschweig das Wort, außer der wirtschaftlichen sei auch die politische Gleichberechtigung der Arbeitnehmer noch immer nicht erreicht! Wir leben also in einem Kastenstaat mit Parias und haben das nur noch nicht bemerkt. Auch gegen „Atomrüstung“ und überhaupt gegen die Wiederbewaffnung wurde losgezogen. In Augsburg wandte sich ein Herr Küpper vom Vorstand der IG Chemie, Papier, Keramik gegen die, er muß es ja wissen, „sinnlos gewordene“ Wiederausrüstung und formulierte: „Niemand hat das Recht, von christlicher Überzeugung zu sprechen, der nicht die Atombombe geächtet hat.“ Nach seiner Meinung müssen die Gewerkschaften demnach nicht nur die Hüter der Demokratie, sondern auch die Hüter des christlichen Glaubens sein, und um zu erfahren, was wahrhaft christlich ist, muß man sich an einen Herrn vom Vorstand der IG Sowiepo wenden. Wohl bekomm's.

N.M.

Liebe BILD-Leser,
unsere Parole
zum 1. Mai 1968 lautet:

Arbeitsplätze sichern

Das erfordert:

vernünftiges Verhalten
in der Innenpolitik,
aktive Konjunkturpolitik,
keine neuen Steuerbelas-
tungen durch den Staat,
keine erweiterte Gewerk-
schaftsmitbestimmung und
eine wachstums- und stabi-
litätsgerechte Lohnpolitik.

Nur dann werden wir:

die Vollbeschäftigung
sichern, die gemeinsame
Leistung und damit
Einkommen und Lebens-
standard steigern können.

Mit freundlichem Gruß

Professor Siegfried Balke
Präsident der
Bundesvereinigung
der Deutschen
Arbeitgeberverbände
5 Köln-Beyenthal, Postfach



Prof. Siegfried Balke

in: BILD-Zeitung vom 30. April 1968



Maipikakat 1970 des berliner extra-dienst

Mai-Feier

1898



Vom "roten" zum "grünen" Mai ?

Vom roten zum grünen Mai

Von Ernst Gänter Vetter

Spötter sprechen von einem arbeitgeberfreundlichen Jahr. Einige der sonst zusätzlichen Feiertage fallen auf das Wochenende. Sie bringen den freizeithungrigen Arbeitern und Angestellten keine zusätzliche Muße. Doch der Verdruß wird sich ertragen lassen; denn die wöchentliche Arbeitszeit ist gerade bei uns in den letzten Jahren geschrumpft. Die Fünftagewoche ist keine Ausnahme mehr; und wenn man alle freien Tage zusammenzählt, so verbleiben für viele nur knapp zwei Drittel eines Jahres für die Arbeit. Auch der 1. Mai gehört 1965 zu den Feiertagen, die dem Wochenende „zum Opfer fallen“. Der Gewerkschaftsbund dürfte über diesen Zufall des Kalenders nicht sehr glücklich sein. Nicht allein, weil dem werktätigen Volk ein zusätzlicher Feiertag entzogen wird, sondern weil es noch schwerer als sonst fallen dürfte, die der Proklamationen etwas müden Arbeitnehmer zu den üblichen Maifeiern zu locken.

Sie werden sich lieber ihren häuslichen Pflichten widmen oder die Annehmlichkeit eines Frühlingstages genießen wollen als zur Kundgebung laufen. Der „rote“ Mai ist ein „grüner“ Mai geworden. Die nachlassende Begeisterung für politische Demonstrationen hat schon zu Konsequenzen geführt. Die Volksbelustigungen am 1. Mai, von den Gewerkschaften sanktioniert und gefördert, nehmen zu. In jüngster Zeit sollen, vor allem in den unteren Rängen der Organisationshierarchie, ernsthafte Diskussionen darüber geführt worden sein, ob man die großartigen Kundgebungen nicht ganz aufgeben und die Aufmerksamkeit mehr auf das fröhliche Treiben lenken sollte. In Frankfurt ist man auf den für die Arbeiterbewegung in unserer Zeit bezeichnenden Einfall gekommen, mit einem Autokorso die Kollegen an ihre Demonstrationspflichten zu erinnern.

Wer in unserem Land die Gewerkschaftsbewegung studieren will, hat dazu an jedem 1. Mai eine treffliche Gelegenheit. Die Gewerkschaften sind keine Kampftruppe mehr, die am 1. Mai unter der roten Fahne die Polizei verprügeln möchte. Sie gleichen gerade an diesem Tag leicht Kriegervereinen, die im Sonntagsanzug an den Denkmälern vergangener Schlachten die Kränze niederlegen wollen. Das ist kein allzu eindrucksvolles Bild für eine so mächtige Organisation, und alle diejenigen sind wohl auf dem rechten Weg, die sich von den Kundgebungen alten Stils distanzieren möchten. Allen flammenden, pseudorevolutionären sozialen Forderungen ist die Grundlage in unserem Land entzogen, und das oft krampfhaft

Ausweichen auf politische Themen interessiert weder die Mitglieder, noch dient es dem Ansehen von Vereinigungen, deren Ziel ja der soziale Fortschritt ist.

Nüchtern und sachlich zu sein ist gerade für eine Arbeitnehmerorganisation in unserer Zeit geboten. Eiferer und Ideologen jagen nach falschen Zielen. Die Gewerkschaften können nicht Gesellschaft und Wirtschaft wie in einer Retorte, fernab von der Wirklichkeit, formen. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zwingt diesen Organisationen ihr Handeln auf. Was in den letzten fünfzehn Jahren vor allem in unserem Land wirtschaftlich geschah, können sie nicht ignorieren. Und wenn sie es täten, würden sie sich jeder Wirkungsmöglichkeit berauben. Das sind wichtige Einsichten, denen sich die deutschen Gewerkschaften nicht verschlossen haben. Sie sind zu Pragmatikern geworden.

Und wenn ihr neues Aktionsprogramm auch nüchtern erscheint, so enthält es doch vielfältige Forderungen, mit denen sie der wirtschaftlichen Entwicklung beweglich und schnell folgen oder — und dann allerdings zum Schaden der gesamten Wirtschaft — vorausseilen können. Hier drückt sich ein neuer Stil des Realismus aus, der unter der Ägide des Vorsitzenden Rosenberg immer mehr Raum gewinnt und der in gleicher Weise dem wachsenden Wohlergehen der Arbeitnehmer und dem Ansehen der Organisation dienen soll. Blickt man über die Grenzen, sieht man in England die hoffnungslose dogmatische Verhärtung der Gewerkschaften, die aufreibenden Richtungskämpfe in Frankreich und Italien, dann begreift man erst so recht, wie weit der — allerdings erst durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik provozierte — Pragmatismus der Gewerkschaften bei uns gediehen ist.

Entsprechend schwierig ist für ihr Visavis, die Unternehmer, die Auseinandersetzung mit ihnen. Auf einen marxistischen Popanz kann man schlagen; hier gilt es aber, nicht nur Argumente zu entkräften, sondern einem Programm der Gewerkschaften ein anderes, besseres entgegenzustellen. Damit war es bisher nicht immer zum besten bestellt. Mit dem Ergebnis, daß in einer so wichtigen Frage wie zum Beispiel der Eigentumbildung Gewerkschaften die Akzente setzten. Auch droht die neue Speerspitze gewerkschaftlicher Aktivität, die Mitbestimmung, auf eine schlecht formierte, unvorbereitete und daher leicht zu überwindende Front der Unternehmer zu treffen.

Maifeier in Hamburg

Statt Parolen Tanzmusik

Ein Kampftag wird Volksfest

Andert der 1. Mai sein Gesicht? Der Tag der Arbeit — der bisher von Kundgebungen, Umzügen und Kampfparolen geprägt war, wurde in Hamburg in diesem Jahr zum erstenmal im neuen Stil als Volksfest gefeiert.

Hamburg, 2. Mai

„When Israel was in Egyptland . . .“, Lawrence Winters drehte sich zum Chor um. 300 Sänger antworteten ihm: „Let my people go.“ Der farbige Solist blickte über den menschenüberfüllten Hamburger Rathausmarkt und sang weiter: „Oppressed so hard they could not stand.“ Der Spiritual-Chor wiederholte: „Let my people go.“

Von den 60 000 Hamburgern, die den 1. Mai zum erstenmal in Deutschland in neuer Verpackung kennenlernten, war sicherlich niemand oppressed — niedergehalten, unterdrückt, 75 Jahre, nachdem die erste Demonstration am 1. Mai stattgefunden hatte, ging es ohne Solidarität, im Gleichschritt von Marschkolonnen manifestiert, ohne Transpa-

rente mit Kampfparolen ab. „Interessierte können sich dem Fahnenzug zwanglos anschließen“, hieß es liberal auf den Einladungen zur Hamburger Maifeier.

Dieser Fahnenzug — verblaßtes rotes und blaues Tuch aus dem Zeughaus der Arbeiterbewegung — war das einzige, was im Programm des DGB-Kreises Freie und Hansestadt Hamburg an die klassenkämpferische Vorzeit erinnerte.

Was die Gewerkschaft ansonsten in ihrem neuen Stil bot, war modern, vielseitig, sachlich. So illusionslos, daß man den klassischen Kampfesang „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ vom Chor singen ließ, „weil es von den Teilnehmern ja doch niemand mehr kennt“. Die drei Reden vom Hamburger DGB-Chef, vom Hamburger Bürgermeister Paul Nevermann und vom Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg, füllten genau eine Stunde. Inklusive Chorlieder, Spirituals, Hörbilder und Musikdarbietungen.

Während 5000 Brieftauben als flügel-schlagendes Finale der Feier aufstiegen und Kurs auf ihre heimischen Schläge im Ruhrgebiet nahmen, schlenderten die 60 000 Feiërgäste zum Ausstellungspark Pflanzen und Blumen.

Das DGB-Feuerwerk schoß abwechselnd Maiparolen und lustige Plastikfiguren in die Luft. Alle Hallen, in denen Schaukonzerte und Varieté-darbietungen wechselten, waren ausverkauft. Getanzt wurde bis vier Uhr früh. Die Hanseaten nahmen die Offerte der Gewerkschaften mit Vergnügen an.

Die Welt vom 3. Mai 1965 (Auszug)

Unsere Meinung

30. APR. 1966

Mittag

So ändern sich die Zeiten



Das war der Großvater



Das ist der Vater



Und das ist der Sohn

Der 1. Mai findet nicht mehr im Saale statt

Von HEINZ PENTZLIN

Die Kundgebungen am 1. Mai gewinnen in diesem Jahre wieder eine politische Bedeutung, nachdem sie zuvor mehr und mehr zu einer Pflichtübung der Gewerkschaften geworden waren. Die meisten Arbeiter sahen keinen Anlaß mehr, wie einst ihre Väter an diesem Tag zu demonstrieren, und in den letzten Jahren hatten die Gewerkschaften in vielen Städten schon auf Aufmärsche verzichtet und die Maifeiern lieber im Saale stattfinden lassen.

Auch in diesem Jahre werden viele der Kundgebungen nicht auf öffentlichen Plätzen, sondern in geschlossenen Räumen abgehalten. Doch nicht allein deshalb, weil die Gewerkschaftsführer mit zu geringer Beteiligung rechnen müßten, die im Freien offener zutage träte als in Sälen; sondern weil sie Teilnehmer fernhalten wollen, die den Veranstaltungen einen unerwünschten radikalen Charakter geben könnten. Denn während die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten den freien Tag lieber als Feiertag genießt, als zu politischen Demonstrationen zu gehen, sind die radikalen Gruppen, vor allem die Kommunisten und ihnen nahestehende Aktivisten, um so stärker daran interessiert, jede sich nur bietende Gelegenheit für ihre Zwecke zu nutzen.

Die Gewerkschaftsführung hat sich selbst in ein Dilemma hineinmanövriert. Sie hat in den letzten Jahren immer stärker über das ihr angestammte Gebiet der Tarif- und Sozialpolitik hinaus gewirkt und ist über die Gesellschaftspolitik mehr und mehr zur Betätigung auf rein politischem Feld fortgeschritten.

Unverkennbar ist die Führung der Gewerkschaften in jüngerer Zeit — ähnlich wie die SPD — auf einen stärker sozialistischen Kurs geschwenkt. Sozialisierungsforderungen werden mit größerer Lautstärke erhoben, und Klassenkampparolen, von denen man glaubte, daß sie schon in Vergessenheit geraten wären, werden wieder vorgebracht. Im Funktionärskorps der Gewerkschaften gilt der Marxismus als Ideologie und als politische Richtlinie manchem für erstrebenswert.

Fast könnte man meinen, daß die alte Auseinandersetzung in den Gewerkschaften wieder auflebt, ob sie in erster Linie auf Verbesserungen für die Arbeiterschaft im Rahmen der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und auf gesellschaftspolitische Reformen oder auf revolutionäre Umgestaltung hinarbeiten sollen. Angesichts der besonnenen Haltung der überwiegenden Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder, ganz zu schweigen von den nicht organisierten Arbeitnehmern, weiß die Gewerkschaftsführung, daß sie mit Aufmerksamkeit taktieren muß. Den radikalen Kräften bietet der 1. Mai eine Gelegenheit, sich mit eigenen Demonstrationen zu zeigen oder Kundgebungen des DGB umzufunktionieren zu versuchen — zu einer „Volksfront“ der Arbeitnehmer. In diesem Sinne wird für die Gewerkschaftsführung die Abgrenzung immer schwieriger, aber auch immer notwendiger.

Die Welt vom 29. April 1972 (Auszug)

Tag der Arbeit kein Volksfest

BILD-Zeitung vom
7. März 1970

do. Hamburg 7.3.

Der 1. Mai wird in diesem Jahr nicht mehr ein Volksfest sein, sondern eine politische Veranstaltung. Das hat der Hamburger Gewerkschaftsbund beschlossen.

In diesem Jahr findet die Hauptkundgebung nicht mehr auf dem Rathausmarkt, sondern vor dem Gewerkschaftshaus statt. Sprecher sind der DGB-Vorsitzende Heinz Vetter und Bundesminister Erhard Eppler.

Hamburgs DGB-Boß Hans Saulfeld: „Der 1. Mai dient der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.“ Die Gewerkschaft hat für den 1. Mai die Losung ausgegeben: „DGB — Wir sichern den Fortschritt.“

Zur aktuellen gesellschafts-politischen Lage

Die Wirtschaftskrise hält an. Sie geht einher mit Massenarbeitslosigkeit: In der Bundesrepublik Deutschland sind seit vier Jahren mehr als 1 Mio. Menschen arbeitslos, in Westeuropa gibt es rund 17 Mio. Arbeitslose.

Die Folgen der anhaltenden Krise zeichnen sich inzwischen immer schärfer ab: Der Versuch wird erkennbar, soziale Sicherheit abzubauen und Gewerkschaftsrechte einzuschränken.

„Reformfeindliche und reaktionäre Kräfte in unserem Lande lassen nichts unversucht, die gesellschaftspolitischen Uhren zurückzudrehen. Der DGB und seine Gewerkschaften haben das erfolgreich abgewehrt.“

Der Besitzstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten wurde auch im Jahre 1976 gesichert, das soziale System vor Abbau bewahrt. Das war das Ergebnis unseres gemeinsamen, gewerkschaftlichen Handelns.“

So hieß es im Mai-Aufruf 1977.

Inzwischen ist die Abweisung der Reformgegner schwieriger geworden: Sie haben ihre anti-gewerkschaftlichen Kampagnen verstärkt und verfeinert. Deshalb müssen wir noch enger und fester zusammenrücken!

Vor einigen Jahren schon wurde das Gespenst „Gewerkschaftsstaat“ aus der Gruselkammer reaktionärer Ideologie hervorgezerrt. Es sollte Angst machen vor anonymen Großbürokratien und unkontrollierbaren Mächten.

Wenig später spürte ein schlauer Kopf „Fizokratie“ auf: Schlimme Ver-

bindungen zwischen Sozialdemokraten, Kommunalpolitikern, Betriebsräten und Gewerkschaftern — besonders im Ruhrgebiet. Damit sollte der Geruch von Korruption verbreitet werden, von „Bonzenrum“ und Bürgerferne.

Schließlich wurde eine alte Erfindung auf den neuesten Stand gebracht: *Aus der Lohn-Preis — je nach Bedarf — eine Lohn-Arbeitslosen-Spirale* fabriziert.

An diesen Beispielen wird die Methode deutlich: Weitverbreitete Vorurteile sollen genutzt werden, um daran Erklärungsmuster zu knüpfen, die von den Krisenursachen und Krisenfolgen ablenken.

Ist das etwa ein „Gewerkschaftsstaat“, in dem jahrelang Arbeitslosigkeit herrscht, in dem die Arbeitnehmer unter Einkommensminderung, Rationalisierungsdruk, Ausbildungsnot leiden?

Wo ist der „Fizl“ am dicksten: Beim Zusammenwirken verschiedener örtlicher Instanzen, die dazu führt, einem Arbeitnehmer möglichst schnell eine o.g. liche Wohnung zu verschaffen, oder etwa bei Übereinkünften zwischen Politikern und Interessenvertretern, bei denen es um Steuererleichterungen in Milliardenhöhe geht?

Wo ist der Beweis dafür, daß durch Lohnverzicht Arbeitsplätze geschaffen wurden? Das Glaubensbekenntnis, daß das notwendig so sein müsse, genügt nicht. Auch die Prophezeiung, daß mit Sicherheit neue Ausbildungsplätze zur Verfügung kämen, wenn die Regierung nur auf die Berufsbildungsumlage verzichte, ist ja bekanntlich nicht eingetreten.

Hinter den sich wandelnden und sich steigenden ablenkenden und irritierenden Parolen vollzieht sich massiv das anti-reformerische Geschäft.

Gewinne werden oft nicht investiert, sondern entnommen und in Immobilien

und im Ausland angelegt. Wenn investiert wurde, dann häufig mit dem Ergebnis, daß massenhaft Arbeitsplätze wegfielen. Steuererleichterungen wurden weniger zu Erweiterungsinvestitionen als vielmehr zur Rationalisierung genutzt. In der Industrie stieg die Arbeitsproduktivität wesentlich schneller als die Lohneinkommen.

Die Lasten der Krise tragen die Arbeitnehmer: Sie verlieren die Arbeit, werden verstärktem Leistungsdruck unterworfen, müssen Lohneinbußen hinnehmen.

Aber nicht genug damit: Es wird als Allheilmittel auch noch ein allgemeiner Lohnverzicht vorgeschlagen.

Amtliche und selbsternannte Sachverständige haben wieder einmal in angeblüh zu hohen Löhnen die Wurzel allen Übels ausgemacht. Wieder einmal müssen wir feststellen, daß die Tarifpolitik der Gewerkschaften die Zielscheibe ist, auf die sich diejenigen einschließen, deren Rezepte versagt haben und deren Prophezeiungen nicht in Erfüllung gegangen sind. Man müsse die Wirtschaft nur ungestört lassen, dann würde alles schon wieder ins Lot kommen — das sollte uns lange genug eingeredet werden. Man dürfe die Wirtschaft nur nicht mit Reformvorhaben verunsichern, dann würde auch die Investitionsneigung wieder zunehmen — so wurde manchmal drohend und manchmal treuherzig argumentiert. Höhere Gewinne — mehr Investitionen — mehr Arbeitsplätze; auch wer daran geglaubt hat, ist bitter enttäuscht worden.

Es ist überdeutlich geworden: Das Gerade von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft löst keine Probleme. Auch Lohnverzicht hilft nicht weiter und schafft keine Arbeitsplätze. Im Gegenteil — da wir es mit einem erheblichen Nachfragemangel zu tun haben, treibt uns Lohnverzicht nur tiefer in die Krise, weil er die Massenkauf-

kraft und damit die Inlandskonjunktur weiter schwächt. Wer trotzdem hartnäckig von sogenannten „Null-Runden“ oder von Lohnabschlüssen unter der Preissteigerungsrate spricht, dem kann es nicht auf den Abbau der Arbeitslosigkeit ankommen, sondern auf die Umverteilung zugunsten der Unternehmer.

Nach Auffassung der Gewerkschaften ist die Verkürzung der Arbeitszeit in allen ihren Variationen einer der erfolgversprechendsten Wege zum Abbau der Arbeitslosigkeit: Arbeitszeitverkürzungen, auch in Form von Kurz- und Erholungspausen, sind zudem ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeit. In vielen Bereichen der Wirtschaft sind die Grenzen der Belastungsfähigkeit der Arbeitnehmer erreicht bzw. überschritten. Tarifpolitik und Mitbestimmung müssen daher verstärkt dazu eingesetzt werden, Maßstäbe für die Leistungsintensität zu setzen, damit die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht gefährdet wird. Produktivitätsfortschritte, die allein durch Intensivierung der Arbeit angestrebt werden, müssen im Interesse der Beschäftigten und der Arbeitslosen gleichmaßen bekämpft werden. Die Vereinbarung entgeltlicher und zumutbarer Leistungsmomente ist somit ein wesentlicher Beitrag zu einer gerechteren und stetigeren Verteilung der Arbeit und damit auch zur Sicherung der Beschäftigung.

Wer Arbeitszeitverkürzungen mit Scheinargumenten bekämpft oder als „Arbeitsbewirtschaftung“ verkertzt, der muß sagen, welche Interessen er verfolgt. Die Gewerkschaften haben sich noch nie prinzipiell gegen Rationalisierung und technischen Fortschritt gewehrt. Die damit verbundenen Produktivitätssteigerungen haben es ermöglicht, mehr Urlaub und kürzere Arbeitszeiten zu erkämpfen. Dazu gibt es keine Alternative und es wäre widersinnig, von diesem bewährten Weg abzugehen.

Als zu Anfang des Jahrhunderts die Arbeiter für das Koalitionsrecht und den Abschluß von Tarifverträgen stritten, antworteten die Unternehmer mit dem Rausschmiss Tausender Arbeiter, die sich am 1. Mai solidarisierten und demonstrierten, wurden ausgespart, brotlos gemacht. 1928 – vor genau 50 Jahren – sporten die Unternehmer im Ruhrgebiet 200 000 Arbeiter länger als einen Monat aus. Vordergründig ging es um Pfennig mehr Lohn, in Wirklichkeit hielten die Unternehmer im „Ruhrsensentritt“ zum entscheidenden Schlag gegen das Tarifvertragswesen, die Gewerkschaften, gegen die sozialpolitischen Errungenschaften, ja letztlich gegen die Republik aus.

Einer der Hauptschwarzfahrer der damaligen Zeit, Reusch, hat später einmal das zeitlose Unternehmer-Motto dazu geliefert: „Wir haben keine Zeit mehr, uns lange Diskussionen über Kaukrafttheorie u. ä. Zeug anzuhören. Es muß gehandelt werden, und zwar rasch.“

Die gleichen Leute, die den Streik verteideln, versuchen auch heute wieder, für ihren Klassenkampf von oben die Aussperrung gesellschaftsfähig zu machen. Noch waren nicht einmal die Tarife gekündigt, Forderungen waren noch nicht aufgestellt – da sprachen Kapitalverbände schon von Aussperrung. Und sie haben ihr Vorhaben ohne jedes Maß durchgesetzt: So setzten sie wegen eines Streiks von 1 400 Setzern und Druckern mehr als 100 000 Beschäftigte vor die Tür. Die Aussperrung ist aber mit Streik überhaupt nicht zu vergleichen. Sie ist vielmehr die Willkür des organisierten Unternehmertums. Sie kommt zu den Mitteln hinzu, die die Unternehmer auf Grund ihrer Verfügungsmacht an Produktionsmitteln haben und die sie gerade in letzter Zeit reichlich zum Schaden der Ar-

DGB-Bundesvorstand, Referentenmaterietel / Redaktionsstellen zum 1. Mai 1978 (Auszug)

beitnehmer und der bundesdeutschen Gesellschaft genutzt haben. Die Aussperrung entwertet das Streikrecht, das gerade erkämpft wurde, um die Vorranghaftigkeit der Unternehmer einzuschränken. Sie wird nicht eingesetzt, um bestimmte tarifliche Ziele zu erreichen, sondern um die Arbeitnehmer in ihrer Existenz zu treffen und die Gewerkschaftskassen zu leeren.

Deshalb muß in der Tat gehandelt werden. Die Unternehmer wittern die Morgenluft der Krise. Sie wollen die Gewerkschaften im Kern treffen, kampfunfähig machen. Sie berufen sich dabei auf die Verfassung. Das Grundgesetz ist ein historischer Kompromiß der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte vor dem Hintergrund der verheerenden Erfahrungen des Endes der ersten deutschen Republik, des Faschismus, des Weltkrieges. Die Väter des Grundgesetzes haben niemals daran gedacht die Aussperrung in der Verfassung zu verankern. Nun, wo die Zeichen düster stehen gegen Reformpolitik und sozialen Fortschritt, soll das Grundgesetz zum „Unternehmerstatut“ umfrieselt werden. Alle diejenigen – und seien es die höchsten Gerichte –, die sich dazu hergeben, müssen bedenken, daß sie damit nicht nur an die in der Verfassung angelegte Grundüber einstimmung rühren, sondern auch unübersehbare soziale Kämpfe heraufbeschwören.

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften können nicht stillhalten, während ihnen das Rückgrat gebrochen werden soll. Gewerkschaften, denen, offen oder versteckt, die Streikfreiheit genommen wird, sind der unternehmerischen Willkür schutzlos ausgeliefert. Die Gewerkschaften werden die Aussperrung mit allen Mitteln gewerkschaftlicher Solidarität bekämpfen.

Aktivitäten zum 1. Mai

Die Landesbezirkskonferenz möge beschließen:

Der DGB-Landesbezirksvorstand wird aufgefordert, in den Kreisen des Landesbezirks zum 1. Mai die traditionellen Kampfformen, Demonstration und Kundgebung unter freiem Himmel, zu unterstützen.

Begründung:

Der 1. Mai ist als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung von größter Bedeutung. Er ist ein jährlicher Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital, an dem die Arbeiter für ihre aktuellen und grundlegenden Interessen kämpfen. Angesichts der inflationären Preissteigerungen, des Angriffs der Unternehmer auf die Reallöhne, der steigenden Steuerbelastungen, der wachsenden Arbeitsplatzunsicherheit und Arbeitshetze steigt die Bereitschaft der Arbeiter, Angestellten und Beamten für die Durchsetzung ihrer Interessen, die traditionellen Kampfformen neu zu beleben. Das beweisen die Aktivitäten zum 1. Mai 1977 in den Kreisen, wo Veranstaltungen mit Demonstration und Kundgebung durchgeführt wurden. In der Öffentlichkeit fand der 1. Mai große Beachtung.

Antrag der DGB-Jugend zum 1. Mai 1975 (so beschlossen auf der 10. DGB-Landesbezirkskonferenz)

D I D A K T I S C H E H I N W E I S E

KAISERREICH

1. Der 1. Mai 1890

Die Sch. wissen, daß der 1. Mai von der internationalen, sozialistischen Arbeiterbewegung anlässlich der Forderung nach dem achtstündigen Arbeitstag geschaffen wurde. Sie erkennen, daß 1889 nicht festgelegt wurde, wie der "1. Mai" begangen werden sollte, in der Arbeiterschaft aber sofort Bestrebungen auftraten, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen.

Aufruf Berliner Sozialdemokraten zum 1. Mai 1890
Wie soll der 1. Mai in Industriestädten begangen werden? Wie soll der 1. Mai in Orten ohne starke Arbeiterorganisationen begangen werden?

Aus dem Aufruf der sozden. Reichstagsfraktion 1890
Wie steht die Reichstagsfraktion zur Arbeitsruhe am 1. Mai?

Welche Gründe führt sie für ihre Position an? Vergleiche den Aufruf des internationalen Kongresses von 1889 mit dem späteren Kongresse (in der Fischer-Rede auf dem SPD-Parteitag 1904; S. 26)

2. Maifeiern in Augenzeugenberichten

Die Sch. lernen in den Berichten Opferbereitschaft und Engagement für die Idee des Maifeiertages und Widerstände gegen Propagierung und Durchführung der Maifeier kennen.

Amalie Seidl berichtet über den ersten Arbeiterinnenstreik in Wien (1895)

Wie reagiert der Chef auf die Rede der Frau Seidl? Wie verhalten sich die Kolleginnen gegenüber Frau Seidl und dem Chef? Was bedeutet konkret die "Solidarität der Arbeiterschaft" anderer Betriebe?

Wenzel Holek, "Austritt am 2. Mai" (1892)

Wie begründet der Meister die Entlassung? Was ist der wirkliche Grund? Warum bekam W. Holek in anderen Fabriken ebenfalls keine Arbeit?

Nikolaus Osterroth, Unsere erste Maifeier (1898)

Was sollte mit den "Akkordhützen" geschehen? Worum bitten die Arbeiter den Pfarrer und wie reagiert der?

Was unternehmen die Arbeiter daraufhin? Wie kamen sie auf den Gedanken? Welche Gegensätze interessierten die Arbeiter bisher und auf welche Gegensätze weist N. Osterroth sie hin?

Teilnahme an der Maifeier 1906

Wieviel Prozent der Metall- bzw. Holzarbeiter beteiligten sich an der Maifeier durch Arbeitsruhe?

Wie reagieren die Unternehmer?

Announce "Gehilfen und Arbeiter"

Für welchen Zeitraum wird eine Aussperrung angedroht? Vgl. mit den Statistiken und der Announce 3.

Arbeitseinstellung auf der Vulkanwerft in Hamburg 1912

Wie wird die Entlassung des Schiffbauers Behr begründet? Was hielten die Kollegen für den eigentlichen Grund? Wie reagierten die Arbeiter auf die Entlassung? Was machten die Arbeiter am nächsten Tag?

Bericht über die Demonstration am 1. Mai 1913

Wie verlief die Demonstration? Welche Zeit benötigten die Demonstranten für den Abmarsch? Was bedeutet das? Welche Forderungen erhoben die Demonstranten? Welche Begründungen hätten die Arbeiter für ihre Forderungen geben können? Was erfahren wir über die Teilnehmer der Demonstration?

3. Gegner der Maifeier

Die Sch. wissen, daß private und staatliche Unternehmen bei Arbeitsruhe am 1. Mai Aussperrung und Entlassung androhten und vollzogen sowie "schwarze Listen" aufstellten, um gemäßigten Arbeitern das Überwechsell in neue Betriebe unmöglich zu machen. Außerdem sollen sie wissen, daß das Bürgertum und dessen Presse staatliche Maßnahmen gegen die Maifeier forderte.

Maßnahmen der Unternehmer und des Staatsapparates gegen den 1. Mai

Welchen Zweck haben die in den Briefen erwähnten Listen?

Brief des Verbands der Eisenindustrie Hamburgs

War der einzelne Unternehmer in seiner Entscheidung über die Aussperrung unabhängig?

Announce verschiedener Unternehmerverbände 1905

Für welche Zeit wird Entlassung angedroht? (Vgl. S. 13)

Die "Hamburger Nachrichten" zur Aussperrung 1906

Wie stellen sich die "H.N." zum Aussperrungsbeschluss, wie begründen sie ihre Position?

Die Maifeier, Ein Leserbrief im "Hamburger Fremdenblatt" (S.20)
(Onkel Bräsig ist eine Figur aus einem Roman F. Reuters)
Was fordert der Bürger von der Behörde?
Wie beschreibt der Bürger die demonstrierenden Arbeiter?
(Vgl. mit dem Polizeibericht S.15)

4. Verhalten der Polizei- und Militärbehörden (S.23)

Die Sch. wissen, daß die Polizei Maimzüge verbot, gegen Demonstranten mit blanker Gewalt vorging und - vor allem während des Krieges - Flugblattverteiler verhaftete. Sie erkennen, daß die herrschenden Klassen bereit waren, gegebenenfalls selbst Militär gegen die Arbeiter einzusetzen.

Bürgertum und Militär am 1. Mai 1890 (S.23)

Was besagten wohl die "Gardichte" ?
Warum/wozu sollte das Militär rasch bei der Hand sein ?

Verbotener Maimzug in Harburg 1913 (S.23)

Auf welche Gegensätze weist die Polizeidirektion hin ?
Hätte die Polizei mit den gleichen Gründen auch die Demonstration eines (antiszozialistischen) Kriegervereins verbieten können ?

Die Wilhelmshavener Polizeistaten vom 1. Mai 1913 (S.24)

Was hatten die Arbeiter direkt vor dem Polizeieinsatz gemacht?
Welche Begründung wird der Polizeikommissar für seinen Befehl geben?

Aus dem Bericht des Landespolizeiamtes Württemberg(1917) (S.25)

(Auf die besondere Lage durch den Weltkrieg hinweisen!)
Wie stellte sich die "gemäßigte SPD" zur Maifeier?
Welche politische Gruppe hatte die Flugblätter verfaßt?
Welche Ziele propagierten die Flugblätter ?

5. Auseinandersetzungen in den Arbeiterorganisationen um die Gestaltung des 1. Mai (S.26)

Die Sch. wissen, daß die Gestaltung des 1. Mai in den Arbeiterorganisationen umstritten war, daß insbesondere die Führer einiger Gewerkschaften wegen der mit den Aussparungen verbundenen Kosten gegen eine Arbeiterruhe auftraten, während eine Mehrheit in den Arbeiterorganisationen gerade in der mit Demonstrationen und Kundgebungen verbundenen Arbeiterruhe ein Mobilisierungs- und Werbemittel sah. Sie sollen außerdem wissen, daß die Einstellung zur Maifeier als beispielhaft für die sonstigen Vorstellungen zur Taktik der Arbeiterbewegung gelten kann; daß die Befürworter der Arbeiterruhe meinten, weitgehende Erfolge könnte nur eine entschlossene und zum Kämpfen bereitete Arbeiterschaft erreichen, Verhandlungserfolge wären nur bei einer deutlichen Aktionsbereitschaft zu erlangen.

Die Sch. sollen wissen, daß es in der Arbeiterbewegung verschiedene Richtungen gab, von denen die mühsam aufgebauten Organisationen nicht durch "Kämpfe und unnütze" Streiks geführt wollte, während eine andere insbesondere wegen des von ihr vorhergesehenen imperialistischen Krieges entschlossene

Massenaktionen forderte, um die "Macht im Staat" dem "kriegstreiberischen Kapital" zu entreißen.
(Die Texte eignen sich zur Behandlung des Problemkreises Revisionismus - Radikalismus in der Arbeiterbewegung.)

Aus der Debatte auf dem SPD-Parteitag 1904 (S.26)

Zu R. Fischer
Welchen "Grundeinwand" gibt es ?
Welche Argumente führt R. Fischer gegen den "Grundeinwand" an ?

Was bedeutet konkret die "finanzielle Verantwortung" der Gewerkschaften ?
Warum ist die Maifeier ein "Stück Klassenkampf gegen Regierung und Bourgeoisie" ?
Welche Gefahr sieht R. Fischer für eine wachsende Gewerkschaftsbewegung ?

Zu Habicht
Wer sind die Gegner der Maifeier, welche Gründe haben sie ?
Wie denken - nach Habichts Meinung - die Massen über die Maifeier ?

Riem
Worin besteht - nach Riem - das Bestreben der Gewerkschaften ?
Wie hat nach seiner Meinung die Gewerkschaftsbewegung Fortschritte erreicht ?
Steht Riem mit seiner Auffassung allein (Vgl. das Schlußwort von R. Fischer) ?

Werden die Unternehmer Zugeständnisse machen, wenn die Gewerkschaften nicht eine kampfbereite Arbeiterschaft hinter sich haben ?
Wenn mehrfach ohne Ausbruch eines Streiks Zugeständnisse erreicht wurde, wie war das möglich und zu welchem Mißverständnis kann dies bei den verhandelnden Funktionären führen?

Aus der Debatte über die Maifeier auf dem Gewerkschaftskongreß 1905 (S.22)

Anträge zur Maifeier

Welchen Vorschlag macht R. Schmidt für die Gestaltung des 1. Mai ?
Wird seine Ablehnung der Arbeiterruhe sofort deutlich ?
Warum macht R. Schmidt viele Worte ?
Vergleiche die beiden Anträge!

(Zu den Diskussionsbeiträgen)
R. Schmidt
Welche Vorwürfe werden gegen die "Gewerkschaftsbeamten" erhoben ?
Welchen Unterschied sieht Schmidt zwischen "Beamten" und Mitgliedern ?
Mit welchem Argument tritt R. Schmidt für Abendveranstaltungen ein ?
Wie soll sich die Vorgehensweise ändern, "je größer die Gewerkschaften werden"?

Glocke

Welchen Sinn sieht Glocke in der Maifeier ?

Was bedeutet "Unkosten" konkret ?

Wie schützt Glocke die Unkosten für die Maifeier ein ?
Wie sieht Glocke die Aufgaben der Arbeiter, wo sie eine "gewisse Macht repräsentieren"? (Vgl. mit R. Schmidt)

Brinkmann

Wie sieht Brinkmann den Nutzen der Maifeier ?

Wie wirkt seiner Ansicht nach der 1. Mai in den Gewerkschaften ?

Was hält Brinkmann vom 1. Mai als gewerkschaftlichem Kampfmittel ?

Hassenstreik und Gewerkschaften, Aus dem Referat Bömelburgs (S. 35)

Will Bömelburg die Diskussion über den Massenstreik weiterhin zulassen ?

Unter welchen Umständen können nach Bömelburg die Gewerkschaften ausgebaut werden ?

Welchen Vorteil sieht Bömelburg in großen Gewerkschaften? (Vgl. hierzu die Beiträge von Riem und R. Fischer)

Was sagt Bömelburg über die Kampfmittel der Gewerkschaften ? (B. vertrat auf dem Kongreß die Mehrheitsmeinung.)

Der 1. Mai als Aktionstag der Massen, Aus einem Artikel Rosa Luxemburgs (1917) (S. 35)

Worin sieht R. Luxemburg den Hauptgedanken des Maifestes?

Was soll die nächste politische Aktion nach einer allgemeinen Arbeitsruhe am 1. Mai sein ?

Worin sollen Massenstreiks ausmünden ?

Wie kann nach R. Luxemburg der Weltfrieden gewahrt werden ?

Was soll bei Ausbruch des "unvermeidlichen Weltkrieges" geschehen? (Vgl. mit Polizeibericht Württemberg!) (S. 25)

WEIMARER REPUBLIK

(S. 37)

Seit 1919 war der 1. Mai in Hamburg und wenigen anderen Ländern gesetzlicher Feiertag. Die Schüler sollen wissen, daß vom Bürgertum ständig Versuche unternommen wurden, diesen Feiertag aufzuheben.

Henningsen

Welche Gründe nennt der Abgeordnete Henningsen, die für ein Verbot des 1. Mai als Feiertag sprechen? (S. 37)

Sozialdemokratische Presse

Wie werden die von den Gegnern der Mai-Feier genannten Gründe von der sozialdemokratischen Presse bewertet?
Welche Motive werden als die wirklichen vermutet?

Allgemeine Lernziele: Vgl. einführender Text

KPD-Flugblatt

Welche Konsequenzen soll die Arbeiterschaft aus dem Verbot der Mai-Demonstration ziehen? (45)

Augenzeugenbericht vom 1. Mai 1929

Welche Wirkung hat das in der 'Quelle' beschriebene Verhalten der Polizei vermutlich auf die Haltung der Betroffenen zum Staatsapparat? (S. 45)

Gewerkschafts-Zeitung

Welche Absichten verfolgte die KPD nach Ansicht des ADGB mit der Demonstration zum 1. Mai?
Welche Gefahr droht nach seiner Meinung, wenn Gewaltmittel beim Kampf um sozialen Fortschritt eingesetzt werden? (S. 46)

Die Schüler sollen wissen, daß die Gewerkschaften, um ihre völlige Unterdrückung nach der Machtübergabe 1933 zu verhindern, zur Beteiligung an der Maifeier der Nationalsozialisten aufriefen und jeden offenen Widerstand gegen das NS-Regime ablehnten.

Die Schüler sollen wissen, daß die Nationalsozialisten die Maifeier für ihre Zwecke umfunktionierten und das Stillhalten der Gewerkschaften dadurch 'belohnten', daß sie sie am 2. Mai unterdrückten.

Die Schüler sollen wissen, daß die ursprüngliche Idee des 1. Mai in der Arbeiterschaft fortlebte. (47)

Mai-Aufruf des ADGB und Rede Ehrenteit

Wie wird in dem Artikel "Zur Mitarbeit ..." die Machtübergabe an die NSDAP genannt?

Vor welchen Alternativen sieht der Redner Ehrenteit den ADGB nach der Machtübergabe?

Was wird in dem Artikel neben der demokratischen Staatsform als gleichrangig für die Gewerkschaften bezeichnet?

Flugblatt der KPD zum 1. Mai 1933

Welche Gründe vermutet die KPD in ihrem Flugblatt hinter dem Aufruf des ADGB? (S. 50 f)

Gewerkschafts-Zeitung und Aufzeichnung von Otto Weis (S. 50 f)

Welche Hoffnungen setzte die Gewerkschaftsführung in ihren Anpassungskurs?

Worin unterschieden sich die Meinungen von SPD und ADGB-Führung?

BUNDESREPUBLIK

78

Nach dem II. Weltkrieg organisierten die Gewerkschaften in der Bundesrepublik allein den 1. Mai. Sie übernahmen die alte Tradition, an diesem Tag nicht nur für soziale, sondern vor allem auch für politische Forderungen zu demonstrieren.

Den Schülern soll im Unterricht der Zusammenhang deutlich werden von gewerkschaftlichen Forderungen (Sozialisierung und Mitbestimmung, Kampf dem Atomtod usw.) und gesellschaftlicher Entwicklung.

Dabei soll herausgearbeitet werden, daß die kämpferische Tradition der Mai feiern in der Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Gewerkschaftsbewegung selbst zurücktrat. Diese Tendenz wurde seitens der Unternehmer und ihrer Interessensvertreter in Regierung und Presse begrüßt und bestärkt; die für eine "rote" Maifeier eintretenden Gewerkschaftler identifizierten man als Gegner einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Mit der anhaltenden Verschlechterung der Lage der arbeitenden Bevölkerung setzte sich allgemein wieder die Erkenntnis durch, daß ohne kämpferische Aktionen der Arbeiterbewegung - wie sie sich im 1. Mai manifestieren - keine grundlegenden Erfolge erlangt werden können.

Remilitarisierung

"Gegen jedwede Wiederaufrüstung" / "Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpfen!" (S.57)

Welche Position vertritt der DGB 1954 und 1955?

Gibt es Nuancen zwischen den Texten?

Welcher Bezug wird hergestellt zu:

- jüngster Vergangenheit (Faschismus)?
- Wiedervereinigung?
- Atombombenexperimente?

(S.58)

Kampf dem Atomtod

"1. Mai 1958 - Gegen Atombewaffnung" / "Aufruf des DGB zum 1. Mai 1958"

Warum war der DGB gegen die Atombewaffnung?

Was geschah in Hiroshima und Nagasaki?

Wie vertritt sich die CDU-Wahlkampfpolemik "Keine Experimente" mit der von dieser Partei durchgesetzten Atombewaffnung?

Was schlägt der DGB gegen die Atombewaffnung vor?

(S.61)

"Radikalismus"

Welche Position vertritt der Artikel des Rheinischen Merkur?

Wie wird über die Haltung der Gewerkschaft berichtet (Vergleich mit den gewerkschaftlichen Quellen zum 1. Mai 1958)?

Wie verfährt der Autor mit den Zitaten aus der Rede des Gewerkschafters Eick?

Aus welchem Grund erscheint zwei Mal der Hinweis auf "Sowjetzone" bzw. "Ulbrichtsche Terminologie"?

Wie ist die Behauptung einzuschätzen, hier werde dem frei gewählten Parlament gedroht?

Welche Funktion hat der Hinweis auf das Scheitern der Weimarer Republik; ist die hier angebotene Interpretation haltbar?

(S.62)

Gegen Notstandssetzung

Notstandsregelungen schränken Grundrechte ein

Wie wird gegen die Notstandsgesetze argumentiert, welche Einschränkungen von Grundrechten werden genannt?

Für Verbot der NPD

Gewerkschaften fordern: "Verbietet die NPD!"

Diese Forderung von 1963 kann als Gesprächsanlaß dienen für Fragen nach

(S.63)

- den Kenntnissen über die NPD (Wahlerfolge insbesondere '66-'69) und Neo-Nazis heute;
- Notwendigkeit und Berechtigung eines NPD-Verbotes;
- Gründen, warum weder damals noch heute (Mannheimer Urteil) ein NPD-Verbot ernsthaft erwogen wurde.

Sozialisierung und Mitbestimmung

"Aufruf des DGB zum 1. Mai 1950"

Welche Position zu Sozialisierung und Mitbestimmung wird hier vertreten?

Mit welchen historischen Hinweisen wird die Argumentation gestützt? Was bedeutet genau "Mitbestimmung" bzw. "das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht" sowie "Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum"?

"Ausweitung der Mitbestimmung"

Vergleich mit dem Text von 1950.

Stimmen aus dem Unternehmerlager zum 1. Mai

"Wer mit den alten Parolen!"

Was sagt Ludwig Erhard zum 1. Mai 1957?

Wie begründet er die "Überwindung des Klassenkampfes"?

Was spricht für, was gegen seine Argumentation?

"Antiquierte Kampfforolen"

Welche Gewerkschaftsforderungen nennt der Autor und wie bewertet er sie?

"Anzeige der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände" (S.68)

Warum veröffentlichten die Arbeitgeber wohl diese Anzeige?

Was bedeuten die Formulierungen "vernünftiges Verhalten in der Innenpolitik", "keine neuen Steuerbelastungen", "keine erweiterte Gewerkschaftsmitbestimmung" sowie "wachstums- und stabilitätsge-

rechte Lohnpolitik" vom Standpunkt der Unternehmer und wie werden sie hier "verpackt"?

Sind die Forderungen (Sicherung der Vollbeschäftigung, Steigerung der Einkommen und des Lebensstandards) gerechtfertigt?

Vom roten zum grünen Mai?

"Plakat Mai-Zeiter 1898" / "Plakat 1. Mai '72 'Für eine bessere Welt"

Vergleich der beiden Plakate

Vom roten zum grünen Mai"

Was meint der Autor, wenn er vom "grünen" 1. Mai spricht?

Wie wird die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung gesehen?

"Statt Parolen Tanzmusik - Maifeier in Hamburg"

Vgl. den Bericht über den 1. Mai 1965 mit dem Polizeibericht über den 1. Mai 1913

"Tap der Arbeit kein Volksfest"

Wie ist der Widerspruch zu erklären, daß hier der 1. Mai kein Volksfest sein soll während es noch 1965 heißen konnte: "Ein Kampftag wird Volksfest"?

"Der 1. Mai findet nicht mehr im Saale statt" / "Aktivitäten zum 1. Mai"

Warum soll der 1. Mai nicht mehr im Saal stattfinden? (Vergleich des Welt-Artikels mit dem Antrag der DGB-Jugend

Kampftag - Im Zeichen der Krise

"Zur aktuellen gesellschafts-politischen Lage"

Worin zeigt sich die Krise und was sind ihre Folgen?

Wie werden die "anti-gewerkschaftlichen Kampagnen" beschrieben?

Welche Argumente führen die Gewerkschaften an gegen zentralen Aussagen der Reformgegner?

Worin sehen die Gewerkschaften den Ausweg aus der Krise?

Was ist gemeint mit "Klassenkampf von oben"?

Welche Rolle spielt dabei die Aussperrung?

(S.64)

(S.65)

(S.66)

(S.67)

(S.69)

(S.70)

(S.71)

(S.72)

(S.73)

**Zur Acht-Stunden-Bewegung
1886 in den USA**

Der Massenstreik von 1886 war ein Versuch der neuen Klasse von Industriearbeitern, Einfluß auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen.

Der Acht-Stunden-Streik war beides: eine Erklärung an die Machthaber, daß der Arbeiter wie ein Mensch behandelt werden und sich nicht länger von seinen Werkzeugen aufziehen lassen will; und ein Angriff gegen die Politik der langen Arbeitszeit, deren Folge Arbeitslosigkeit und niedrige Löhne waren.

Das Herz der Acht-Stunden-Bewegung war Chicago. Die Ortsverbände der »Knights of Labor«, Gewerkschafter und Anarchisten (sie hatten ihre anfänglichen Einwände aufgegeben) standen hinter der »Eight-Hour-Association«, die für die Streikagitation verantwortlich war. Im April kam es zu mehreren Massendemonstrationen, an denen bis zu 25 000 teilnahmen. »Fast jeder war davon überzeugt, daß die Begeisterung und die ausgezeichnete Organisation der Arbeiter von Chicago zu einem Erfolg der Bewegung führen mußte.«

Auch die Gegner bereiteten sich vor. Die Polizei wurde auf Notstands Situationen vorbereitet, die Miliz mit dem für Straßenkämpfe notwendigen Waffenmaterial ausgerüstet. Die Hauptgeschäftsleute der Stadt gründeten eine Bürgerversammlung, die fast unentwegt tagte, um einen Aktionsplan zu entwerfen für den Fall, daß ein Eingreifen unumgänglich würde.

Schon ein Jahr zuvor hatten Zeitungen über die Gründung bewaffneter Einheiten durch Geschäftsleute berichtet. »Es gibt hier ein großes Geschäftshaus, in dem 150 junge Männer an den modernsten Gewehren ausgebildet werden [...] Und das ist keineswegs ein Einzelfall.«

Am Vorabend des Streiks war in einem Bericht der Times nachzulesen, »daß Mitglieder des Commercial Club etwa 2000 Dollar gespendet haben, um dem ersten Infanterieregiment der Nationalgarde den Ankauf eines Maschinengewehrs zu ermöglichen. Während einer Inspektion des Regiments waren sie auf die Idee gekommen, Der Kommandant hat sich sehr schnell von dem Argument überzeugen lassen, daß es im Falle von Aufständen zu einer nützlichen Waffe werden könnte.«

Schon am 1. Mal konnte die Bewegung in Chicago auf eindrucksvolle Erfolge zurückblicken: 2000 Brauereiarbeiter hatten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 16 Stunden auf zehn Stunden täglich erreicht. Etwa 2000 Bäcker, die vorher 14 bis 18 Stunden am Tag hatten arbeiten müssen, erkämpften ebenfalls den Zehn-Stunden-Tag. Die Arbeiter mehrerer Möbelfabriken setzten den Acht-Stunden-Tag durch, wobei der Stundenlohn um 25 Prozent erhöht wurde. Dann wurden 1600 Stoffschneidern der Acht-Stunden-Tag gewährt — der Tageslohn des früher zehnstündigen Arbeitstages wurde voll umgeschlagen. Auch einige Fabriken der Tabak-, Schuh- und Konservenindustrie verkürzten die Arbeitszeit. Der größte Teil der Arbeiter jedoch, 4000 Maurer und Steinmetze, 1500 Ziegelbrenner, 1200 Metallarbeiter, Fleischer, Zimmerleute, Bütcher,

Töpfer, Schuhmacher, Tapezierer und Gießer, stand noch in der Erwartung schwerer Kämpfe.

Am 3. Mal hieß es im *Illinois State Register*: »Die Führung des Polizeipräsidenten hat es aufgegeben, die Furcht vor den künftigen Aktionen der Arbeiterbewegung herunterzuspielen. Sie ist davon überzeugt, daß [...] es eine Menge Ärger geben wird.« Am selben Tag traten 30 000 Arbeiter in den Ausstand; darunter waren 10 000 Holzfäller, 2500 Verladearbeiter und 5000 Zimmerleute. »Noch einmal doppelt so viele standen auf den Straßen oder demonstrierten mit.« Die Verladearbeiter machten eine Runde durch die Güterdepots der Stadt. Von den Arbeitern zweier Eisenbahngesellschaften abgesehen, brachten sie alle ihre Kollegen zur Arbeitsniederlegung. Etwa 10 000 Arbeiter deutscher, polnischer und böhmischer Herkunft aus den Holzfabriken marschierten unter Fahnen und Musik durch die Straßen. »An diesem Tag kam es aufgrund der überwältigenden Übermacht der Arbeiter zu keinen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

In den folgenden Tagen schlossen sich immer mehr Arbeiter dem Streik an. Der Korrespondent einer Arbeiterzeitung

schrub überschwänglich: »Wir erleben eine Blüthezeit der Acht-Stunden-Kampagne und buchen Sieg auf Sieg. Heute haben die Konservfabriken der »Union Stock Yards« (Verband der Viehhöfe) nachgeben müssen [...]. Die Leute sind außer sich vor Freude über den gewaltigen Sieg, den sie errungen haben.«

Am selben Tag noch feuerte die Polizei in eine Menge, die gerade gegen Streikbrecher vorwand; vier Leute wurden getötet und mehrere schwer verwundet. Die Stimmung schlug radikal um. Es kam zu schweren Schießereien zwischen der Bevölkerung und der Polizei. Die Anarchisten forderten alle Arbeiter auf, zu den Waffen zu greifen.

Achtung Arbeiter!

**Gr o ß e
Massen-Versammlung**

**Gene Abend, halb 8 Uhr, auf dem
Seumarkt, Mandolph-Strasse, zwischen
Drapiers- u. Galtstr.-Str.**

»Gute Redner werden den wackeren Scherenschnitt der Polizei, indem sie gegen die Mithingung unserer Forderungen vorgehen, schildern.

Das Exekutiv-Komitee.

Achtung Arbeiter!

**Gr o ß e
Massen-Versammlung**

**Gene Abend, halb 8 Uhr, auf dem
Seumarkt, Mandolph-Strasse, zwischen
Drapiers- u. Galtstr.-Str.**

»Gute Redner werden den wackeren Scherenschnitt der Polizei, indem sie gegen die Mithingung unserer Forderungen vorgehen, schildern.

»Arbeiter, kauft den Tag und erhaltet ihn selbst!

Das Exekutiv-Komitee.

Am Abend versammelten sich mehrere Arbeitergruppen; gleichzeitig protestierte eine Demonstration gegen das brutale Vorgehen der Polizei.

An der Protestversammlung waren etwa 1200 Leute beteiligt. Von diesen blieben, als schwerer Regen einsetzte, nur rund 300 auf dem Platz zurück. Der letzte Sprecher sagte gerade: »Ich fasse zusammen...«, als zum Erstaunen der Versammelten eine Einheit von 150 Polizisten aufmarschierte und den Befehl zur Auflösung der Protestdemonstration gab. Der Sprecher kletterte vom Podest, da floh eine Dynamitladung durch die Luft und explodierte inmitten der Polizeitruppe. Ein Polizist starb, 70 weitere wurden verletzt. Sofort begann die Polizei, in die Menge zu schießen. Zurück blieben mehrere Verwundete und ein Toter. »...«

Die Hysterie, die infolge des Bombenwurfs ausbrach, schlug gegen die Arbeiter um: »Die Zeitungen haben den Vorfall weidlich ausgenutzt und werfen jetzt Sozialisten, Anarchisten und die streikenden Arbeiter in einen Topf. Sie treffen überhaupt keine Unterschiede mehr, und das Ergebnis dieser Taktik ist, daß die Sache der Arbeiter Schaden nimmt. Hier herrscht die Ruhe vor dem Sturm.« John Swinton schrieb: »Die Bombe war ein Gottesgeschenk für die Feinde der Arbeiterbewegung. Sie haben daraus eine Waffe gegen die Forderungen der arbeitenden Bevölkerung und ein Argument zur Aufrechterhaltung ihrer räuberischen Praktiken gemacht.« Der Sturm ließ nicht lange auf sich warten. Carter Harrison, der Bürgermeister von Chicago, setzte mit der Begründung, daß Versammlungen, Protestmärsche und dergleichen »gefährlich« seien, das Demonstrationsrecht außer Kraft. Die Polizei erhielt den Auftrag, Menschenansammlungen sofort zu zer-



streuen. Man organisierte ein Polizeizett. Innerhalb von zwei Tagen wurden 50 angebliche Schlupfwinkel radikaler Arbeitergruppen überfallen; wer nur im Verdacht stand, mit radikalen Organisationen Verbindung zu haben, wurde ins Gefängnis gesperrt. »Das Polizeipräsidium ist voll von Anarchisten und Leuten, die am Dienstagabend verhaftet wurden. Insgesamt stehen etwa 150 Leute unter Arrest.« Gegen die meisten lag nicht einmal ein Haftbefehl vor, ganz abgesehen von genau definierten Beschuldigungen. Ein Chicagoer Sozialist beschrieb die Lage: »Noch vor einer Woche waren Rede- und Pressefreiheit Rechte, die nicht einmal von den entschiedensten Gegnern der Sozialisten in Frage gestellt wurden [...] Das alles hat sich geändert [...] Sozialisten werden gejagt wie

Wölfe [...] Die Zeitungen in Chicago fördern lautstark und ununterbrochen die Hinrichtung prominenter Sozialistenführer. Wer sich heute in der Stadt zum Sozialismus bekennen muß mit sofortiger Verhaftung rechnen. Die Archive und Dokumente der sozialistischen Zeitungen wurden beschlagnahmt und die Zeitungen verboten.«

Sieben der verhafteten Anarchisten wurden vor Gericht gestellt und zum Tode verurteilt; an vier der schuldig gesprochenen wurde das Urteil vollstreckt, obwohl es nicht die geringsten Beweise dafür gab, daß sie am Bombenattentat beteiligt waren.

Die Hysterie nach dem Bombenattentat verschaffte den Vertretern von Recht und Ordnung einen Vorwand zum Handeln.

Rache! Rache!

Arbeiter, zu den Waffen!

Wachtendes Volk, heute Nachmittag mehrten die Blutbunde Eurer Kameraden & Eurer Brüder draußen bei McCormicks. Warum mordeten sie diejenigen? Weil sie den Mut hatten, mit dem Kopf aufzusehen zu sein, welche Eure Kameraden Euch beschließen haben. Sie forderten Euch, man antwortete ihnen mit Blut, riefen sie alle Verdächtigen her, daß man damit hat Euch am wirksamsten zum Schweigen bringen kann! Mitleid, nicht! Nehmt Ihr alle Verdächtigen ohne Milderung entgegen, habt Euch vom frühen Morgen bis zum frühen Abend geschlagen, habt Entschuldigungen jeder Art entgegen, habt Eure Richter selbst gepöppelt — Alles, um die Schergen zu täuschen. Eure Herren zu täuschen, Alles für die Welt und jetzt, wo Ihr vor sie trittet, was sie erwartete. Eure Brüder, etwas zu zerschlagen, da hießen sie zum Dank für Eure Opfer ihre Blutbunde, die Polizei, auf Euch, um Euch mit Blutbunden, von der Unschuldigkeit, zu tauchen. Euren Eltern, wir fragen und beschneiden Euch bei allem, was Euch hilft und werth ist, trägt diesen schrecklichen Mord, den man heute an Euren Brüdern beging, und nicht leicht morgen schon an Euch begangen wird. Wachtendes Volk, Gutes, Da ist ein Schwärzwerk angelegt. Wacht erquicklich Du dich? Ist Skandal und Drogen, aber für Freiheit und Brot? Geküßelt Du dich für ein Leben, denn (sowie keine Augenblick; denn, Volk, zu den Waffen! Verzichtung den wackeligen Rücken, die sich Deine Herrscher nennen! Abschüttelt Verachtung ihnen — das was Deine Rettung heißt! Dank der Helden, deren Blut den Weg zum Geküßelt, zur Freiheit und zur Menschlichkeit gründet! — und Rache, Ihre wichtig zu werden!

Eure Brüder.

REVENGE!

Workingmen, to Arms!!!

Your masters sent out their bloodhounds — the police — they killed six of your brothers at McCormicks this afternoon. They killed the poor wretches, because they, like you, had the courage to disobey the supreme will of your bosses. They killed them, because they dared ask for the shortening of the hours of toil. They killed them to show you, 'Free American Citizens', that you must be satisfied and contented with whatever your bosses condescend to allow you, or you will get killed!

You have for years endured the most abject humiliations; you have for years suffered unmeasurable iniquities; you have worked yourself to death; you have endured the pangs of want and hunger; your children you have sacrificed to the factory-lords — in short: You have been miserable and obedient slave all these years: Why? To satisfy the insatiable greed, to fill the coffers of your lazy thieving master? When you ask them now to lessen your burden, he sends his bloodhounds out to shoot you, kill you!

If you are men, if you are the sons of your grand sires, who have shed their blood to free you, then you will rise in your might, Hercules, and destroy the hideous monster that seeks to destroy you. To arms we call you, to arms!

Your Brothers.

Aus: J. Brecher, Streiks und Arbeiterrevolten.
Amerikanische Arbeiterbewegung 1877-1970,
Frankfurt 1970, S. 52 ff.

Literatur

Achten, U., Illustrierte Geschichte des
1. Mai, Oberhausen 1979 · Asso-Vlg.

Beier, G., Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai
1933, Frankfurt 1975 EVA

Berlin, J., Göbel, P., Zur Geschichte des 1. Mai,
in: Hamburger Lehrerzeitung 5/1979, S.4 ff

Bürger, H., Die Hamburger Gewerkschaften und
deren Kämpfe von 1865-1890, Hamburg 1899
(S. 464 ff zum 1. Mai 1890 in Hamburg; vor-
handen u.a. in der GEW-Bibliothek)

Dokumente und Materialien zur Geschichte der
deutschen Arbeiterbewegung, Reihe I, Bde.
III u. IV, Reihe II, Bde. 1 - 6 (vor allem
Resolutionen 1890-1932), Berlin 1958 ff

Geschichtliches zur Maifeier in Deutschland.
Nach Tatsachenmaterial zusammengestellt vom
Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Ver-
bandes, Stuttgart 1907 (mit Quellen)

Giovanoli, F., Die Maifeierbewegung. Ihre
wirtschaftlichen und soziologischen Ur-
sprünge und Wirkungen, Karlsruhe 1925

Jenke, M., Zur Geschichte des 1. Mai, Düssel-
dorf o.J. (DGB-Bibliothek Düsseldorf)

Plakat-Reproduktionen sind u.a. erhältlich
in der Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindel-
allee 26 und bei der Büchergilde Gutenberg,
Besenbinderhof 61

BRITONS NEVER SHALL BE SLAVES?



THE EMANCIPATION OF THE WORKERS CAN ONLY BE THE WORK OF THE WORKERS.